

Das Ende der Boden-Credit-Anstalt 1929 und die Rolle Rudolf Siegharts

1929 verzeichnete die offizielle Statistik der Republik Österreich 656 Konkurse und 1.997 Ausgleichsverfahren, davon allein 278 Konkurse und 903 Ausgleiche in Wien.¹ Der größte Firmenzusammenbruch des Jahres, der auf allen bedeutenden europäischen Finanzplätzen für Aufsehen sorgte, jener der zweitgrößten Bank Österreichs, der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt (BCA), gegründet 1864, die sich im 65. Jahr ihres Bestehens im Oktober 1929 für zahlungsunfähig erklären musste, wurde von dieser Statistik allerdings nicht erfasst und hinterließ auch im Amtsblatt der *Wiener Zeitung*, das die Konkurs- und Ausgleichsverfahren regelmäßig dokumentiert, keine Spuren: Denn bevor diese Tatsache öffentlich bekannt wurde, hatte die eben neu bestellte Regierung unter Bundeskanzler Johann Schober gemeinsam mit der Österreichischen Nationalbank (OeNB) eine Lösung ausgehandelt, die ein Ausgleichs- bzw. Konkursverfahren vermied. Die BCA wurde im Fusionsweg von der größten österreichischen Bank, der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (CA), übernommen.

In diesem Artikel wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der BCA in den letzten beiden Jahrzehnten ihres Bestehens und die Ursachen ihres Untergangs zu skizzieren. Während Ursachen und Folgen des CA-Zusammenbruchs im Mai 1931 Gegenstand mehrerer Untersuchungen geworden sind,² ist die Geschichte der BCA bisher kaum – und wenn, dann nur im Zusammenhang mit dem Fall der CA – behandelt worden.³ Auffällig dabei ist die besondere Bedeutung, die Rudolf Sieghart (1866–1934) zugeschrieben wurde. Er leitete ab 1910 – mit einer Unterbrechung von drei Jahren – die BCA bis zu ihrem Ende 1929. Er war von 1910 bis 1916 Gouverneur, von 1919 bis 1929 Präsident der BCA. »Es wird immer die Tragik meiner Laufbahn sein«, schrieb Sieghart in seinen Memoiren, »daß mein Name mit dem Untergange der Boden-Credit-Anstalt verknüpft ist.«⁴ Siegharts Rolle hinsichtlich des Zusammenbruchs der BCA bildet einen zweiten Schwerpunkt des Artikels.⁵

In den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie hatte Sieghart eine unvergleichbare Karriere als Beamter gemacht. Sein rascher Aufstieg wurde von einer Vielzahl von Gerüchten über seinen angeblichen Einfluss begleitet, von denen einige haltlos waren, viele schlicht und einfach unüberprüfbar. Allesamt sind sie jedoch mit der Konstruktion seiner historischen Figur untrennbar verbunden und haben mehr zu Siegharts Gestaltung als Haupt- und Nebenfigur in zahlreichen zeitgenössischen Darstellungen beigetragen als die bloßen Fakten. Sieghart kommt als marionettenhafte Figur in den *Letzten Tagen der Menschheit* von Karl Kraus vor⁶, er wurde zum Gegenstand zeitgenössischer Essays, etwa von Anton Kuh und Karl Tschupplik⁷, und er geriet zu einer sinisternen (Rand-)Figur in historischen Abhandlungen, Tagebüchern⁸, Memoiren⁹ und in Heimito von Doderers Roman *Die Dämonen*¹⁰. Selbst die angesehene *Frankfurter Zeitung* schrieb über Sieghart: »Die Fama will wissen [...]«¹¹. Doch die Fama war und ist trügerisch. Ein jüngeres Beispiel zeigt, in welcher Form die Figur Siegharts als Projektionsfläche für Denunziationen und Dämonisierungen diente¹²: In der 2004 erschienenen Biographie Kaiser Karls I. von Elisabeth Kovács wird er als Freimaurer bezeichnet, der am 31. Mai 1919 Großmeister der Großloge von Wien geworden sei. Keiner der Belege, die Kovács anführt, ist korrekt.¹³ Belegbar dagegen ist 1919 Siegharts Mitgliedschaft in der *Schopenhauer-Gesellschaft*.¹⁴

Die Anfänge der BCA und die Aufnahme des Industriegeschäfts

Die 1864 von einer Gruppe österreichischer Bankiers und Großgrundbesitzer unter französischer Beteiligung gegründete »K. k. priv. allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt« war mit der Absicht ins Leben gerufen worden, das Hypothekengeschäft zu betreiben und dem österreichischen Grundbesitz ausländisches Kapital zuzuführen. Sie war die erste selbständige Aktienhypothekenbank in Österreich und galt bald als Inbegriff eines vornehmen und soliden Bankinstituts, das sich »die Klienten, die ihm seine Gelder anvertrauen durften, von oben bis unten« angesehen hätte.¹⁵ So war die BCA die Bankstelle der »Generaldirektion der Allerhöchsten Privat- und Familienfonds«, hatte jedoch »mit der Verwaltung des kaiserlichen Vermögens nur mittelbar zu tun«.¹⁶ Dennoch verlieh diese auch in den Statuten zum Ausdruck kommende Nähe zum Kaiserhaus der Bank einen unerreichbaren Nimbus, der für die vornehmsten Kunden höchst attraktiv war. Daher verwaltete die Bank das Privatvermögen mehrerer Erzherzöge, ihr Kundenkreis stammte in erster Linie aus dem Hochadel und dem nobilitierten Großbürgertum. Dies änderte sich auch nach der Hinwendung der Bank zum eigentlichen Bankgeschäft nicht. Die BCA vermochte tatsächlich den fühlbaren Mangel in der Realkreditversorgung der österreichischen Monarchie zu beseitigen.

Eine entscheidende Weichenstellung für die BCA stellte eine Statutenänderung im Jahr 1899 dar, die ihren Wirkungsbereich auf den Betrieb von Finanzierungsgeschäften ausdehnte, die bislang nur von ihrer Tochtergesellschaft, dem 1869 als ausgesprochene Spekulationsbank gegründeten Wiener Bankverein, ausgeübt werden konnten.¹⁷ Damit rückte die BCA in den erlesenen Kreis jener Wiener Großbanken auf, die Finanzierungsgeschäfte mit der Industrie betrieben. Für die neue Geschäftsausrichtung wurde weniger Gouverneur Josef Freiherr von Bezečny verantwortlich gemacht als vielmehr Theodor von Taussig (1849–1909), zunächst Direktor, ab 1904 Gouverneur-Stellvertreter, ab 1908 Gouverneur der BCA. Wegen der Verstaatlichung der Eisenbahnen und dem Rückgang des staatlichen Anleihegeschäfts standen der Bank große Kapitalmengen zur Verfügung. Industrieneugründungen bzw. Umwandlungen bestehender Unternehmen in die Rechtsform der Aktiengesellschaft konzentrierten sich in zwei Wellen auf die Jahre 1905 bis 1907 und 1910 bis 1913, wobei branchenmäßig Schwerpunkte in der Textil- bzw. Zuckerindustrie und bei den Berg- und Hüttenwerken mit einer regionalen Konzentration auf Böhmen erkennbar waren. Österreichs Großbanken – und dazu zählte nunmehr auch die BCA – fungierten für die Industrie zunehmend nicht nur als Kreditgeber, sondern auch als Emissionsinstitute und Aktionäre, wodurch ihr Einfluss auf die Unternehmen stieg und jene Durchdringung der Industrie begann, welche ein Charakteristikum der österreichischen Banken, das bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts andauern sollte, darstellte.¹⁸

Trotz des wachsenden Einflusses im Industriegeschäft behielt die BCA eine wichtige Rolle in den Bankenkonsortien für staatliche Anleihetransaktionen und beteiligte sich an der Begebung zahlreicher österreichischer und ungarischer Staatswerte, an einigen Kommunal- und Landesanleihen sowie an größeren internationalen Finanzoperationen, wie etwa der russischen Anleihe des Jahres 1906. Wenige Monate nach dem Tod Taussigs im November 1909 wurde der Sektionschef des Pressedepartements im Ministerratspräsidium, Dr. Rudolf Sieghart, zu dessen Nachfolger ernannt. Er war bereits zu diesem Zeitpunkt eine äußerst umstrittene Persönlichkeit, und im Bankgeschäft völlig unerfahren.

Die beispiellose Karriere Rudolf Siegharts

Rudolf Sieghart wurde 1866 in Troppau, Schlesien, als Sohn eines Rabbiners und Religionslehrers geboren. Seinen ursprünglichen Familiennamen, Singer, ließ er 1895 nach seiner Konvertierung zum Katholizismus in Sieghart ändern. 1883–1887 absolvierte er ein Jus-Studium an der Universität Wien, 1892 wurde er zum Dr. jur. promoviert, im Jahr 1900 habilitierte er sich.¹⁹ Über die Tätigkeit im Partei- und

Pressbüro der »Vereinigten Linken«²⁰ (ab 1884), das er ab 1890 leitete und wo er besonderes Geschick im Umgang mit der Presse bewies, gelangte er auf dem Umweg über die niederösterreichische Finanzlandesdirektion 1894 ins Finanzministerium.²¹ Nach drei Jahren wechselte er in das Ministerratspräsidium, das Zentrum der staatspolitischen Macht, wo er zunächst für Presseangelegenheiten zuständig war. 1902 war Sieghart bereits Vorstand der Präsidialkanzlei im Ministerratspräsidium, 1904 Sektionschef.²² Als wichtigster Förderer seiner steilen Beamtenkarriere galt Ministerpräsident Ernest von Koerber. Doch auch in mehreren anderen Kabinetten fungierte Sieghart als »graue Eminenz«, auf die »kein Regierungschef verzichten konnte«.²³ Gerhard Schulz beschrieb Sieghart als »Erfinder eines [...] eigenartigen Dotationssystems«:

Die Verleihung von Titeln bis zur Erhebung in den Adelsstand durch den Kaiser knüpfte er an eine gestufte Preisliste; die hierdurch erlangten Gelder flossen in einen unkontrollierten Dispositionsfonds des Ministerpräsidiums, aus dem Führer und Abgeordnete von Parteien – bis zum antisemitisch argumentierenden Christlichsozialen Karl Lueger – Zuwendungen erhielten, um für gefährdete Gesetzesvorlagen die Mehrheit im Reichsrat zu sichern. Dieses System des ideell-materiellen *do ut des* erwies sich für die Regierungen Gautsch, Beck und Bienerth von besonderem Nutzen, sicherte aber auch den Aufstieg Siegharts, der dann als Gouverneur der Bodenkreditanstalt nach dem Kriege auf verlässliche Hilfen von Politikern und Regierung in einem Umfang vertraute, dass er eine expansive Geschäftspolitik seines Bankinstituts für vertretbar hielt.²⁴

Siegharts politische Mittel konzentrierten sich auf die Beeinflussung von Pressevertretern,²⁵ die er hauptsächlich durch die Verleihung von Titeln und Orden, einen nach Friedrich Funder, dem damaligen Chefredakteur der *Reichspost*, regelrechten »Ordenshandel«,²⁶ erfolgreich auf seine Seite zog. Diese Fertigkeit beherrschten er und Koerber jedoch anscheinend wie kaum jemand anderer. Spitzmüller spricht von »beinahe unerreichter Meisterschaft« in der Behandlung der Presse und davon, dass Sieghart »den journalistischen Apparat beherrschte«.²⁷ Auch Josef Redlich, ein österreichischer Jurist, Historiker und Politiker, charakterisierte in seinem Tagebuch Sieghart kurz vor dessen Ernennung zum Gouverneur der BCA als Mann, »der es meisterhaft verstanden hat, mit den Geldern von Ordensjägern und Titellüsternden eine Art von Pressekaisertum für sich aufzurichten, durch das er Österreich beherrscht«.²⁸ Siegharts Politikverständnis wurde durch diese Praxis des »unterirdischen Verkehrs«, durch ein Netzwerk wechselseitiger Verpflichtungen und Abhängigkeiten stark geprägt.²⁹ Weniger um Programme ging es, vielmehr um die Erreichung kurz-

fristiger Ziele durch die Beeinflussung bestimmter Personen und Gruppen. Die Presse diente dabei zunächst als Werkzeug, wurde jedoch mehr und mehr zum Ziel der Politik, der Beeinflussung selbst.³⁰ Die Öffentlichkeit wurde weniger gelenkt, um politische oder wirtschaftliche Projekte verwirklichen zu können, das eigentliche Projekt war vielmehr die Ausdehnung der eigenen Machtsphäre bis zur Beherrschung der Öffentlichkeit. Funder urteilte über Sieghart: »Keiner beherrschte so wie Sieghart die Klaviatur der öffentlichen Meinung.«³¹ Fairerweise muss man aber hinzufügen: Keiner zog Gerüchte so an wie Sieghart, über kaum jemand wurden so viele Andeutungen und unüberprüfbare Behauptungen verbreitet.³²

Siegharts Ehrgeiz und Machtstreben waren allerdings aufgrund seiner jüdischen Herkunft im Habsburgerstaat gewisse Schranken gesetzt. Ministerwürden waren ihm versagt, auch die erwartete Nobilitierung blieb aus. Gleichsam als Kompensation wurde er 1910 Gouverneur der BCA – gegen den heftigsten Widerstand des Thronfolgers Franz Ferdinand, der Sieghart, so Funder, für »die Quelle aller Korruption« hielt.³³ Die Feindschaft Franz Ferdinands war unerbittlich, mehrere Persönlichkeiten, die zu vermitteln versuchten, wurden verstoßen. »Den neuen Gouverneur umgab bald eine giftige Wolke, der sich zu nähern gefährlich war.«³⁴ Siegharts Ernennung zum BCA-Gouverneur durch Kaiser Franz Joseph auf Vorschlag des Verwaltungsrates erregte allgemein großes Aufsehen. Albert Salomon von Rothschild, Leiter des Bankhauses Rothschild und Großaktionär der CA, soll entsetzt gewesen sein.³⁵ Auch im Verwaltungsrat der BCA hatte es zunächst Widerstand gegeben, allerdings beugte man sich dem allerhöchsten Willen.

Zweifellos verdankte Sieghart seine Berufung auch seinen zahlreichen guten Kontakten zu Politikern und zum Zeitungsapparat der Monarchie, andererseits waren es gerade diese guten Kontakte bzw. die Art, wie er sich diese erworben haben dürfte, die Zweifel an seiner Eignung zum Bankier aufkommen ließen. Und tatsächlich sorgten die auf »Prestigeerfolge«³⁶ ausgerichtete Geschäftspolitik Siegharts, sein Eindringen in fremde (Industrie)Gehege,³⁷ fragwürdige Geschäftsmethoden³⁸ und seine Bemühungen um einen eigenen Zeitungskonzern³⁹ bereits vor dem Ersten Weltkrieg für einige Unruhe in den Bankierskreisen. So zerfiel 1911 beispielsweise die alte Allianz der so genannten Rothschildgruppe hinsichtlich großer staatlicher Finanzoperationen (bestehend aus BCA, CA, der Ungarischen Allgemeinen Creditbank und dem Haus Rothschild) aufgrund von Vorbehalten gegenüber der expansiven und aggressiven Geschäftspolitik Siegharts.⁴⁰ Allen Gegnern zum Trotz wurde Sieghart 1912 Mitglied im Herrenhaus und empfand die Berufung retrospektiv als »die Krönung meiner Laufbahn«.⁴¹

Die Kennzahlen der Bank, etwa die rasant von 639 Millionen im Jahr 1900 auf 920 Millionen Kronen im Jahr 1913 steigende Bilanzsumme, die Höhe der Dividende oder die Entwicklung der Zinsen- und Provisionserträge, verdeutlichten die

außergewöhnliche Entfaltung des laufenden Geschäfts, das mit der industriellen Expansion Schritt halten konnte, auch wenn in der Bankenwelt erste warnende Stimmen laut wurden.⁴² Das Hypothekengeschäft spielte hingegen in den letzten Friedensjahren bereits eine untergeordnete Rolle. Zwei Kapitalerhöhungen (1906 bzw. 1912) sicherten die rasche Expansion der Bank ab, 1913 belief sich das Aktienkapital der BCA auf 54 Millionen, die Reserven auf 123 Millionen Kronen, somit 228 Prozent des Eigenkapitals.⁴³

Siegharts Sturz als Gouverneur und seine Wiederkehr als Präsident

An Siegharts großem Einfluss auf die Politik änderte sich auch durch seine Bankierstätigkeit nichts. Redlich bezeichnete Sieghart 1915 als eine »Art von Mitregenten des Kaisers« und sprach von der »Nebenregierung Siegharts«,⁴⁴ Prinz Konrad Hohenlohe soll sich gegenüber Außenminister Leopold Graf Berchtold geäußert haben, Sieghart habe alle Fäden in der Hand und sei »mächtiger als der Kaiser«. ⁴⁵ Das wichtigste Betätigungsfeld der Banken, somit auch der BCA, während des Krieges war die Platzierung von Kriegsanleihen. Kriegsbedingt veränderte sich insbesondere das Verhältnis der eigenen zu den fremden Geldern, wobei die Vermehrung der fremden Gelder eine Folge des Abverkaufs der Warenbestände, der Rückzahlung von Bankkrediten seitens der Industrie sowie eines auffallenden Rückgangs des Kreditgeschäfts war.⁴⁶ Eine deutliche Hemmung hatte die Entwicklung des Hypothekar- und Darlehensgeschäftes erfahren. Um ihren Verschuldungsgrad gering zu halten, erhöhte die BCA zweimal ihr Kapital. Die Gewinne der Bank drückten sich eindrucksvoll in der Höhe der ausgeschütteten Dividenden aus.

1916 wurde Sieghart auf Weisung Kaiser Karls⁴⁷ zur Demission gezwungen. Redlich, alles andere als ein Sympathisant Siegharts, fand dessen »Sturz« zwar »vollständig gerechtfertigt«, mochte aber »die hiebei angewendete Methode, die stark nach ›Zarismus‹ schmeckt, ... nicht billigen«. Er bemerkte weiters: »Ich fürchte, den Sieghart sind wir los, der Sieghartismus wird bleiben!«⁴⁸ In den drei Jahren zwischen seiner Absetzung im Dezember 1916 und seiner neuerlichen Inthronisierung im November 1919 beschränkte sich Sieghart zunächst auf »eine sehr rege Tätigkeit« im Herrenhaus, dem er bis zu dessen Ende 1918 angehörte, und auf die Leitung jener Aktionärsgruppe, die den Steyermühl-Konzern »hinter den Kulissen« kontrollierte.⁴⁹ Insbesondere die Großdeutschen kritisierten die wachsende Einflussnahme Siegharts auf die Presse, die sich ihrer Auffassung nach nicht allein auf Steyermühl beschränkte.⁵⁰ Versuche, Sieghart 1919 als Finanzexperten den Verhandlungen in St. Germain beizuziehen, scheiterten.⁵¹ Im gleichen Jahr war Sieghart an einem Memorandum beteiligt, in dem führende Unternehmer und Bankiers der

Reparationskommission eine »Kombination ausländischen Kapitals mit der Kenntnis der Marktverhältnisse in den neuen Staaten« vorschlugen, die österreichischen Industrie- und Bankunternehmen die Fortführung der Geschäfte in den Nachfolgestaaten mit vornehmlich amerikanischem Geld ermöglichen sollte.⁵²

Im November 1919 kehrte Rudolf Sieghart an die Spitze der BCA zurück. Er wurde vom BCA-Verwaltungsrat zum Präsidenten der Bank gewählt. Diese Wahl, darauf weisen Siegharts Memoiren hin,⁵³ dürfte sich vermutlich dem Einfluss von Heinrich Lammasch, dem letzten Ministerpräsidenten der Monarchie, und Ignaz Seipel verdankt haben und nicht – wie zuweilen behauptet wird – jenem des damaligen Staatskanzlers Karl Renner⁵⁴. Eine Statutenänderung hatte die bislang exorbitante Machtstellung des Gouverneurs geschwächt und diese Funktion durch einen Vorstand ersetzt, bestehend aus einem Präsidenten (Sieghart), zwei Vizepräsidenten, einem neu geschaffenen Generaldirektor (in der Person Alexander Weiners) und den Direktoren. Siegharts Berufung dürfte auch auf seine sehr guten Beziehungen zu französischen Finanzkreisen zurückzuführen gewesen sein: Man stand in schwierigen Verhandlungen mit den Siegermächten und von der BCA war bekannt, dass sich ein großer Teil ihres Aktienkapitals in französischem Besitz befand.⁵⁵ Siegharts Rückholung war also vermutlich einem doppelten Kalkül geschuldet: Seine internationalen Kontakte zu nützen und die Stelle mit jemanden zu besetzen, der die BCA und ihren Konzern kannte. Die Christlichsozialen, denen Sieghart seit seiner Zeit im Ministerratspräsidium nahe stand, dürften sich ohnedies nicht gegen Sieghart gestellt haben. Walther Federn, Herausgeber der renommierten Wirtschaftszeitschrift *Der Oesterreichische Volkswirt*, warnte aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Sieghart vor einem möglichen Problem, dem »Mißbrauch« von Siegharts Position zwecks »Entfaltung einer auffallenden politischen Tätigkeit, insbesondere durch Beherrschung eines Teiles der Presse«. Die Öffentlichkeit sehe »nicht gerade darin, daß der politische Einfluß des Bankleiters gegen die Regierung geübt wird, das Unerwünschte, sondern daß überhaupt ein Finanzmann die Möglichkeit hat, seinen Ehrgeiz auf politischem Gebiet mit den ungeheuren Mitteln, die die Beherrschung einer Großbank und eines gewaltigen industriellen Konzerns gewährt, zu fördern«.⁵⁶

Die BCA nach dem Zerfall der Monarchie

»Als wir eines Tages aufgewacht sind«, so das Resümee Rudolf Siegharts, »hat sich der grosse Konzern der Boden-Credit-Anstalt, der in den letzten zwei Jahrzehnten in mühevoller, zielbewusster Tätigkeit geschaffen worden ist, plötzlich im Auslande befunden«.⁵⁷ Diese Aussage bezog sich auf die zahlreichen BCA-Konzernbetriebe,

die sich nach der Auflösung der Monarchie im nunmehrigen »Neuaußland«, vor allem in der Tschechoslowakei, befanden. Dass durch die neuen Grenzen die Position der Wiener Banken geschwächt worden war, dass – insbesondere nach dem Erlass der Nostrifizierungsgesetzgebungen – der Einfluss auf die ausländischen Industrien geteilt werden musste und Zugriff und Kontrollmöglichkeit eingeschränkt wurden, war rasch klar. Wie reagierten nun die Wiener Banken, insbesondere die BCA, auf diese neue Herausforderung, die durch die schwierige Wirtschaftslage Österreichs, durch Inflation bzw. Umstellungs- und Anpassungsprobleme vieler Betriebe noch verschärft wurde?

Da das Vertrauen in die ungebrochene Mittlerfunktion des Finanzplatzes Wien in Österreich wie im Ausland unerschüttert war und zudem befürchtet wurde, dass das Bankgeschäft im kleinen (Rest-)Österreich nicht ausreichen würde,⁵⁸ versuchte Sieghart, wie die meisten führenden Bankiers der Wiener Großbanken, die bestehenden Beteiligungen im nunmehrigen »Neuaußland« mit Hilfe von ausländischen Bündnispartnern zu behalten, was nur teilweise gelang.⁵⁹ Wertvolle Auslandsbestandteile des BCA-Industriekonzerns mussten nach 1918 aufgegeben werden, etliche Geschäftsbeziehungen mit neuen Finanziers geteilt werden. So ging ein Großteil des laufenden Geschäfts der BCA in der nunmehrigen Tschechoslowakei, wo sich viele ihrer wichtigsten Industriebeteiligungen befanden, an die Živnostenská Banka, die BCA musste sich mit einer Quote am Geschäft zufrieden geben, konnte aber zumindest personell ihren früheren Einfluss weitgehend wahren.⁶⁰ Wie die anderen österreichischen Banken auch, griff die BCA zu Gegenmaßnahmen: Unternehmen, die sich nach 1918 auf mehrere nationale Standorte aufteilten, versuchte die BCA über die Gründung von Holdings in meist neutralen Ländern, etwa die 1920 in Genf gegründete Vereinigte Fanto Petroleum AG, zu steuern. In Polen, Jugoslawien und Bulgarien beteiligte sich die BCA teils mit beträchtlichen Quoten an Banken. Aus einer defensiven Position heraus ging die BCA in die Offensive. Das verstärkte Engagement bei in- und ausländischen Konzernunternehmungen sollte den Wegfall des Hypothekengeschäfts, die Verstaatlichung der Eisenbahnen in den Nachbarstaaten und den Niedergang der Donauschifffahrt kompensieren.

Manches wurde verkauft, etwa wurden BCA-Anteile an der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) 1920 von der britischen Danube Navigation Company Ltd. übernommen.⁶¹ Im Vergleich zum Industriegeschäft war der Privatkundenverkehr verschwindend gering, dementsprechend wurden hier kaum Gewinne erwirtschaftet. Über größere Kreditnehmer ist nicht viel mehr zu erfahren, als dass es sich dabei vornehmlich um dem vormaligen Adel bzw. Großbürgertum zugehörige Guts- und Hausbesitzer handelte, an die die BCA hypothekarisch sichergestellte Darlehen vergab. Die Banken klagten wiederholt darüber, dass das eigentliche Kundengeschäft längst nicht mehr »aktiv« wäre und »drückende Zins- und Provi-

sionslasten« zur Folge hätte, die für die Volkswirtschaft auf Dauer »unerträglich« wären und »die normale Entwicklung des Bankgeschäftes« behinderten.⁶²

Auch internationalen Finanzgruppen kam die österreichische Entscheidung für eine weitreichende Aufrechterhaltung ihrer nunmehr transnationalen Industriebeziehungen gelegen. Sie, die sich bislang wenig mit dieser Region beschäftigt hatten, sahen in den Wiener Banken ideale Partner, um Einfluss auf die Industrie in diesem neuen Absatzgebiet zu erlangen.⁶³ Eine Kapitalbeteiligung an österreichischen Banken erschien den ausländischen Kapitalgruppen umso erstrebenswerter, weil sie ihnen inflationsbedingt billig kam. Einige Auslandsfinanziers scheuten ohnehin den Weg direkter Industriebeteiligungen und konnten so indirekt Einfluss erlangen. Die Folge war eine Erhöhung des Auslandsanteils am Aktienkapital der Wiener Großbanken von rund 10,4 Prozent 1913 auf rund 30,5 Prozent im Jahr 1923.⁶⁴

Kapitalerhöhungen und Eigentumsverhältnisse

Der aus Wien stammende Bankier und Finanzfachmann Felix Somary charakterisiert Banken als Institute, »die berufsmäßig Kredit nehmen« und daher stärker als andere Unternehmungen durch »Kreditempfindlichkeit« gekennzeichnet seien: »Die Größe einer Bank richtet sich nach dem Kredit, den sie genießt. Jede Kreditminderung bedeutet Existenzgefahr. Kein anderes Organ der Wirtschaft ist vom Kredit abhängiger. Darum gehen auch alle die Lehren fehl, die Gewährung oder gar Schaffung von Kredit in den Mittelpunkt der Bankdoktrin stellen, denn die Banken sind nicht Herren, sondern Diener des öffentlichen Vertrauens.«⁶⁵ Die BCA litt nach 1918 wie die gesamte österreichische Volkswirtschaft unter extremem Kapitalmangel, Ausdruck nicht nur der gigantischen Kapitalvernichtung im Weltkrieg, sondern auch einer Vertrauenskrise. Besonders deutlich war das etwa im Hypothekengeschäft zu sehen, dessen Markt nach 1918 fast völlig zusammengebrochen war. In Österreich gab es – von einigen Kriegsgewinnlern und Spekulanten wie Camillo Castiglioni und Sigmund Bosel abgesehen – keine Finanziers mehr, die über ausreichend Kapital verfügten. Die einzige Möglichkeit der Kapitalzufuhr lag in Kapitalerhöhungen und der Platzierung der neuen Aktien im Ausland. Dementsprechend wichtig war der Zugang zu den bedeutenden Finanzplätzen. Um nach dem Krieg überhaupt wieder an den internationalen Börsen notieren zu können (1923 wurde die BCA-Aktie an der Londoner Stock Exchange zugelassen, 1924 an den Börsen in Basel, Genf, Zürich und Paris⁶⁶), mussten etwa in Frankreich Ausgleichsverhandlungen mit Aktionären und Besitzern von Franc-Schuldverschreibungen, die die BCA 1912 ausgegeben hatte, geführt werden.⁶⁷ Das Ergebnis brachte für die BCA hohe Belastungen, einen Teil der französischen Forderungen konnte man durch

die Übergabe neuer Aktien abdecken, der Rest musste abgefolgt werden. Die Verhandlungen zeigten auch, dass die Bank nach dem Krieg wesentlich weniger wert war als vor dem Krieg: Notierte eine Aktie der BCA an der Pariser Börse mit über 1.000 Goldfrancs, so war sie 1922 nur noch 13 Papierfrancs wert.⁶⁸

Tabelle 1: Aktienkapital der BCA 1864–1927⁶⁹

Jahr	Kapital	Aktien	Nom. Wert / Aktie	Bemerkung zu den Kapitalerhöhungen
1864	24 Mill. fl.	120.000	200 fl.	
14.4.1900	24 Mill. K	120.000	200 K	
6.2.1906	45 Mill. K	150.000	300 K	
20.3.1912	54 Mill. K	180.000	300 K	
24.3.1914	63 Mill. K	210.000	300 K	
21.4.1917	75 Mill. K	250.000	300 K	
3.7.1920	105 Mill. K	350.000	300 K	Inflationsbedingt
9.3.1921	150 Mill. K	500.000	300 K	Inflationsbedingt
21.5.1921	210 Mill. K	700.000	300 K	Inflationsbedingt
29.12.1921	420 Mill. K	1,400.000	300 K	Inflationsbedingt
25.11.1922	7,2 Mrd. K	2,400.000	3000 K	Inflationsbedingt, Schröder/ Morgan-Beteiligung
28.5.1923	10,8 Mrd. K	3,600.000	3000 K	Übernahmeversuch durch Sigmund Bosel
19.5. 1926	30,000.000 S	600.000	50 S	Schillingbilanz und entsprechende Umstellung
26.3.1927	45,000.000 S	900.000	50 S	Fusion mit Unionbank und Verkehrsbank
14.5.1927	55,000.000 S	1,100.000	50 S	Fusion mit Unionbank und Verkehrsbank

fl. = Gulden, Österreichische Währung

K = Krone, Kronenwährung ab 1. 1. 1900, 1 fl. = 2 Kronen

S = (Alt)Schilling ab 1. 1. 1925, 1 Schilling = 10.000 Papierkronen

Kapitalmangel und Inflation zwangen die BCA zu einer Reihe von Kapitalaufstockungen, die zwischen 1920 und der Währungsstabilisierung im Herbst 1922 durchgeführt wurden. Viel bedeutender als die Kleinanleger war das Engagement ausländischer Großinvestoren, fast keine der zahlreichen Kapitalerhöhungen der Wiener Banken nach 1918 erfolgte ohne Mitwirkung ausländischen Kapitals:⁷⁰ 1922 konnte die BCA die von Baron Bruno Schröder geführte Londoner Bankfirma J. Henry Schröder & Co. und das New Yorker Bankhaus J. P. Morgan für eine Beteiligung gewinnen. Das Konsortium bezahlte für 500.000 Aktien etwa 70.000 Pfund

Sterling, was damals etwa 25 Milliarden Kronen entsprach.⁷¹ Sieghart berichtete vom »Abschluss eines grossen Geschäftes«⁷²: Die BCA hätte »sich in keiner Weise um das Geschäft beworben«, vielmehr hätte »Baron Schröder seinerseits den Wunsch ausgesprochen [...], mit unserem Institut in nahe Beziehungen zu treten, indem er uns sagte: ›Wir wollen, dass Sie uns in Wien repräsentieren.«⁷³ Der »österreichische Charakter unserer Anstalt« bliebe »voll und rein gewahrt«, »von einer Überfremdung« könnte »nicht die Rede sein«.⁷⁴ Siegharts Einschätzung konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die BCA mit jeder Kapitalaufstockung mehr ausländische Eigentümer hatte als zuvor. Seit 1919/1920 befanden sich 140.000 Aktien im Eigentum des belgischen Chemiekonzerns Solvay (und dessen Bank Mutuelle Mobilière et Immobilière, repräsentiert in der BCA seit 1921 durch Emanuel Jansen), der über die BCA Einfluss auf den Verein für chemische und metallurgische Produktion im nordböhmischen Aussig (Ústí nad Labem) erlangte, und ca. 100.000 Aktien im Besitz einer italienischen Gruppe unter Führung des Triestiner Versicherungsunternehmens Assicurazioni Generali.⁷⁵ Mit dem Schweizerischen Bankverein stand die BCA in einer Interessengemeinschaft. Auch der *Volkswirt* sah keine »Überfremdung« gegeben, da das Konsortium Schröder/Morgan der einzige große Anteilseigner wäre. Ein Vertrag würde »die Erhaltung der Bank als österreichisches Institut und die Ausübung des Stimmrechtes in diesem Sinne« schützen. Auch im Verwaltungsrat wären die Ausländer »eine kleine Minorität«, wenn auch neben dem belgischen Solvay-Repräsentanten »der Seniorchef des Hauses Schröder und zwei Vertreter der französischen Aktionäre« eintreten würden.⁷⁶

Bald darauf, im Juni 1923, sah sich die BCA einem inländischen Angriff auf die Aktienmajorität ausgesetzt: Der berühmt-berüchtigte Großspekulant Sigmund Bosel, der im gleichen Jahr auch schon die renommierte Unionbank übernommen hatte, brachte ca. 400.000 BCA-Aktien unter seine Kontrolle und lancierte gleichzeitig einen Angriff auf die Steyrmühl AG.⁷⁷ Die BCA sah sich genötigt, mittels einer neuerlichen Kapitalaufstockung diesen Übernahmeversuch abzuwehren, eine Maßnahme, die vom *Volkswirt* als entweder »wirkungslos« oder »unnötig« kritisiert wurde.⁷⁸ In der Generalversammlung der BCA vom 17. Juli 1923 betonte Sieghart: Wer über 25 Prozent des Aktienkapitals verfüge und eine Kapitalvermehrung verhindere, bewirke damit eine »schwere Hemmung der laufenden Gebarung«. Besonders empörte Sieghart der Angriff auf das »unersetzliche Gut des Unternehmens und seiner Aktionäre«, die »Boden-Tradition«: »Wir haben mit Vorbedacht jede äußere Ueberfremdung abgewehrt – konnte wirklich jemand glauben, dass wir nicht alle gesetzliche Mittel anwenden würden, um eine innere Ueberfremdung zu verhindern?«⁷⁹

Konflikte und Scheingewinne

Bald nachdem die vermeintlich so erfolgreiche Transaktion mit Schröder und Morgan abgeschlossen war, kam es zwischen Sieghart und Generaldirektor Alexander Weiner zu einem schweren Konflikt, dessen Hintergründe unbekannt blieben. Offiziell wurde Weiners »aus Gründen privater Natur« erfolgte Demission in der Verwaltungsratssitzung am 23. September 1923 bekannt gegeben. Es entsprach den Konventionen, dass Präsident Sieghart Weiners »ausgesprochene kaufmännische Begabung, seine hervorragende finanzielle Konzeptionskraft« lobte und den Vorschlag machte, Weiner als Vizepräsidenten des Verwaltungsrates zu kooptieren, wobei beiderseitig eine baldige Trennung vereinbart wurde.⁸⁰ Der *Volkswirt* bemerkte zur Demission Weiners, dass damit »seit langem bestehende Gegensätze ihren Abschluß gefunden« hätten. Die Ursachen wurden auf Seiten Weiners verortet, dem es um »eine besondere Machtstellung zu tun war«. Weiners Verhalten hätte auch »bei seinen Direktionskollegen wachsenden Unwillen hervorgerufen und insbesondere seit den Erfolgen seiner Amerikareise, deren reklamehafte Übertreibungen in den Börsenblättern ihn selbst etwas aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben scheint, wurde das Verhältnis ganz unleidlich, so daß er bei Wiederholung eines Demissionsangebotes beim Wort genommen wurde.«⁸¹ Umstritten war die finanzielle Ruhestandsregelung Weiners. Selbst Weiner gab zu, »aus der ›Boden‹ unter sehr günstigen finanziellen Abmachungen geschieden« zu sein; er wechselte als Gesellschafter zur Wiener Privatbank Ephrussi & Co., einer Kommandite der deutschen Großbank Discontogesellschaft.⁸² Die in der Öffentlichkeit zirkulierenden Gerüchte über die außergewöhnliche Höhe der Abfertigung nötigten Sieghart, dazu Stellung zu nehmen. Die BCA hätte »Herrn Weiner als Ablösung aller seiner sonstigen, noch viele Jahre laufenden vertragsmässigen Rechte eine einmalige Abfertigung von 7 Milliarden Kronen ausbezahlt.« Die Höhe dieser Abfertigung hätte »selbst im Auslande eine unverdiente Aufmerksamkeit« gefunden, aus den erwähnten sieben Milliarden (in der neuen Währung 700.000 Schilling) wären 52 Milliarden gemacht worden. Dem müsste man »in der nachdrücklichsten Weise entgegenzutreten.«⁸³ Was Sieghart allerdings verschwie, war die Tatsache, dass Weiner zudem eine Pension über 180.000 Schilling jährlich erhalten sollte.⁸⁴

Die Inflationszeit – die Krone erreichte im August 1922 ihren absoluten Tiefpunkt und stabilisierte sich, nachdem Bundeskanzler Seipel im September 1922 beim Völkerbund interveniert und eine Kreditzusage erreicht hatte – barg für die Banken Chancen, aber auch Gefahren. Einerseits machten die Banken gute Geschäfte, und dementsprechend vermehrten sie sich: 1913 wurden in Österreich 27 Aktienbanken gezählt, 1923 waren es 76.⁸⁵ Die Kehrseite der Inflationszeit lag jedoch in einer allgemeinen Kapitalflucht, aber auch in einer Schein-Hochkonjunktur, die zu immer

neuen Geschäften, oft spekulativen Charakters, verführte. »Überall, und besonders in Wien sind neue Banken entstanden und von der Flut der Inflationskonjunktur in die Höhe getragen worden«. Sieghart sah daher einen »Prozess der natürlichen Auslese« voraus, der mit der »Erhaltung der guten Arten enden« müsste und »den Wiener Platz von manchen parasitären Erscheinungen reinigen« würde, »die in der Öffentlichkeit den Namen ›Bank‹ und ›Bankier‹ soviel Abbruch getan« hätten.⁸⁶ Nach der Währungsstabilisierung im September 1922 gerieten die Banken unter Druck, vor allem durch die Entwertung der Kredite, die sie vergeben hatten, und durch den Geld- und Kapitalmangel, den sie nicht alle gleichzeitig durch ausländische Kapitalzuflüsse kompensieren konnten. Die Folge war eine Bankenkrise: Von den 76 Aktienbanken 1923 – darunter 22 Provinzbanken – existierten 1930 nur noch 31, 1938 nur noch 21 (darunter nur noch sechs Provinzbanken).⁸⁷

In der Zeit der Börsenhausse 1923 stand das Industriegeschäft im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit der BCA. Die Bilanzen verdeutlichen die große Bedeutung der Devisen-, Effekten- und Konsortialgewinne, letztere resultierten aus der Abstoßung alter Effekten- und Konsortialbestände. Die Kapitalbedürfnisse der Industrie wurden durch Kredite, aber auch auf dem Weg der Kapitalerhöhungen befriedigt, drei Viertel der Bankgewinne stammten aus Provisionen für diese Transaktionen.⁸⁸ Die in der Zeit der Börsenkonjunktur durchgeführten Kapitalerhöhungen erfolgten oft unter Umgehung der alten Aktionäre durch Emissionssyndikate, deren Mitgliedern gewaltige Gewinne zuflossen.⁸⁹ Die im November 1923 beginnende Börsenkrise ließ diese Einnahmequellen versiegen, an die Stelle der Effektenspekulation trat die Devisenspekulation, wobei vor allem die französische Währung zu Baissepekulationen verleitete. Spätestens nach der missglückten Franc-Spekulation 1924 zeigte sich, dass Wien seine Rolle als finanzielles Zentrum für Mittel- und Teile Südosteuropas endgültig verloren hatte. Vom Frühjahr 1924 an waren dann die Leitungen nahezu aller Wiener Großbanken mit Problemen zunehmender Illiquidität konfrontiert. Die nur teilweise erfolgreichen Versuche, ihre Industriebeteiligungen zu unterstützen und zu behalten, nötigten zu Investitionen, die sich allerdings nicht unmittelbar und oft überhaupt nicht rentierten. Bankzusammenbrüche und -fusionen begannen sich zu häufen.⁹⁰

Die auf die Einführung des Schillings zurückzuführende Erstellung der Goldbilanzen 1925 brachte eine völlige Neubewertung des gesamten Vermögens der Banken und zeigte bei allen eine starke Schrumpfung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals. Schienen die Geschäftsausweise der BCA zu Beginn der 1920er zu belegen, dass die Bank aus der prekären wirtschaftlichen Lage beträchtlichen Profit gezogen hatte,⁹¹ so ergab ihre Goldbilanz, dass die Bank mit einem Wertverlust des ursprünglichen bzw. zugewachsenen Kapitals gegenüber 1913 von 83,8 Prozent konfrontiert war. Die BCA blieb bei der Festsetzung des Eigenkapitals der Linie

einer traditionellen Unterbewertung treu.⁹² Bei einer zu hohen Festsetzung hätte die Gefahr bestanden, ihr Kapital nicht angemessen zu verzinsen. Dadurch wäre die Kurshöhe beeinträchtigt worden, was die BCA mit Rücksicht auf ihren Kredit und die Notwendigkeit neuer Kapitalerhöhungen nicht riskieren wollte. Auf der Aktivseite dürften insbesondere bei den Effektenbeständen zu große Aufwertungen erfolgt sein. Die BCA bewertete etwa ihre Effekten in der Goldbilanz um 138 Prozent höher als 1923, als die Börsenkurse noch mehr als doppelt so hoch standen.⁹³ Generell zeichneten die Goldbilanzen aller Banken, die auf »ungenauen Angaben oder unverlässlichen Schätzungen« beruhten, auf der alle folgenden Bilanzen aufgebaut wurden,⁹⁴ noch immer ein zu optimistisches Bild ihrer Lage. Nach dem *Wiener Börsenkurier*⁹⁵ entfernte sich die BCA unter den Wiener Großbanken in der Goldbilanz wissentlich am weitesten von der Realität. Wie sich später herausstellen sollte, mussten bereits ab 1924 für Dividendenzahlungen Reserven aufgelöst werden,⁹⁶ bis keine mehr vorhanden waren.

Personal(kämpfe)

Nicht erst durch die ab 1925 sich häufenden Fusionen wurden Auseinandersetzungen um die Personalstände der Banken ein heiß umkämpftes Thema. Die BCA war zwar schon vor 1914 eine der größten Banken Österreichs gewesen, hatte aber einen verhältnismäßig kleinen Personalstand. Sie unterhielt neben ihrer Zentrale nur einen Filialbetrieb und beschäftigte am 1. August 1914 – abgesehen vom Vorstand – ein Gesamtpersonal von 417 Köpfen, darunter 273 Beamte und Hilfsbeamte. Der Zerfall der Monarchie hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Großbanken und ihren Verwaltungsapparat samt Personal, denn die Nachfolgestaaten machten sich von Wien als Finanzzentrum weitgehend unabhängig und bauten ihre eigenen Bankensysteme auf. Diese Entwicklung wurde zunächst abgeschwächt durch die Nachkriegsinflation, die dem Bankensektor eine kurzfristige Konjunktur bescherte.

Die Bankbeamten hatten eine der stärksten gewerkschaftlichen Organisationen und galten als »Elite der österreichischen Privatbeamtschaft«. Sie hatten unter allen Angestellten die mit Abstand höchsten Gehälter und verdienten nach zehn bis fünfzehn Dienstjahren etwa doppelt bis dreimal so viel wie leitende Angestellte im Buchhandel oder Baugewerbe.⁹⁷ 1919 erreichte der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten eine einheitliche Dienstpragmatik für die Großbanken, die – analog zu den Staatsbeamten – eine Unkündbarkeit des Dienstverhältnisses nach Ablauf des ersten Dienstjahres festsetzte und der Personalvertretung in Form von Betriebsräten eine für damalige Verhältnisse weitreichende Mitbestimmung in Personalfragen einräumte.⁹⁸ Diese Absicherung der Bankbeamten führte jedoch

umgehend dazu, dass die Banken rechtlich schlechter gestellte »Vertragsbeamte« einzustellen begannen, deren Zahl rasch anwuchs.

In der Inflationszeit verhärteten sich die Fronten, im BCA-Verwaltungsrat häuften sich die Klagen über unverschämte Forderungen.⁹⁹ Nach der Währungsstabilisierung im September 1922 waren es neben Gehaltsfragen zunehmend Probleme des Angestelltenabbaus und der Arbeitszeit, die virulent wurden. Die Banken beschäftigten noch zu Beginn des Jahres 1924 mehr als doppelt so viele Angestellte wie 1914, obwohl sich ihre Ertragslage verringert hatte. Die Schuld an der Situation teilten sich – so Kritiker – »die Bankleitungen mit den Beamten und der öffentlichen Finanzpolitik«, man habe in der Inflationsphase eben »blind darauf losgewirtschaftet«, keine Neuaufnahmen gescheut, keine Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen oder Reorganisationen angestrebt.¹⁰⁰ Dazu fänden »Protektionskinder von Bankdirektoren und von einflußreichen Personen Empfohlene [...] immer noch Aufnahme«.¹⁰¹ Als der Reichsverein um die Jahreswende 1923/24 eine Reduktion der zulässigen Überstunden von 15 auf sieben pro Woche forderte und der Bankenverband in Fragen des Beamtenabbaus nicht nachgeben wollte, kulminierten die Auseinandersetzungen.¹⁰² Es kam zu einem Streik (17. Februar – 9. März 1924) bei vier Großbanken (BCA, CA, Wiener Bankverein, Niederösterreichische Escomptegesellschaft), der sich auf Mittel- und Kleinbanken ausweitete, dessen Ergebnis aber für die Bankbeamten letztlich bescheiden war: Eine geringfügige Steigerung von fünf statt wie gefordert 15 Prozent der Gehälter wurde erreicht, bei den Überstunden ein Kompromiss erzielt. Bis Jahresende 1924 reduzierten die Großbanken ihr Personal drastisch: der Wiener Bankverein um 976 Angestellte (31 Prozent), die CA um 422 (18 Prozent), die Länderbank um 690 (39 Prozent), die BCA um 224 (28 Prozent)¹⁰³ und die Niederösterreichische Escomptegesellschaft um 149 (22 Prozent).¹⁰⁴ Insgesamt wurden 1924 über 5.700 Bankbeamte bei der Krankenkasse abgemeldet. Die Mitgliederzahl des Reichsvereins sank vom 31. Dezember 1923 bis Ende 1925 von 24.435 auf 10.995 (1932 sollten es nur noch 6.374 sein).

1925 resümierte Sieghart im Verwaltungsrat die Nachkriegsentwicklung, unter der das Bankwesen »außerordentlich gelitten« hätte: Obwohl das territoriale Wirkungsgebiet geschrumpft und Quantität und Qualität der Geschäfte wesentlich reduziert wäre, hätte sich das Personal der österreichischen Banken in der Nachkriegszeit wesentlich vermehrt, ungeachtet dessen, dass die Direktion der BCA »wiederholt eindringlich vor der Grausamkeit gewarnt hatte, die darin liegt, dass Personal aufgenommen würde, dessen dauernde Beschäftigung von vornherein ausgeschlossen war«. Obwohl die Inflationshause »längst ein trauriges Ende« gefunden habe, die Teilungs- und Nostrifikationsagenden längst abgeschlossen wären, reduzierte sich das Personal nicht auf das Vorkriegsniveau.¹⁰⁵ Als besonders

belastend für die Banken erachtete Sieghart die Fürsorgeabgabe, eine achteinhalb-prozentige Steuer auf die Lohn- und Gehaltsumme der Banken.¹⁰⁶

Der Personalabbau wurde weiter fortgesetzt. Freiwillig Austretenden wurden »sehr ansehnliche« Prämien gewährt und »einvernehmliche Vereinbarungen« angeboten. Der Personalstand betrug im Jänner 1926 noch 549 Personen, das waren immer noch 139 Angestellte mehr als 1914, wodurch der Abbau noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden konnte,¹⁰⁷ auch deshalb, weil mehrere Büros inzwischen überflüssig geworden waren und einige über »völlig ungenügend beschäftigt[e]« Angestellte verfügten.¹⁰⁸ Sieghart machte die Dienstpragmatik von 1919 für die Probleme verantwortlich, die eine »entsprechende Anpassung des Personals an die wechselnde Beschäftigung bisher entweder überhaupt verhindert, oder aber infolge der damit verbundenen finanziellen Lasten unerträglich gemacht« hätte.¹⁰⁹ Der Bankbeamtenstreik 1924 hätte die Problematik verschärft. Obwohl den Bankbeamten »eine beinahe unkündbare Lebensstellung und durch den Kollektivvertrag eine weit über die sonst in der Industrie üblichen Bezüge hinausgehende Honorierung gesichert« worden wäre, hätten sie unerfüllbare Forderungen gestellt. Gerade dieser Streik hätte den Bankleitungen jedoch »mit einer sonst wahrscheinlich nie erreichbaren Deutlichkeit vor Augen geführt, dass die eingeschrumpften Agenden der Institute auch mit einem weitaus geringeren Personale bewältigt werden könnten«. Der Kompromiss, der weitgehende Abbau der Vertragsangestellten, war allerdings aus Siegharts Perspektive noch »durchaus ungenügend«. Auch BCA-Vorstand Ernst Mosing betonte, dass »das Ideal, jedem angestellten Beamten eine Lebensstellung einzuräumen«, nicht mehr verwirklicht wäre. Die »schmerzliche Operation« des Beamtenabbaus »müsse so wenig grausam als möglich, so human und sozial als möglich vorgenommen werden«. Die Direktion bemühte sich daher, »den Abbau möglichst schonend zu gestalten« und erhöhte die Abfertigungen auf mehr als Doppelte.¹¹⁰

Auch der Vorstand hatte – allerdings nur kosmetische – Einbußen hinzunehmen. Das gesamte Einkommen der Vorstandsmitglieder sowie ihre festen Bezüge wurden um zehn Prozent reduziert (letztere auch bei den Direktorstellvertretern und Titulardirektoren),¹¹¹ was aber nicht ausreichte, dass sich das Aufsehen um die Bezahlung exorbitanter Gehälter, das insbesondere durch die Höhe der Abfertigung und Pension Weiners nach nur neunjähriger Dienstzeit hervorgerufen worden war, legte. »Jahrelang sprach man davon«, kommentierte der *Volkswirt* 1929, »daß die Regierung eine lex ›Weiner‹ beabsichtige, deren Zweck es sein sollte, die Aufhebung von privaten Dienst- und Pensionsverträgen mit übermäßig hohen Bezügen zu ermöglichen«. In der Inflationszeit hatten Vorstandsmitglieder sich gegenseitig oft sogar lebenslängliche Verträge bewilligt, in denen »Bezüge und Leistung sowie Leistungsfähigkeit des Unternehmens in schreiendem Mißverhältnis« stünden, letztlich hätte man jedoch von einer Umsetzung des Gesetzes abgesehen.¹¹²

Unrentable Übernahmen

Die von der BCA in den 1920er Jahren verfolgte Expansion in die Bundesländer in Form von Beteiligungen an mehreren österreichischen Provinzbanken sollte das verloren gegangene Geschäft in den Nachfolgestaaten zumindest teilweise kompensieren.¹¹³ 1924 beteiligte sich die BCA an der Tiroler Hauptbank, die 1926 mit der Bank für Tirol und Vorarlberg zur Hauptbank für Tirol und Vorarlberg fusioniert wurde. 1926 ging man mit der Bank für Oberösterreich und Salzburg eine Interessengemeinschaft ein. In der Steiermark war die BCA seit 1924 an der Agrarbank beteiligt. Letztere wurde 1926 mit der Steirerbank und den Grazer Filialen der in diesem Jahr zusammengebrochenen Centralbank der deutschen Sparkassen in die Bank für Steiermark umgewandelt. 1928 erfolgte die Umwandlung des Bankhauses Ehrfeld & Co. in die Bank für Kärnten, und mit Ausnahme des Burgenlandes war die BCA nunmehr in jedem Bundesland vertreten. Ziel der Expansion war es, Stützpunkte für neue Kunden zu schaffen und einen neuen Geschäftszweig zu etablieren. Schon zuvor hatte sich die BCA an mehreren Konsortien zum Ausbau der Wasserkraft in den Bundesländern, vor allem in Tirol, der Steiermark und in Oberösterreich, führend beteiligt.¹¹⁴ Die BCA erwarb sich damit eine Vormachtstellung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Stromproduktion und den Ruf einer »Elektrobank«.

Auch für zwei Wiener Groß- bzw. Mittelbanken begann die BCA sich zu interessieren. Seit 1921 bestanden zur Unionbank (UB) engere Beziehungen. Als Bosel 1922/23 die Mehrheit der UB erwarb, sah sich die BCA zu einer Kapitalerhöhung gezwungen (500.000 Aktien wurden an ein ausländisches Konsortium begeben), um Bosel mit seinem BCA-Aktienpaket in die Schranken zu weisen.¹¹⁵ Der Postsparkassenskandal 1926 (Bosel hatte ohne ausreichende Deckung von der Postsparkasse beträchtliche Kredite für Spekulationszwecke erhalten) besiegelte das Schicksal der UB, Bosels drei Millionen Unionbank-Aktien gingen an die Postsparkasse (PSK) über, die ihr Mehrheitspaket an der UB an die BCA verkaufte.¹¹⁶ Mit 1. Jänner 1927 erwarb die BCA die UB, dafür erhielt die PSK Aktien der BCA (für drei UB-Aktien eine BCA-Aktie).¹¹⁷ Um die Übernahme der Unionbank war es zum »Zwist zweier Großbanken« gekommen, neben der BCA hatte sich auch die mit der Gemeinde Wien in Geschäftsbeziehungen stehende Niederösterreichische Escomptegesellschaft um den Kauf der UB bemüht. Beobachter wie Walther Federn kritisierten, dass das »Anbot der Escompte-Gesellschaft vom Präsidenten Reisch offenbar von vornherein nicht ernsthaft in Betracht gezogen worden« wäre; es wäre gleichgültig, wer die UB erwerben würde, sofern der Erwerber mehr geboten hätte. Doch »die Ausschließung eines Mitbewerbers hat zur Folge, daß man überhaupt nicht wissen kann, wieviel der andere schließlich geboten hätte. Und zum mindesten die Ver-

mutung ist gerechtfertigt, daß für diese Ausschließung nicht nur sachliche Gründe maßgebend waren, sondern persönliche und politische.«¹¹⁸

Mit der Aufnahme der Unionbank wurde auch die Fusion mit der Allgemeinen Verkehrsbank (VB) beschlossen, mit der die BCA 1926 eine enge Interessengemeinschaft eingegangen war. Im BCA-Verwaltungsrat wurde dazu vermerkt, es sei die »Bildung eines unter Führung der Boden-Credit-Anstalt stehenden Majoritäts-Syndikates« erfolgt, dem die zwei Großaktionäre der VB angehörten, Schoeller & Co. und der Schweizer Industrielle Enrico Hardmeyer. Das Syndikat sollte das Institut nach »einheitlichen Grundsätzen« leiten.¹¹⁹ In der Bilanz 1925 entfiel auf die BCA-Aktie ein Vermögenswert von 14,11, auf die VB-Aktie ein Wert von 3,2 Schilling. Das Verhältnis hätte also nach dem ausgewiesenen Vermögen 1 : 4,41 betragen, tatsächlich wurde für die mit Anfang 1927 vollzogene Übernahme ein Bewertungsverhältnis von 1 : 5,9 erzielt, die VB-Aktionäre stiegen also verhältnismäßig schlecht aus.¹²⁰

Die Fusionen mit der VB und UB im Jahre 1927 waren mit einem Kurswechsel verbunden, den Sieghart als »Wendepunkt« in der Geschichte der BCA bezeichnete: Die BCA unterschied sich von den anderen Großbanken darin, dass sie neben der Zentrale nur eine einzige Filiale unterhielt und erst während des Weltkriegs und in der Inflationszeit eine Zentralwechselstube und ein Stadt- bzw. ein Friedensbüro eröffnet hatte. Der Verzicht auf einen kostspieligen Filialapparat wurde in den Arbeitskämpfen mit den Gewerkschaften immer positiv bewertet, doch nun kam es offensichtlich zu einem Strategiewechsel. Der »gut ausgebildete Filialapparat« der VB (1924 31 Filialen, davon 20 in Wien) stelle »eine wertvolle Ergänzung des eigenen Betriebes der Anstalt« dar.¹²¹ Die BCA ging damit »vom bisher rein intensiven zum extensiven Geschäftsbetrieb« über,¹²² man übernahm neun Filialen in Wien (insgesamt waren es nun neben der Zentrale elf) und zwei in Niederösterreich (Krems und Wiener Neustadt).¹²³ Mit dem Kurswechsel verbunden waren laut *Prager Tagblatt* offenbar auch neue, für die vornehme BCA höchst ungewöhnliche Geschäftspraktiken:

Wenn in den letzten Jahren jemand in Wien Geld zu placieren hatte und mit Bankdirektoren über den Zinsfuß verhandelte, so konnte er immer erklären: »Eine andere Großbank bietet bessere Bedingungen.« Es war die Bodenkreditanstalt, welche bessere Bedingungen bot. Dieses Institut [...] war in der letzten Zeit gar nicht mehr wählerisch und während man früher wusste, dass man für die Ehre, Gläubiger der Bodenkreditanstalt zu sein, vielleicht sogar in den Konditionen etwas hergeben müsse, war es jetzt die Bodenkreditanstalt, die den anderen Wiener Instituten ihre Kreditoren durch Zinsenzitationen abjagen wollte, um der fortschreitenden Illiquidität begegnen zu können.¹²⁴

Die Fusionen erhöhten nicht nur den Personalstand der BCA,¹²⁵ sondern erweiterten auch den Industriebesitz. Der BCA-Industriekonzern bestand bereits in den frühen 1920er Jahren aus 129 Unternehmen in elf Ländern.¹²⁶ Die VB war hauptsächlich in der Schwerindustrie sowie in der Papier- und Lederbranche engagiert.¹²⁷ Das starke Anwachsen der Industriebeteiligungen zog noch im selben Jahr 1927 zwei Kapitalerhöhungen der BCA nach sich. Gemeinsam mit der Amsterdamschen Bank wurde die Trustgesellschaft Maatschappij voor Beheer van Effecten gegründet, die eine Reihe wichtiger Industriebeteiligungen der UB und VB übernahm, um die Liquidität der Bank zu erhöhen. Folge der Aufnahme der beiden Banken war ein rapides Anschwellen der fremden Mittel (auch von Spareinlagen), eine Steigerung der Steuerlast sowie die Erhöhung des Reingewinns.

Übernahmen insolventer Banken durch jeweils größere Kreditinstitute wurden von den bürgerlichen Regierungen nach 1923 systematisch betrieben, im Konzentrationsprozess wurde ein Allheilmittel für die desolante Bankwirtschaft gesehen. Die Frage, die sich im konkreten Fall stellte, war, ob Union- und Verkehrsbank wirklich insolvent gewesen waren und die BCA mit den Übernahmen nicht nur eigene Schwierigkeiten überdeckt hatte. Die New Yorker Morgan-Gruppe, die nach der Fusion über 350.000 von insgesamt 900.000 BCA-Aktien verfügte,¹²⁸ hatte sich nach einer Überprüfung der Finanzlage der BCA bereits 1926 zum Verkauf ihrer BCA-Aktien entschlossen.¹²⁹ Hektische Aktivitäten kennzeichneten die folgenden Monate: Die BCA versuchte die von ihr zur Kursstützung aufgekauften eigenen Aktien durch Sieghart in Paris, London und Berlin zu verkaufen, gleichzeitig versuchten auch die ausländischen Aktionäre der BCA ihre BCA-Aktien abzustoßen.¹³⁰ In Wien wurden Gerüchte über verschiedene Kombinationen von Fusionen kolportiert, etwa über ein Zusammengehen der BCA mit der Länderbank, dem Wiener Bankverein oder der CA.¹³¹

Sieghart und die Politik

Sieghart hatte von Beginn seiner Karriere an Politik als Beeinflussung der Presse verstanden und mit der Steyermühl AG einen mächtigen Zeitungs- und Verlagskonzern unter seine Kontrolle gebracht. Eine merkwürdige Wendung bestand darin, dass ausgerechnet er, der wie kein anderer die Öffentlichkeit beherrschen wollte und nach dem Dafürhalten vieler auch zu beherrschen schien, nach dem Zusammenbruch der Monarchie mehr und mehr von dieser dominiert wurde. Unter demokratischen Bedingungen kontrollierte er nicht mehr die öffentliche Meinung und schon gar nicht die Sphäre der Gerüchte, sondern wurde zunehmend selbst von einer teils kritisch, teils feindlich gesinnten Presse ins Visier genommen. Ein Gradmesser dafür war das *Neue Wiener Tagblatt*, das publizistische Flaggschiff

des Steyermühl-Konzerns, das in immer kürzeren Abständen gegen Sieghart gerichtete Artikel und Gerüchte zu dementieren oder zu korrigieren hatte.

Siegharts politische Programmatik, soweit sie aus seinen veröffentlichten Schriften und Reden vor den Gremien der BCA zu erkennen ist, war einem pragmatischen Wirtschaftsliberalismus verpflichtet. Wie jeder (österreichische) Unternehmer kritisierte er zu hohe Sozialabgaben und die Steuergesetzgebung und hatte wenig bis kein Verständnis für die Politik der Gewerkschaften. Seine 1932 publizierten Memoiren lassen erkennen, dass er den Nationalismus ebenso wie den verbalen Linksradikalismus der Sozialdemokratie verabscheute, gewisse Hoffnungen in die Christlichsozialen setzte und mit ihnen sympathisierte, obwohl er ihren Antisemitismus ablehnte und klerikale Positionen befremdlich fand. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst übernahm er nur einmal eine politische Funktion, in die er nicht gewählt, sondern für die er ernannt wurde: er saß von 1912 bis 1918 im Herrenhaus des Reichsrates. In der Ersten Republik hatte er keinerlei politische Funktionen inne. Zu Beginn von Siegharts zweiter Amtsperiode in der BCA hatte Walther Federn im *Volkswirt* bemerkt, es wäre zu wünschen, Sieghart würde aus seiner Gouverneursperiode die nötigen Lehren ziehen und sich politischer Aspirationen enthalten. Es sei zu hören, dass Sieghart auf jeden Einfluss auf den Steyermühl-Konzern und die von ihm herausgegebenen Zeitungen verzichte; dennoch warnte Federn: »Politische Aktionen des Leiters einer Bank könnten dieser unter den heutigen Verhältnissen gefährlicher werden als unter der Monarchie.«¹³² Tatsächlich währte Siegharts politische Enthaltensamkeit nicht lange. Er liebte staatsmännische Selbstinszenierungen und suchte das Gespräch mit Staatsmännern wie dem tschechoslowakischen Präsidenten Thomas Masaryk.¹³³

Siegharts Skepsis – zumindest aus der Perspektive seiner Memoiren – Parteien und Bürgertum gegenüber entsprach seine Haltung, Politik als Personalpolitik, als Verhandlung über private Absprachen zu betreiben: Es waren meist einzelne Personen, die ihm von Nutzen sein konnten, weniger Parteien. In zumindest zwei Fällen waren es ehemalige Untergebene Siegharts, die ihm in ganz unterschiedlichen Funktionen dienten. Emil Löbl, ehemaliger Beamter unter Sieghart im Ministerratspräsidium und 1909–1917 Chefredakteur der amtlichen *Wiener Zeitung*, wurde 1917 Chefredakteur des *Neuen Wiener Tagblatts*.¹³⁴ Richard Reisch, der so Redlich »traurige Unterläufel Siegharts«¹³⁵, unter Sieghart seit 1910 Direktor in der BCA, 1919/20 Staatssekretär für Finanzen, kehrte danach wieder zurück auf seinen BCA-Direktorsposten und wurde im Dezember 1922 Präsident der OeNB,¹³⁶ eine Position, in der er für Sieghart höchst brauchbar war. Wenn auch Sieghart Reisch nicht zum Nationalbankpräsidenten machen konnte, so bekam dieser zusätzlich zu seiner Nationalbankfunktion seine jährliche Pension von der BCA in der Höhe von 30.000 Schilling ganz gewiss nicht ohne Billigung Siegharts.¹³⁷

Ein Geben und Nehmen größeren Stils verband Sieghart mit zwei der prominentesten und mächtigsten Christlichsozialen der zwanziger Jahre. Die BCA, so Otto Leichter, ein ehemaliger Wirtschaftsjournalist der *Arbeiter-Zeitung* in einer späteren Darstellung, sei »gewissermaßen der ökonomische Unterbau der Bürgerblockpolitik Seipels und seines Wirtschaftsfachmannes Kienböck« gewesen.¹³⁸ Die Furcht vor den Folgen einer linken Wirtschaftspolitik und die Angst vor dem Einfluss von Großspekulanten,¹³⁹ verstärkt seit dem Angriff Bosels auf die BCA, motivierten Sieghart zu einer Strategie der Rückversicherung, vor allem bei zwei mächtigen Regierungspolitikern der Christlichsozialen. Beide, Ignaz Seipel, den mächtigsten Mann der Christlichsozialen, und seinen Vertrauten, den Rechtsanwalt Viktor Kienböck, kannte Sieghart zumindest seit ihrer gemeinsamen Tätigkeit 1918/19 in der *Oesterreichischen Politischen Gesellschaft*.¹⁴⁰ 1924 hielt Sieghart aus Anlass eines Attentats auf Seipel eine Rede, die in der *Neuen Freien Presse* als »Kundgebung für den Bundeskanzler Dr. Seipel« gewertet wurde, worin er Seipel als »stärkste politische Kraft, die Oesterreich seit der großen Umwälzung hervorgebracht« hätte und als »moralisches Kapital [...], das unserer Heimat bereits reiche Zinsen getragen« hätte, bezeichnete.¹⁴¹ Seipel war der politische Förderer der militanten Heimwehrverbände, Sieghart galt als einer ihrer Finanziers.¹⁴² Wenn auch die mehrfach aufgestellten Behauptungen, Sieghart habe die Heimwehr besonders großzügig unterstützt, nicht belegt sind, sind derartige Zuwendungen nicht unwahrscheinlich.¹⁴³ Die Sieghart nachgesagte Finanzierung der Heimwehr und seine publizistische Unterstützung des Seipelschen Bürgerblocks bei den Nationalratswahlen 1927 belegen jedenfalls eine einseitige politische Instrumentalisierung jener (Finanz-)Macht, über die ein Präsident einer Großbank verfügte. Das war genau das, wovor so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Albert Salomon von Rothschild und Walther Federn gewarnt hatten.

Zum Wirtschaftsanwalt Viktor Kienböck, der 1918–1922 für die Christlichsoziale Partei im Wiener Gemeinderat saß und unter Seipel zweimal Finanzminister war (November 1922 bis November 1924 und Oktober 1926 bis Mai 1929), baute Sieghart eine enge Beziehung auf. Kienböck vertrat als Rechtsanwalt die BCA und ihre Konzernbetriebe,¹⁴⁴ als Finanzminister im Kabinett Seipel, so ein Vorwurf Otto Bauers, beschäftigte Kienböck den Schwiegersohn Siegharts, Ministerialrat Dr. Alfred Becker.¹⁴⁵ Zumindest manche Entscheidungen Kienböcks hatten einen merkwürdigen Beigeschmack, vor allem der – oben erwähnte – Verkauf der UB-Aktien an die BCA.¹⁴⁶ Die Ausschaltung der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft als Mitbewerberin konnte, wie Walther Federn betonte, nur »persönliche und politische« Motive haben, ökonomisch war sie nicht zu rechtfertigen. Die »persönlichen« Motive konnten nur im Naheverhältnis zwischen Sieghart einerseits und Kienböck und Reisch andererseits bestehen; die »politischen« Motive waren angeblich in allzu engen Kontakten der Escomptegesellschaft zur Gemeinde Wien zu sehen.¹⁴⁷ Doch

derartige Kontakte hatte selbstverständlich Sieghart auch: Anfang 1929 verkaufte die BCA, sehr zur Überraschung Kienböcks, einige Grundstücke an die Gemeinde Wien.¹⁴⁸

Wenngleich solche Konstellationen auffällig waren, ließen sich weder seitens Sieghart und der BCA eindeutige Geldflüsse zur Christlichsozialen Partei nachweisen, noch waren die Beteiligungen an bzw. Übernahmen von in Schwierigkeiten geratenen Banken, bei denen christlichsoziale Landespolitiker engagiert waren, reine Gefälligkeitsgeschäfte. Gleichzeitig waren für diese Transaktionen wie für einige Anleihen öffentlicher Körperschaften und vor allem die Finanzierung der Wasserkraftgesellschaften in den Bundesländern die Beziehungen zu – meist christlichsozialen – Landes- und Bundespolitikern höchst nützlich.

Die Sieghart nachgesagte Nähe zur Politik brachte ihn ins Visier der jeweiligen politischen Gegner. Dass Sieghart aus einem »Institut von Weltruf eine christlichsoziale Bank gemacht«¹⁴⁹ habe, hatte nach Ansicht verschiedener Beobachter fatale Folgen. Insbesondere der Zusammenbruch der BCA im Jahre 1929 wurde mit der Gegnerschaft Siegharts zur Sozialdemokratie in Verbindung gebracht.¹⁵⁰ Im Vergleich zu den Angriffen gegen Sieghart kamen die beschwichtigenden Artikel im *Neuen Wiener Tagblatt* kaum zur Wirkung; da Sieghart dies wusste, regte er in einer Vorstandssitzung im November 1927 an, »Journalisten gegen ein zu zahlendes Pauschale damit zu befassen, um die B.C.A. und deren Konzern betreffende Nachrichten in der uns richtig scheinenden Form in die Zeitung zu bringen«, und es fiel auch bereits ein konkreter Name (Dr. Reichmann).¹⁵¹ Sieghart hatte, das ist unverkennbar, seine 1919 geäußerte Absicht, wenn sie überhaupt jemals ernsthaft bestanden hatte, den Steyrermühl-Pressekonzern nicht zu beeinflussen, angesichts der innenpolitisch verschärften Lage fallen gelassen. Dass er diesen weiterhin für seine Ziele einzusetzen versuchte, führte allerdings zu erheblichem Widerstand bei anderen Blättern und zu heftigen Angriffen der Sozialdemokraten, vor allem Otto Bauers.¹⁵² Es war bekannt, dass Sieghart auf Kritik äußerst feindselig reagierte. Rudolf Keller, Herausgeber des *Prager Tagblatts*, antwortete 1923 auf Vorwürfe Gustav Stolpers,¹⁵³ damals noch Mitherausgeber des *Oesterreichischen Volkswirts*, die Presse würde sich durch Figuren wie Castiglioni und Sieghart korrumpieren lassen: Er halte das »Vorgehen des Herrn Sieghart« bei den Kapitalvermehrungen der BCA und der Steyrermühl AG für »sehr tadelnswert«, könne dies aber nicht »öffentlich sagen«, da er dadurch »eine Menge alter Beziehungen, die mich mit ihm und mit seinen Direktoren verbinden«, zerstören würde. Dies wäre die Folge auch »nur der leisesten Kritik«, da sich hinsichtlich eines Motivs dieser Kritik »doch niemand vorstellen kann, daß man so etwas tut einfach aus Pflichtgefühl«. Zum Feind der BCA und Siegharts war auch Walther Federn mit seinen Artikeln im *Volkswirt* über die zunehmend angespannte Lage der Bank avanciert. Im Vorstand war von dessen

»gehässiger Berichterstattung« die Rede und davon, dass, sollte sich nichts daran ändern, die »Dauer-Inserate der Konzern-Gesellschaften (im *Volkswirt*) sukzessive zurückgezogen werden« sollten.¹⁵⁴

Der Industriekonzern der BCA – Techniker versus Bankleute

Die BCA hatte ihren industriellen Einflussbereich seit 1918 stark ausgedehnt. Über ihre österreichischen Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitglieder war die BCA 1928 in 161 Unternehmen vertreten (gegenüber 93 Unternehmen 1917), in 53 (1917: 36) davon in einer führenden Position (als Präsident des Verwaltungsrates, Vorsitzender, Generaldirektor bzw. Eigentümer).¹⁵⁵ Dass diese Expansionspolitik, nach dem Zusammenbruch als »Expansionsucht« bezeichnet,¹⁵⁶ zu einer Anspannung der Bank geführt hatte, war den Veröffentlichungen der Bank nicht zu entnehmen. In den Protokollen der Generalversammlung war Jahr für Jahr von »der musterhaften Buchführung und tadellosen Gebarung in den Kassen und in der Liquidatur« die Rede, in den Geschäftsberichten der BCA – lapidar und eher beschönigend – von gut gehenden und weniger gut gehenden Konzernunternehmen. Weit aus kritischer wurde die Lage in der Wirtschaftspresse eingeschätzt und die Industriepolitik der BCA zunehmend skeptisch kommentiert. 1927 bemerkte der *Volkswirt*, dass der Erwerb der Aktienmehrheit der Warchalowski, Eissler & Co. AG sich als »schwerer Mißgriff« darstellte und die Leitung der STEG, die im Auftrag der BCA den Kauf durchgeführt hatte, »von den sehr redegewandten Vorbesitzern der Warchalowski-Werke einfach hereingelegt worden ist, was eben doch nur bei unzureichender Sorgfalt geschehen konnte«.¹⁵⁷ Schon damals war von Gerüchten über »Konflikte der Leitung der Bodenkreditanstalt mit ihren englischen und amerikanischen Großaktionären«, also Schröder und Morgan, die Rede. Zwar wurde betont, die Gerüchte dürften grundlos sein, gleichzeitig wären die Vorfälle »dem Vertrauen zu dem Konzern und dem Ansehen seiner Leiter« nicht zuträglich.¹⁵⁸ Schröder schien nicht beruhigt, die ihm vorgelegten Bilanzen zeigten »große Anspannung« und er würde den »Gedanken einer Fusion mit der C-A ausserordentlich begrüßen«.¹⁵⁹ Das Gerüchte um die beengte Lage der BCA hielt an, Verwaltungsrat Edgardo Morpurgo musste Gerüchten entschieden entgegentreten, die BCA »suche angeblich Geld und zahle höhere Konditionen für Auslandseinlagen wie andere Banken«.¹⁶⁰

Längst notwendige Sanierungs- und Reorganisationsmaßnahmen wurden gar nicht oder zu spät ergriffen. In zahlreichen Vorstandsprotokollen tauchten wiederholt Fusionspläne auf, etwa für die Mineralölkonzerne AG für Mineralöl-Industrie, vormals David Fanto & Comp., die Galizische Karpathen AG und die Naphta AG.

Als Anreiz für die Fusion seitens der BCA wurde die »Abbürdung der Schulden« bezeichnet.¹⁶¹ Letztlich erfolgte die Abstoßung von Beteiligungen dann viel zu spät, etwa als 1928 die polnischen Unternehmungen des Fanto-Konzerns an den *Crédit Général des Pétroles*, Paris, verkauft und die übrigen Fanto-Unternehmungen reorganisiert wurden.

Die Verschuldung des Mautner-Textilkonzerns, der STEG und DDSG wuchs in dem Maß, in dem die Investitionen sich als unrentabel erwiesen. Die Gebarung bei einzelnen Konzernunternehmen wäre nicht die glücklichste, bemerkte der *Volkswirt* dazu, eine Reihe von großen Krediten scheine »eingefroren« – »wie es mehr oder weniger bei den meisten mitteleuropäischen Banken der Fall sein dürfte«.¹⁶² Das größte Sorgenkind im BCA-Industriekonzern waren aber die Steyr-Werke. Die Umstellung von Kriegs- auf Zivilproduktion (Automobile) und der Aufbau einer Verkaufsorganisation in Deutschland erhöhten den Schuldenstand von 16,8 Millionen Schilling im Jahr 1925 auf 29,3 im Jahr 1926. 1927 beliefen sich die Schulden schon auf 60 Millionen (bei Eigenmitteln der Bank von 87 Millionen). Steyr war eines der wenigen Unternehmen, deren erhaltene Geschäftsunterlagen die Uneinigkeit der Verantwortlichen belegen: Steyr-Generaldirektor Hans Sääf plädierte im Jänner 1929 dafür, für das Geschäftsjahr 1928 keine Dividende zu zahlen. Der BCA-Vorstand setzte jedoch eine reduzierte Dividendenzahlung durch.¹⁶³ Leicht war die Situation sicher nicht, auf jeden Vorschlag einer Reorganisation, Zusammen- oder Stilllegung eines Betriebs folgten Einsprüche der Gewerkschaften, betroffenen Gemeinden und Länder sowie der Zeitungen und Appelle an die volkswirtschaftliche Verantwortung der Banken.¹⁶⁴

Vorstands- und Verwaltungsratsprotokolle der BCA zeugen jedoch eindeutig von einem Mangel an Problembewusstsein: Die verantwortlichen Mitglieder der Entscheidungs- und Kontrollgremien versuchten die großen finanziellen Schwierigkeiten der Konzernunternehmen auszublenden oder zu marginalisieren. Entweder vermochten sie die Bedeutung der Verluste nicht zu erkennen oder sie wollten die katastrophale Lage nicht wahrnehmen. Möglicherweise waren einige schlicht von der Vielzahl ihrer Aufgaben (insbesondere die Vorstandmitglieder der BCA waren in bis zu 40 Industrieunternehmen vertreten) und der tatsächlich enorm schwierigen wirtschaftlichen Situation überfordert. Mit Fortdauer der Schwierigkeiten häuften sich – sicher nicht zufällig – die Rücktritte der leitenden Personen der betreffenden Unternehmen.¹⁶⁵ Dahinter verbarg sich auch ein Konflikt zwischen Technikern und Bankleuten, wie Sieghart bemerkte: Rationalisierungsversuche und Modernisierungen »führten in den meisten Fällen nur zu kostspieligen Überinvestitionen und dadurch zum vermehrten Anschwellen der Bankschulden. Die bei jedem neuen Investitionsprogramme vorgelegten wunderbaren Kalkulationen wiesen immer glänzende Erfolgsaussichten auf, stellten sich aber vielfach als reine

Luftgebilde heraus. Die vielgeschmähten Bankleute mußten das Bad ausgießen, das die vielgerühmten Techniker zugerichtet hatten«. ¹⁶⁶

Als zu Beginn des Jahres 1929 die kritische Lage der Bank durch immer mehr Zeitungsberichte und sich verdichtende Gerüchte auch nach außen sichtbar wurde, führte man dies bankintern auf Intrigen und Hetzkampagnen zurück. ¹⁶⁷ So zeigten sich der Präsident und der Vorstand der BCA noch im Spätsommer 1929 überrascht über die Vorwürfe an die Geschäftsleitung und gaben hinterher vorwiegend ausländischen Zeitungskampagnen die Schuld am Niedergang der Bank. Der *Oesterreichische Volkswirt* hatte dagegen schon im März 1929 konstatiert, dass die eigenen Mittel der BCA nicht ausreichten, um die Effekten- und Konsortialbestände abzudecken, das Deckungsverhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln katastrophal wäre, es ähnlich schlecht um ihre Liquidität und Effizienz stünde und die Bank trotz der angespannten Lage hohe Dividendenzahlungen (meist doppelt so hoch wie jene anderer Banken) leistete, obwohl diese zunehmend kritisiert würden und auf Kosten der stillen Reserven gingen. ¹⁶⁸ Auch in den Bilanzbesprechungen des *Volkswirts* wurde wiederholt auf die angespannte Lage der BCA bzw. einiger ihrer Konzernunternehmen hingewiesen und die Höhe der Dividenden in Frage gestellt. Der Mehraufwand für die Dividende der BCA ginge zum größten Teil auf Kosten der Zuweisung an die offene Reserve, Zweifel an der Zweckmäßigkeit der letztjährigen Dividendenerhöhung würden dadurch bestätigt. ¹⁶⁹ Die Steyr-Werke hätten zwar ihre Dividende von zehn auf fünf Prozent ermäßigt, aber die allgemeine Meinung ginge dahin, dass sie auch diese Dividende nicht hätten verteilen sollen, wären doch ihre Schulden von 35,2 auf 57,7 Millionen Schilling angestiegen, mehr als das Doppelte des ausgewiesenen Eigenkapitals. ¹⁷⁰ Zugleich wurde aber auch in der Fachpresse immer wieder auf Probleme der Banken verwiesen, für die diese nichts könnten, etwa das fast völlige Fehlen von Emissions- und anderen Finanzgeschäften, die hohen Personallasten oder Steuern. ¹⁷¹

Gerüchte

Am 22. September 1929 schrieb die *Neue Zürcher Zeitung*: »Die verschiedenen Heimwehr-Alarme der letzten Zeit haben in Wien eine regelrechte Angstpsychose, zahlreiche falsche Gerüchte und eine wirtschaftliche Nervosität hervorgerufen, die in keiner Weise gerechtfertigt scheinen.« ¹⁷² Gerüchte waren in der Wirtschaftswelt, vor allem in der Hochfinanz, an der Tagesordnung. Man schenkte ihnen Glauben oder nicht, versuchte ihnen auf den Grund zu gehen oder ignorierte sie, setzte sie selbst in die Welt, gab sie weiter oder machte sich lustig über jene, die sie glaubten.

Bereits 1924 hatten Gerüchte über die Schwierigkeiten einer Wiener Großbank wochenlanges Aufsehen erregt. Wie sich herausstellte, gingen sie auf Initiative eines Wiener Journalisten von Prag aus und betrafen die Verkehrsbank, die jedoch ihre Schalter unverändert offen hielt, bis die Gerüchte offenbar widerlegt waren.¹⁷³ Die notorische Gerüchtemacherei in den zwanziger Jahren war Indiz einer allgemeinen Misstrauenskrise: Den meisten großen Skandalen der Ersten Republik waren ebenfalls Gerüchte vorangegangen, die nicht immer falsch waren. Ab etwa 1927, dem Zeitpunkt der Fusion mit Union- und Verkehrsbank, setzte gegen die BCA eine »sehr heftige Kampagne« ein, die im Juli zu größeren Abhebungen führte, nach Sieghart politisch motiviert war und sich bis 1929 unvermindert fortsetzte.¹⁷⁴

Ein Wiener Blatt, das Sieghart laufend kritisierte, war *Der Abend*, der als »links« galt. Hier fanden sich immer wieder Artikel, die sich mit Konzernbetrieben der BCA beschäftigten, etwa mit der DDSG. Am 13. Juli 1929 erschien im *Abend* ein Artikel mit dem Titel: »Zweieinhalb Millionen Schilling für Herrn Sieghart! Die Erpressung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist gelungen«. *Der Abend* hätte schon vor Monaten die »Pläne des Herrn Sieghart veröffentlicht, der seine Herrschaft in der DDSG und dadurch auf der Donau dazu benützt, um an der Regierung eine regelrechte Erpressung zu begehen«. Der Artikel schloss: »Noch immer ist Herr Sieghart Herr über Oesterreich und sein Wille ist Befehl, gegen den es keine Widerrede gibt!«¹⁷⁵ Wenige Tage später brachte *Der Abend* einen Artikel mit der Schlagzeile »2,3 Millionen Schilling Defizit! Das Schuldbekenntnis der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft – Wofür die österreichische Regierung 2,5 Millionen Schilling zahlt«. Der Artikel kritisierte, dass die Bundesregierung die DDSG mit zweieinhalb Millionen Schilling subventionierte, nur um zu erreichen, dass der Schiffsverkehr noch einige Monate weitergeführt würde, und endete mit der kryptischen Bemerkung: »Im Herbst aber sollen die Manöver Siegharts gegen den österreichischen Staat fortgesetzt werden.«¹⁷⁶ Doch über die BCA selbst war im *Abend*, übrigens auch in der *Arbeiter-Zeitung*, in den Monaten vor dem Zusammenbruch nichts zu lesen.

Die internationale Presse allerdings beobachtete aufmerksam und mit steigender Spannung die vermehrten Putschdrohungen der österreichischen Heimwehr und die merkwürdige und schwer verständliche Rolle, die Ex-Kanzler Seipel dabei spielte. Seipel sprach von einer »Zeit der großen Gerüchtemacherei«,¹⁷⁷ hatte selbst jedoch nicht wenig dazu beigetragen. Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang vor allem ein Interview, das Seipel dem Österreich-Korrespondenten der *Londoner Times*, George E. R. Gedye, gab und das im *Daily Telegraph* erschien.¹⁷⁸ Darin sprach er unter anderem davon, dass es sich bald zeigen würde, ob die Heimwehr einen »Mussolini« hätte und dass die Waffen der Wiener Heimwehr bei der Bundespolizei deponiert wären.¹⁷⁹ Das erregte selbstverständlich Aufsehen und wurde

umgehend vom Polizeipräsidenten Schober dementiert. Einen Tag später berichtete die *Frankfurter Zeitung*, dass OeNB-Präsident Richard Reisch erklärt hätte, dass die Besorgnisse bezüglich Österreichs jeder Grundlage entbehrten und sich der Ankauf ausländischer Währungen in Österreich in engen Grenzen hielte.¹⁸⁰ Doch den ganzen September hindurch waren in ausländischen Zeitungen teils beunruhigende, teils skurrile Berichte über Österreich zu lesen.¹⁸¹ Erste konkrete Gerüchte, die eine Wiener Großbank betrafen, wurden am 22. September 1929, also etwas mehr als zwei Wochen vor Bekanntgabe des BCA-Zusammenbruchs, im *Prager Tagblatt* erwähnt: »Schon sind in Prag und Budapest Gerüchte über krisenhafte Zustände einer Wiener Großbank aufgeflattert, die allerdings von der betreffenden Bank selbst als reine Konkurrenzmanöver bezeichnet werden. Aber die Bilanzen so mancher unserer Industrieunternehmungen, darunter auch einzelner, die zum Konzern der angezogenen Wiener Großbank gehören, beweisen leider, dass auch Talmi glänzen kann.«¹⁸² Die BCA wurde zwar nicht erwähnt, doch Eingeweihte wussten, welche Bank gemeint war. Reisch gab »im dringendsten Interesse des Wiener Finanzplatzes«, wie er sich später ausdrückte, am 24. September eine Erklärung gegenüber dem *New York Herald* ab, eine weitere gegenüber dem *Wall Street Journal* am 3. Oktober, wonach die BCA »zweifelloso solvent« wäre.¹⁸³ Später erklärte Reisch, er hätte gemeint, die Einleger wären geschützt, nicht die Aktionäre.

Das *Neue Wiener Tagblatt*, das Sprachrohr Siegharts, versuchte auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Am 24. September erschien ein Artikel, in dem auf die »übertriebenen Meldungen über große Valutenkäufe« reagiert und festgestellt wurde, dass an derartigen Ankäufen in dieser Jahreszeit nichts Abnormales wäre.¹⁸⁴ Nur einen Tag später brachte die Zeitung ein Gespräch mit dem Generaldirektor der OeNB, Viktor Brauneis, der eine »unverantwortliche Tätigkeit der Giftgasmischer« konstatierte, die »im In- und Ausland ihre Tätigkeit gegen unser Vaterland hemmungslos entfalten« würden, und bemerkte, die vorliegende Verminderung des Devisenvorrates bei der OeNB um zwei oder zweieinhalb Millionen US-Dollar wäre weder »beunruhigend« noch »alarmierend«.¹⁸⁵ Doch nun zeigte sich, dass die Beschwichtigungstaktik der Zeitungen nahezu wirkungslos war, zumal, wenn man wusste, welcher Einflussphäre sie angehörten. Jeder wusste, dass das *Neue Wiener Tagblatt* die zirkulierenden Gerüchte ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes dementieren musste, und wer sein Geld nicht aufs Spiel setzen wollte, hob es ab bzw. verkaufte seine Wertpapiere. Arthur Schnitzler, ein langjähriger Kunde der BCA, hatte schon am 30. Juli 1929 Kassenscheine von der BCA auf die CA übertragen.¹⁸⁶ Am 24. September schrieb Schnitzler in sein Tagebuch: »Boden Credit Dir. Rechnitzer. Interpellire ihn wegen der Gerüchte über die Bank. Er bestreitet zum Theil, ist aber sichtlich irritirt«.¹⁸⁷

Verfassungskrise und Heimwehrputschgerüchte hatten Österreich in den internationalen Blickwinkel gerückt, wobei die »Sensationsberichte der englischen Presse

über Oesterreich«, so der Wiener Korrespondent des *Prager Tagblatts*, in Österreich mehr Schaden angerichtet hätten als im Ausland: Die »ausländischen Finanzkreise besitzen ihre privaten Informationen über Oesterreich, sie sind über alles, was bei uns vorgeht, genau unterrichtet, sie wissen, wem sie Vertrauen schenken können und wem nicht und lassen sich durch alarmierende Zeitungsnachrichten nicht beirren«. Nur die österreichischen Anleger wären »nervös«, da ihnen die Inflation »noch in lebendiger Erinnerung« wäre. Bei der »geringsten Beunruhigung« würden Gelder abgehoben und »in ausländische Valuten« verwandelt. Der Devisenabfluss wäre jedoch eine normale, »alljährlich um diese Jahreszeit wiederkehrende, mit den Rohstoffanschaffungen der Industrie zusammenhängende Erscheinung«. Österreich wäre zwar »ein wirtschaftlich schwaches Land«, doch seine »Währung kerngesund und so gut fundiert« und »jeder andern Währung ebenbürtig«. Die »Erfahrungen der letzten Wochen« würden jedoch ein »Warnungssignal für Oesterreich« bedeuten, man würde sehen, wohin es führte, »wenn in einem Staate bewaffnete Parteiarmeen geduldet werden, die die Bevölkerung durch Drohungen mit dem Bürgerkrieg in Schrecken versetzen. Sie haben auch gesehen, zu welchen Uebertreibungen diese Vorgänge im Ausland führen können.« Was Österreich zu seinem wirtschaftlichen Emporkommen bräuchte, wäre vor allem »Ruhe im Innern«. ¹⁸⁸

Die von der Heimwehr, aber auch von Seipel provozierten Putschgerüchte blieben, ungeachtet aller Beschwichtigungsversuche, etwa durch den Heimwehrführer Richard Steidle selbst, ¹⁸⁹ nicht folgenlos. Dass die Krise überhaupt erst durch die Gerüchte auf die Spitze getrieben worden war, wie etwa Sieghart betonte, war nicht von der Hand zu weisen: Angesichts der beschworenen Bürgerkriegsgefahr verkauften einige Großaktionäre sukzessive BCA-Aktien, und Anleger hoben ihr Geld ab. Nach übereinstimmenden Angaben der *Reichspost* und des *Oesterreichischen Volkswirtes* waren in den letzten beiden Wochen vor der Fusion etwa 50 Millionen Schilling bei der BCA behoben worden. ¹⁹⁰ Sieghart selbst behauptete: »So ernst die Lage des Instituts auch war, bedrohlich wurde sie erst, als im Herbst 1929 von Prag aus in Budapest die Nachricht lanciert wurde, die Boden-Credit-Anstalt sei in Schwierigkeiten.« ¹⁹¹ Doch wer in Prag konnte ein Interesse gehabt haben, die BCA in Schwierigkeiten zu bringen? Ferdinand Marek, der österreichische Gesandte in Prag, hatte schon im März 1929 über »das Bestreben, das österreichische Kapital und die österreichischen Unternehmer und Angestellten aus der Tschechoslowakei zu verdrängen«, nach Wien berichtet und darüber, dass Persönlichkeiten wie Kamil Krofta (Historiker und Diplomat, 1929 Präsidialleiter des tschechischen Außenhandelsministeriums) und Jaroslav Preiss (Chef der *Živnostenská Banka* und Vizepräsident des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen) offen zugaben, ihr Ziel wäre es, »die Tschechen reich und mächtig zu machen und ihnen jenen Einfluß in der Industrie zu sichern, der ihnen als dem Staatsvolk gebühre«. ¹⁹²

Dem zuvor gegangen waren Zwistigkeiten zwischen der BCA und der Živnostenská Banka. Letztere versuchte seit 1928, ihr Abkommen mit der BCA aufzulösen, im Jänner 1929 wurde das Verhältnis beendet, ab Juni war die Trennung vollzogen.¹⁹³ Deutlicher Ausdruck der Trennung waren Aktienkäufe der Živnostenská Banka an gemeinsamen Industriebeteiligungen in der Tschechoslowakei. Preiss selbst äußerte jedenfalls kurz nach dem Ende der BCA, der nunmehrige Zusammenbruch wäre »für die Živnobank und ihn selbst natürlich eine Genugtuung«, man würde nun sehen, dass »das Vorgehen unserer Bank und die Handlungsweise gegenüber Sieghart richtig waren. Sieghart selbst hat für sich sein Privatvermögen von mindestens 30 Millionen [ohne Währungsangabe] gerettet und scheint sich für sein Verhalten nicht zu genieren.«¹⁹⁴

Das anschwellende Obligo und die Rolle der Oesterreichischen Nationalbank

Im Herbst 1929 geriet die BCA in akute Liquiditätsschwierigkeiten, als ihr im Zuge der Diskussion um die Verfassungsreform Spareinlagen und ausländische Kredite entzogen wurden.¹⁹⁵ Die Aktien der BCA befanden sich zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich in ausländischem Besitz, von 1,1 Millionen Stück entfielen 400.000 auf Frankreich, 200.000 auf Belgien, ca. 176.000 besaß die PSK seit ihrem Verkauf der Unionbank-Aktien, rund 275.000 Aktien befanden sich im BCA-Portefeuille, auf das österreichische Publikum entfielen nur rund 50.000 Aktien.¹⁹⁶ Bei der letzten Generalversammlung am 14. November 1929 deklarierte die PSK mit 376.467 Aktien (34,2 Prozent aller Aktien) jedoch eine wesentlich höhere Zahl an BCA-Aktien. Ob bzw. wann sie die weiteren 200.000 Aktien erworben hatte, ist unklar. Große Aktienpakete besaßen die Société de Banque pour le Commerce et l'Industrie mit 200.000 Aktien (ca. 18,2 Prozent) und Eudore Lefèvre, ein Repräsentant des langjährigen BCA-Großaktionärs Solvay, mit 100.000 Aktien (ca. 9,1 Prozent).¹⁹⁷ Die PSK erlitt damit zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit große Verluste, zum finanziellen Desaster aufgrund ihrer Geschäftsverbindungen mit Bosel gesellten sich nun gewaltige Verluste an den Aktien der BCA.¹⁹⁸

Im internationalen Geschäftsverkehr war und ist es üblich, dass Geschäftsbanken bei den Nationalbanken Kredite in Anspruch nehmen, gleichsam kurzfristig ihr Konto überziehen. Diese »Obligo« genannten Kreditschulden haben eine ständig wechselnde Höhe. Das Obligo der BCA bei der OeNB hatte zuletzt im Frühjahr 1927 den Nullpunkt erreicht, belief sich im Juni 1928 auf 36 Millionen Schilling und stieg – nach Auskunft des Nationalbankpräsidenten Reisch – vom April 1929 an »in auffallender Weise«. Schon 1927 war dabei der Prozentsatz der Mobilisie-

rungswechsel mit 90 und mehr Prozent der Gesamteinreichung auffallend hoch gewesen. Diese waren seit März 1928 bedeutend angewachsen, wobei ein immer größerer Teil auf Akzepte der drei großen Debitoren der BCA, die Steyr-Werke, den Fanto- und den Mautnerkonzern entfiel. Aufgrund der angespannten Situation wurde der Direktion der BCA im Mai 1929 bedeutet, dass das Kreditausmaß Besorgnis erregen würde, »weil die Anstalt bereits jene Grenze erreicht hätte, die ihr unter außergewöhnlichen Verhältnissen (Run, politische Beunruhigung u. dgl.) zugestanden werden könne«.¹⁹⁹

Sowohl der Präsident der OeNB, Richard Reisch, wie ihr Generaldirektor, Viktor Brauneis, ermahnten die BCA-Leitung mehrfach, das Obligo zu vermindern. Doch die im In- und Ausland grassierenden Gerüchte über bevorstehende politische Unruhen führten zu einem regelrechten »Run« auf die Banken. Dadurch wurde im Fall der BCA aufgrund ihrer Liquiditätsschwäche automatisch eine Krediterhöhung bei der OeNB erforderlich. Im August 1929 drängte die Leitung der OeNB auf eine Besprechung mit dem BCA-Vorstand, der sich Präsident Sieghart durch den Antritt einer Urlaubsreise entzog. Am 28. September wurde die Drohung einer Kreditsperre durch Brauneis ausgesprochen. Nachdem am 30. September die 100 Millionen-Grenze erreicht worden war, erfolgte der letzte Notkredit für die BCA, gleichzeitig stoppte die OeNB alle weiteren Kreditgewährungen und forderte die Deckung der Kredite durch Effekten ein.

Kurz zuvor, am 26. September, hatte die Regierung Streeruwitz demissioniert, der designierte Bundeskanzler Johann Schober war mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden, unter anderem mit dem Ziel einer autoritären, den Zielen der Heimwehr entsprechenden Verfassungsänderung. Als die BCA die OeNB in dieser Situation um einen neuerlichen Kredit in Höhe von zwölf Millionen Schilling – gegen den Erlag von vermeintlich erstklassigen Wertpapieren im Kurswert von 18 Millionen – ersuchte, verweigerte Generaldirektor Brauneis eine zusätzliche Krediterhöhung. Die Notenbankverschuldung der BCA betrug zu diesem Zeitpunkt bereits 121 Millionen bei einem normalen Refinanzierungsplafonds von 60 Millionen Schilling. Brauneis erklärte, dass dieser Kredit nur gewährt würde, um der BCA eine Frist von etwa acht Tagen für die Einleitung und Durchführung von Fusionsverhandlungen zu gewähren.²⁰⁰ Die Bank erklärte sich bereit, einen Ausweg aus ihrer Immobilisierung durch eine Fusion zu versuchen. OeNB-Präsident Reisch wurde daraufhin vom Vorstand der BCA mit der Führung von Verhandlungen betraut. Am 5. Oktober 1929 wurden die BCA-Direktoren bei Bundeskanzler Schober vorgestellt und teilten ihm mit, dass sie die Bankschalter schließen müssten, falls der Bank nicht Gelder in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt würden.²⁰¹ Am 7. Oktober 1929 erfolgte die amtliche Mitteilung in allen Zeitungen, dass die BCA in Schwierigkeiten wäre und die Verhandlungen zwecks ihrer Übernahme

durch die CA vor dem Abschluss stünden. Während die Verlautbarung den Einlegern und sonstigen Gläubigern der BCA den Schutz vor Verlusten zusicherte und betonte, dass die ruhige Fortarbeit der Konzernindustrien gewährleistet wäre, wurde hervorgehoben, dass die Aktionäre bedeutende Opfer zu bringen hätten. Ungeachtet aller vorangegangenen Gerüchte war das Aufsehen groß, hatte die BCA doch als »Inbegriff des vornehmen, soliden Bankinstituts, dessen Kredit unbegrenzt war und dessen Name in der Welt der Hochfinanz nur mit Ehrfurcht genannt wurde«, gegolten.²⁰² Sieghart selbst erschien es noch am 10. Oktober »unfassbar, wie sich die Dinge in der letzten Zeit überstürzt und zugespitzt« hätten. Wäre die BCA zwar schon seit zwei bis drei Jahren »Gegenstand einer heftigen Campagne« gewesen und hätten Zeitungsangriffe einen Run auf das Institut bewirkt, so kamen im September 1929 zu dieser »chronischen Treibjagd« gegen die Bank drei neue Momente: Die Auslandspresse verbreitete Nachrichten über den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines Bürgerkriegs, das Nachgeben der OeNB, deren Generaldirektor der BCA weitere Kredite versagte, und ein Leitartikel »des in Finanzkreisen am meisten gelesenen Blattes«, der »sich auf einzelne in Budapest umlaufende Alarminachrichten« über die BCA bezog.²⁰³ Am 18. Oktober 1929 wurde die Fusion von BCA und CA durch das so genannte BCA-Gesetz vom Nationalrat genehmigt.

Ursachenforschung

Mit Bekanntwerden der Pleite begann die Suche nach deren Ursachen und nach Verantwortlichen. Der im September 1929 neu angetretene Finanzminister Otto Juch verwies in diesem Zusammenhang auf »die unerhörte Hetze gegen die Bodenkreditanstalt«.²⁰⁴ Doch alle Beteiligten und interessierten Beobachter wussten, dass Nachrichten und Pressemitteilungen allein die BCA nicht hätten zu Fall bringen können. Angegriffen wurden auch die OeNB und ihr Generaldirektor Brauneis.²⁰⁵ Der Nationalbank wurde zum Vorwurf gemacht, der BCA zu lange ermöglicht zu haben, ihr Obligo zu erhöhen. Erst durch eine zu nachgiebige Refinanzierungspolitik wäre die verhängnisvolle Expansionspolitik des Präsidenten der BCA, Sieghart, ermöglicht worden und die OeNB daher mitverantwortlich für den Zusammenbruch dieser Bank. Brauneis trat derartigen Behauptungen entschieden entgegen. Der Vorwurf, die der BCA gewährte Zusatzhilfe hätte diese »bereits in einem Stadium der Immobilität« unterstützt und »nur die Notenbank wäre [...] in der Lage gewesen, schon frühzeitig aus der Art der Einreichungen zu erkennen, wie es um die Bank stand«,²⁰⁶ war zwar auch laut *Volkswirt* nicht von der Hand zu weisen, hätte aber die Bank nicht gerettet, sondern lediglich ihren Zusammenbruch, mithin eine Zwangsfusion, um einige Monate vorverlegt. Dadurch hätten sich

allenfalls die Verluste etwas verringert. De facto spielte die OeNB nur die Rolle des Boten, der eine schlechte Nachricht übermittelt, das Unglück selbst hatte andere Ursachen. Auch Walther Federn zufolge, der den Fall der BCA im Oktober 1929 in zwei großen Beiträgen im *Volkswirt* analysierte,²⁰⁷ konnte die OeNB, deren Generaldirektor Brauneis auch von Sieghart für seine Weigerung, »von den der Anstalt angeschlossenen Industrie-Gesellschaften direkten Eskompte zu nehmen«, nachträglich kritisiert worden war,²⁰⁸ nicht für den Zusammenbruch der BCA verantwortlich gemacht werden. Neben Sieghart erhob auch Nationalbankpräsident Reisch gegenüber Brauneis den Vorwurf, die von Brauneis erzwungene Kreditsperre im September 1929 hätte den ersten Anstoß für die internationale Finanzkrise gegeben.²⁰⁹

Es war das Zusammenspiel zahlreicher Faktoren, die das Ende der Bank verursachten und sie schon seit Jahren geschwächt hatten. Die drohende Zahlungsfähigkeit der BCA war nach Meinung des Generalrats der OeNB durch »schwere bankpolitische Fehler« verursacht worden. Die Leitung der BCA hatte es nicht vermocht, sich den geänderten Verhältnissen anzupassen und es versäumt, »rechtzeitig ihren gesamten Apparat auf die so stark verkleinerten Betätigungsmöglichkeiten innerhalb Österreichs umzustellen [...]. [Sie] verfolgte vielmehr in der Festhaltung höherer Dividenden und Aktienkurse weiter eine Prestigepolitik, die unter den so schwierig gewordenen neuen Verhältnissen übel angebracht war«. Die Bank hielt vor allem an der Hoffnung fest, die ihr angegliederten Industrieunternehmen »im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können. Sie legte immer wieder die hiezu erforderlichen bedeutenden Mittel im Kontokorrent vor und immobilisierte sich hierdurch in wachsendem Maße, von der Hoffnung geleitet, ihre Forderungen bei Besserung der Börsenverhältnisse durch Aktien- und Obligationen-Emissionen dieser Industrien liquidieren zu können«.²¹⁰

Hervorgehoben wurden bei der Ursachensuche die persönlichen Fehlentscheidungen der handelnden Personen, vor allem die Geschäftsgebarung durch Sieghart und die Verwaltung der Konzernbetriebe durch Georg Günther. Im Falle Siegharts wurde immer wieder auf die »Verquickung von Politik und Geschäft« hingewiesen, etwa durch die enge Beziehung zwischen der Anwaltskanzlei des zweimaligen Finanzministers Kienböck und der BCA.²¹¹ Doch gerade dieses Naheverhältnis zur Politik hatte der BCA auch zahlreiche durchaus einträgliche Geschäfte eingebracht. Günther geriet als der industrielle Fachmann im BCA-Verwaltungsrat in die Kritik. Er hatte 1925 neunzehn Mandate in Verwaltungsräten inne, davon neunmal als Präsident.²¹² Günther hätte, so der *Volkswirt*, insbesondere bei den seiner Obhut anvertrauten Unternehmungen, vor allem den Steyr-Werken, in der Nachkriegszeit definitiv versagt.²¹³ Die unter ihm vorgenommenen Reorganisationsmaßnahmen hätten sich allesamt als immens kostspielig, jedoch erfolglos erwiesen. Dieser negativen Einschätzung Günthers schloss sich auch *Die Neue Wirtschaft* an: Günther als

der »industrielle Führer« der BCA hätte »immer neue Geldflüsse für die Industrie als zwingende Notwendigkeit« gefordert, gegen ihn hätte sich Sieghart nicht durchsetzen können.²¹⁴ Die Kritik Federns im *Volkswirt* galt auch Reisch: Die Tatsache, dass Reisch zuvor Direktor der BCA gewesen wäre, hätte ihn »allzu vertrauensvoll für die Darstellungen der Lage der Bank« gemacht und ihn abgehalten, rechtzeitig energisch einzuschreiten, während Generaldirektor Brauneis »schon seit langem die Lage der BCA mit großer Unruhe« beobachtet hätte. Die guten Beziehungen zu Reisch hätten die Bankleitung in dem Glauben bestärkt, dass seitens der OeNB »unter allen Umständen« geholfen werde.²¹⁵

Kritisiert wurde weiters die »dilettantische Leitung« der Bank anlässlich der Fusion mit UB und VB, die gezeigt hätte, dass man »den Anforderungen des neuen Konzerns nicht gewachsen gewesen« sei.²¹⁶ Weitere Angriffspunkte bildeten einige geschäftspolitische Praktiken der BCA, etwa die »Praxis der stillen Reserven«, die es ermöglicht hätte, ungeachtet großer Verluste Dividenden zu zahlen, das künstliche Hochhalten der Börsenkurse der BCA und ihrer Konzernbetriebe und der Ankauf eigener Aktien zwecks Kursstützung, um den »Anschein einer Prosperität« zu erwecken.²¹⁷ Dies wäre offenbar auch notwendig gewesen, um für die Aufnahme von Auslandskrediten, für die Aktien zur Sicherstellung gegeben wurden, möglichst günstige Konditionen zu erhalten, was wiederum von der Kurshöhe der Aktien abhängig gewesen wäre. Dadurch wäre die Bank in einen Teufelskreis geraten, zumal sie die Hoffnung gehegt hätte, bei jeder Kapitalaufstockung und der Neuausgabe von Aktien einen höheren Emissionsgewinn zu erzielen. Damit würde auch erklärbar, dass die BCA die höchste Dividende aller Wiener Banken gezahlt hatte, obwohl sie Gewinne nur unter Außerachtlassen der allgemein gültigen Bilanzierungsgrundsätze ausweisen hätte können.

Auch dem Staat bzw. seinen Institutionen wurden Vorwürfe gemacht. Die Staatsaufsicht wäre unzureichend, das Finanzministerium als staatliche Instanz und zuständige Aufsichtsbehörde hätte dem Missbrauch der Kapitalerhöhungen entgegenzutreten können, hätte aber von seinem Kontrollrecht keinen Gebrauch gemacht und zudem die Entstehung der umstrittenen Emissionssyndikate begünstigt.²¹⁸ Forderungen nach einer Verankerung fester Bilanz- und Publizitätsgrundsätze wurden erhoben, denn viele Praktiken der BCA wären »zwar nicht gesetzlich verboten« gewesen, aber es liege dennoch »großes Verschulden« vor.²¹⁹

Nach einer kurzen Phase der Empörung gerieten der Fall BCA und die Ursachen-suche sehr schnell in Vergessenheit. Dies änderte sich, als im Mai 1931 die Creditanstalt zahlungsunfähig wurde und durch staatliche Stützungsmaßnahmen gerettet werden musste. Vor allem die Größenordnung ihrer Verluste führte dazu, dass man nun ernsthaft mit der Ursachenerforschung begann. Das Kabinett Buresch setzte aufgrund des 7. Creditanstaltgesetzes²²⁰ eine Kommission ein, bestehend aus Sek-

tionschef Felix Mayer-Mallenau, Hermann Neubacher und Hofrat Georg Stern, die die Haftungsfrage zu prüfen und Haftungen entsprechend geltend zu machen hatte. Diese Untersuchung (in der Literatur meist als Stern-Gutachten bezeichnet), die sich auch auf die Geschäftsgebarung der BCA erstreckte, erkannte schwere bankpolitische Fehler der BCA, etwa den Erwerb von Union- bzw. Verkehrsbank, der durch unzureichende Kapitalerhöhungen der BCA abgesichert wurde; die Reaktion auf die Kreditansprüche der Industrie, zumal ein krasses Missverhältnis zwischen den vorhandenen Eigenmitteln und den größten Schuldnern Steyr, Fanto und Mautner bestand; schließlich ihre Kurs- und Dividendenpolitik. Insgesamt bestätigte und konkretisierte das Stern-Gutachten die bereits genannten Vorwürfe Federns: Die BCA musste schon die Dividende für 1924 aus ihren Reserven bestreiten, und für 1928 hatte sie statt des ausgewiesenen Gewinns von 10,22 Millionen einen Verlust von 45,3 Millionen Schilling erwirtschaftet.²²¹ Dieser Bilanzgewinn, der die Basis für die Ausschüttung einer Dividende von fünfzehn Prozent bildete, die doppelt so hoch war wie die des Wiener Bankvereins und der Niederösterreichischen Escomptegeellschaft,²²² kam nur durch Unterlassung der notwendigen Rückstellungen für die Kreditrisiken bei den wichtigsten Schuldnern zustande. Die Ursachen des Zusammenbruchs der BCA lagen jedoch nicht nur im Fehlverhalten ihrer Leitung. Gegen eine Reihe äußerer Einflüsse waren die Banken und somit auch die BCA zweifellos machtlos. Äußere objektive Einflüsse waren etwa die Nostrifizierungspolitik der Nachfolgestaaten, die fehlende Aufsichtsbehörde bzw. Kontrolle und nicht zuletzt die beginnende Weltwirtschaftskrise, die sich mit einer ungeheuren Börsenhausse in den USA angekündigt und zum Abzug vor allem amerikanischen Kapitals aus Europa geführt hatte.

Rückblickend ist festzustellen: Von allen Wiener Großbanken geriet nur eine der mittelgroßen, die 1921 in französisches Eigentum übergegangene Länderbank, nicht in erhebliche Schwierigkeiten. Nach BCA und CA mussten die Niederösterreichische Escomptegeellschaft und der – stets als vorsichtig geltende – Wiener Bankverein mit der CA fusioniert werden, die Mercurbank wurde von der Dresdner Bank gestützt. »Die Ungunst der Verhältnisse traf alle Wiener Banken«,²²³ sie konnten nur geschickter oder weniger geschickt damit umgehen. Andere Faktoren hätten sie sehr wohl beeinflussen können, doch kritisierten die Banken, auch die BCA, nicht etwa eine fehlende Aufsichtsbehörde, sondern beklagten sich eher über zu viel Einfluss von außen. Ähnlich sah es mit der fehlenden Kontrollmöglichkeit der Geschäfte aus. Die Führungskräfte waren ihren Aufgaben nicht gewachsen, weder die Kreditvergabe noch die Kontrolle der Kredite erfolgten systematisiert. Dazu kam das Versagen des Systems der Kontrolle durch die dafür vorgesehenen Gremien: Mit vierzig und mehr Verwaltungsratsmandaten war selbst der fähigste Fachmann überfordert. Nicht von ungefähr war von der Überbürdung der Vorstandsmitglieder die Rede. Der Forderung nach spezialisierten Abteilungen mit

sachverständigen Beamten für die Überwachungstätigkeit²²⁴ entsprachen nur wenige Banken mit eigenen Industrie-Inspektoraten. In vielen Bankorganisationen kann man demzufolge zutreffend von einem Verlust des Überblicks sprechen.²²⁵ Dieser war umso größer, wenn man wie die BCA stark expandierte, mehrere andere Banken aufnahm und seinen Geschäftsbetrieb auf ein Filialsystem umstellte.

Übernahme durch die CA

Die bereits zwei Jahre nach der Übernahme der BCA notwendig gewordene Sanierung der CA durch den Staat und die OeNB wurde als eine Art moralische Verpflichtung interpretiert, weil die CA und das Bankhaus Rothschild die BCA innerhalb weniger Stunden übernommen und somit außerordentlich schwere Verluste der OeNB verhindert hatten.²²⁶ In der Fusion mit der BCA wurde einer der Gründe, jedoch nicht der Hauptgrund des CA-Zusammenbruchs gesehen.²²⁷ Ähnlich der BCA dürfte auch das Schicksal der CA bereits Ende 1928 besiegelt gewesen sein, ihren Zusammenbruch hatte somit nicht die Übernahme der BCA verursacht. Damit erwies sich jedoch für den beschuldigten CA-Vorstand die unter politischem Druck erfolgte Übernahme als besonders belastend.

Bundeskanzler Johann Schober hatte CA-Vorstand Ludwig Neurath und anderen Vorstandsmitgliedern mitgeteilt, dass er bei Nichtübernahme der BCA durch die CA sofort seine Demission geben müsste und in deren Folge eine Revolution und ein Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft erfolgen würden.²²⁸ Das die CA-Geschäftsführung entlastende Argument, die CA hätte demnach keine Zeit für eine eingehende Überprüfung gehabt, lässt Fritz Weber jedoch nicht gelten, was durch Neuraths Aussage im so genannten Ehrenfest-Prozess gestützt wird.²²⁹ Die genauen Modalitäten der Übernahme liegen bis heute im Dunkeln. Vieles stellte sich erst nach der Übernahme heraus. Spitzmüller erwähnt in diesem Zusammenhang einen Nervenzusammenbruch des CA-Direktors Lechner, der den böhmischen Industriekonzern der BCA zu überprüfen hatte.²³⁰ Wesentlicher Leidtragender neben der Creditanstalt²³¹ dürfte ihr Präsident und Hauptaktionär Louis Rothschild²³² gewesen sein. Doch gleichzeitig wurde das BCA-Gesetz sehr schnell verabschiedet, die Generalversammlung der CA entschied sehr schnell, und die BCA wurde binnen weniger Wochen aufgelöst und im Handelsregister als gelöscht eingetragen.

Die Aktien der BCA wurden durch die Übernahme auf ein Achtel ihres Wertes herabgestuft.²³³ Die CA erhöhte ihr Aktienkapital, wobei die Aktien von einem internationalen Syndikat unter Führung der Wiener Privatbank S. M. v. Rothschild übernommen wurden. Vereinbarungen mit der OeNB lauteten dahingehend, denjenigen Teil des Wechselobligos der BCA, der in den letzten Wochen übernommen worden

war, in einer längeren Frist abzuzahlen.²³⁴ Auf den ersten Blick schienen die Verlustgefahren für die CA begrenzt, der Bank wurde großes Vertrauen entgegengebracht, »der großen Aufgabe, die sie auf sich genommen hat, gewachsen« zu sein.²³⁵

Neun Tage nach Bekanntwerden der Fusion kam es am 16. Oktober 1929 im Nationalrat zur Debatte über das »Bodenkreditanstaltsgesetz«. Finanzminister Otto Juch sprach nun von einer »hauptsächlich durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Immobilisierung der Bank und dem seit geraumer Zeit durch Angriffe von verschiedenen Seiten hervorgerufenen und fortwährend gewährten Verlust des Vertrauens dieser Bank«. Er skizzierte, welche verheerende Folgen es gehabt hätte, hätte die BCA tatsächlich ihre Schalter schließen müssen und zeichnete das Bild einer Kettenreaktion: Keine Lohnzahlungen in den Konzernbetrieben, Börsenkatastrophe, internationale Kreditkündigungen etc. Ein »namensloses Elend« wäre über das Land gekommen. Nach »kurzer Prüfung des Status« der BCA hätte sich die CA entschlossen »die ganze Masse« der BCA, somit »alle Rechte und Verbindlichkeiten« durch die Fusion zu übernehmen und zwar »ohne Inanspruchnahme materieller Opfer oder Haftungen des Bundes«. Demnach wären die »Interessen der Gläubiger und insbesondere der Einleger zu 100 Prozent gewahrt«. Keine der Konzernindustrien würde aus Geldmangel zusperren müssen, »als ob es eine Krise der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt niemals gegeben hätte«. Allerdings hätte die CA keine »detaillierte Prüfung« vornehmen können, daher beim Übernahmepreis große »Abstriche an den Aktiven« machen müssen, was die Aktionäre »auf den ersten Blick zu Leidtragenden stempelt(e)«. Diese jedoch müssten bedenken, dass durch das Eingreifen der Regierung und der CA größerer Schaden für sie vermieden wurde, zumal sie als künftige Aktionäre der CA beteiligt blieben. »Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß ein Aktionär ja eine ganz andere Stellung hat als ein Gläubiger. Der Aktionär ist als Unternehmer anzusehen. Daß für den Unternehmer in einem solchen Falle erfahrungsgemäß immer Verluste eintreten und vorhandene Werte einer gewissen Entwertung unterliegen, ist wohl eine leider bittere, aber ebenso alte und unvermeidliche Tatsache.« Das vorgesehene Gesetz, so Juch abschließend, würde nun die Privilegien der BCA auf die CA übertragen, außerdem wäre es vor der letzten Generalversammlung der BCA notwendig, das veraltete Stimmrecht, das jedem Aktionär höchstens zehn Stimmen zubilligte, zu verändern.²³⁶

Otto Bauer bezog sich in der Debatte auf ein Gerücht, wonach sich Sieghart »mit 5 Millionen US-Dollar, also 35 Millionen Schilling zurückgezogen« hätte.²³⁷ »[I]ch kann das natürlich nicht überprüfen und die Steuerbehörde wahrscheinlich auch nicht. (Heiterkeit.)« Die Verwaltungsräte und Direktoren der BCA hätten »noch in den allerletzten Tagen vor dem Zusammenbruch ihre Tantiemen behoben«, und »sehr bedeutende Geldmittel« wären zu diesem Zweck flüssig gemacht worden.

Bauer erwähnte die Abfindung Alexander Weiners (700.000 Schilling zusätzlich zu 180.000 Schilling Jahrespension), auch wenn der Pensionsanspruch »jetzt allerdings in den letzten Tagen ermäßigt worden sein« sollte, und kritisierte zudem die Modifizierung des Stimmrechtes. Er benannte folgende Schuldige: Sieghart wegen dessen »Ehrgeiz und Machtgier« und Kienböck, »der diesen Expansionsdrang gefördert und der eine Verbindung zwischen dem Bund, der Postsparkasse und der Boden-Credit-Anstalt hergestellt« hätte.²³⁸ Ein Fehler wäre es gewesen, die Aktien der Unionbank, die im Besitz der PSK waren, der BCA nicht gegen Geld, sondern gegen BCA-Aktien zu verkaufen, was übrigens auch mit Aktien der Veitscher Magnesitwerke geschehen wäre. In beiden Fällen hätten die Sozialdemokraten gewarnt.²³⁹ Zuletzt distanzierte sich Bauer von der »Legende«, die ausländische Presse wäre schuld am BCA-Zusammenbruch gewesen, und diese wäre wiederum von den Sozialdemokraten beeinflusst.²⁴⁰

Am 17. Oktober 1929 fanden Verhandlungen im Budgetausschuss des Nationalrates statt. Bauer brachte hier einen Antrag ein, demzufolge die Konzernbetriebe von BCA und CA bis zum 31. Dezember 1932 nur mit Bewilligung des Handelsministers stillgelegt werden dürften. Der Antrag wurde abgelehnt.²⁴¹ Der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Heinrich Allina wies in seiner Rede darauf hin, dass die BCA noch im April 1929 in ihrer Bilanz einen Reingewinn von zwölf Prozent ihrer Eigenmittel ausgewiesen und sich damit an die Spitze der Großbanken gestellt hätte und »wenn das nicht ein Faktum ist, das einer Untersuchung wert ist [...], dann sprechen Sie künftighin jeden Kridatar frei, dann haben Sie das Recht verloren, über einen Kridatar künftighin aburteilen zu wollen!«.

Wenn die Boden-Credit-Anstalt auf Grund einer Bilanz, die offensichtlich gefälscht ist, von deren Falschheit sie selbst überzeugt war, weil sie sie gefälscht aufgestellt hat, riesige Dividenden ausgeschüttet hat, so hat sie damit eine Dividententreiberei in die Wege geleitet, die alle realen Institute in die schwerste Gefahr gebracht hat. Was soll ein Institut machen, das auf Grund eines ehrlich errechneten Reingewinnes nicht in der Lage war, wie die Boden-Credit-Anstalt 8,2 Millionen Schilling an Dividenden auszuzahlen, 2 Millionen Schilling an Tantiemen für die Verwaltungsräte und Direktoren auszuwerfen, wenn es nicht im Vergleichswege Gefahr laufen wollte, als ein Unternehmen zweiter Güte, schlechterer Qualität zu gelten?²⁴²

In den kritischen Tagen der Katastrophe wären viele BCA-Aktien auf den Markt geworfen worden, nach Allinas Vermutung von jenen Syndikaten, denen Sieghart nahe stand. Die Aktien wären, obwohl das für Aktiengesellschaften verboten wäre, von den BCA-Vorständen für die BCA aufgekauft worden, »ihre seit Jahren beob-

achtete Taktik, das Institut zu melken«. ²⁴³ Allina kritisierte auch die Gehälter der BCA, die zusammen 12,5 Millionen Schilling betragen hätten, davon 4,5 Millionen für Pensionen, acht Millionen an aktive Beamte. Von diesen acht Millionen wären drei Millionen an die 28 Führungskräfte der BCA gegangen, im Durchschnitt über 100.000 Schilling. Fünf Millionen hätten sich auf rund 1.000 Angestellte verteilt, im Durchschnitt 5.000 Schilling. Sieghart könnte sich mit einem »ungeheuren Vermögen« ins Privatleben zurückziehen. ²⁴⁴ Der Minister für Handel und Verkehr, Eduard Heini, stellte klar, das BCA-Gesetz würde keineswegs verhindern, »die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen«. ²⁴⁵

Schuld und Verantwortung

Eine der wichtigsten Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Ende der BCA stellte, war jene nach Schuld und Verantwortung. Diese Fragestellung hatte eine strafrechtliche und eine wirtschaftsethische Dimension. Sie wurde sogleich in diversen Zeitungsartikeln, vor allem aber in den Parlamentsdebatten um das BCA-Gesetz aufgeworfen. Allina bemerkte dazu in der Debatte des BCA-Gesetzes am 18. Oktober 1929: »[...] bis in die Kreise der weitesten bürgerlichen Öffentlichkeit hinein ist das Gefühl vorherrschend, daß es bei diesem Zusammenbruch nicht genug sein kann mit einer gesetzlichen Maßnahme, die die Voraussetzungen zu dieser Fusion schafft, sondern weit hinein bis in die bürgerlichen Kreise verlangt das öffentliche Gewissen die Anwendung des Bankhaftungsgesetzes gegen die Schuldigen; weit hinein bis in die Schichten, die zu der Wählerschaft der rechten Seite dieses hohen Hauses gehören, wird verlangt, daß dem beleidigten Rechtsempfinden der gesamten Bevölkerung Genugtuung geschaffen werde«. ²⁴⁶ Er forderte die Untersuchung der »individuellen Schuld an diesem Zusammenbruch« und berief sich auf die Öffentlichkeit: »Was die Öffentlichkeit nicht verträgt, ist, daß diejenigen, die an diesem Zusammenbruch schuld sind, sich nun noch mit unerhörten Vermögensbeständen, die sie aus diesem Institut herausgedrückt und herausgesogen haben, in ein wohlverdientes Privatleben zurückziehen.« ²⁴⁷ Er hob eine ganze Reihe von juristischen Tatbeständen hervor: In der gefälschten Bilanz werde die »ganze Dolosität, der ganze betrügerische Vorgang [...] ganz klar und offenbar«. ²⁴⁸ Die Boulevard-Presse, etwa *Das Kleine Blatt*, heizte die Atmosphäre noch zusätzlich mit Schlagzeilen an, etwa: »Wie Sieghart sein Vermögen rettete«. ²⁴⁹

Auch – und vor allem – in der letzten Generalversammlung der BCA im November 1929 wurde die Frage nach Schuld und Verantwortung gestellt. ²⁵⁰ Diese Generalversammlung war die Versammlung der Verlierer – der Aktionäre der Bank, die durch die Fusion am schwersten geschädigt worden waren, denn der Wert der

BCA-Aktien wurde aufgrund des Übernahmevertrages auf ein Siebentel vermindert. Diejenigen, die als am stärksten belastet galten, vor allem der Präsident und der Vizepräsident der BCA sowie die Mitglieder des Vorstandes – mit einer Ausnahme, Ernst Mosing, der die undankbare Aufgabe hatte, den Vorsitz zu führen – waren nicht erschienen. Sie ließen sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen. Der *Volkswirt* berichtete: »Die letzte Generalversammlung der Bodencredit-Anstalt verlief wie alle derartigen Abrechnungen über Verfehlungen einer Unternehmungsleitung lärmend und leidenschaftlich und überwiegend unsachlich.«²⁵¹ Aus dem – gekürzten – Protokoll der Generalversammlung geht hervor, dass neben dem wichtigsten Antrag, dem auf Genehmigung der Fusion, mehrere Anträge vorlagen, die sich der Frage nach Schuld und Verantwortung widmeten und eine gerichtliche Verfolgung nach dem Bankhaftungsgesetz forderten. Sie wurden allesamt abgelehnt. Zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen wäre eine Minderheit mit zehn Prozent des Aktienkapitals notwendig gewesen, was ohne die – im Bundesbesitz befindliche – PSK, die dies ablehnte, nicht zu erreichen war.²⁵² Dabei war der Schutz der Minderheitsaktionäre gerade der einzige Fortschritt, den das Bankhaftungsgesetz von 1924 geboten hatte.²⁵³ Der Haupteinwand lautete: Dazu könnte es nicht kommen, »weil schlechte Geschäftsführung – diese liegt zweifellos vor – kaum eine hinlängliche Unterlage für Schadensansprüche« bilden würde.²⁵⁴ Anlass zur Schadensgutmachung wäre hingegen die »Aufstellung mindestens als optimistisch zu bezeichnender Bilanzen und die auf Grundlage übermäßiger Dividenden errechneten Tantiemen des Verwaltungsrates und der Leiter«.²⁵⁵

Im Februar 1930 reichte einer der Aktionäre der BCA, der Industrielle Enrico Hardmeyer, ein Schweizer Staatsbürger, beim Wiener Landesgericht eine Klage gegen Sieghart sowie die früheren BCA-Vorstandsmitglieder Adolf Herzfeld, Rudolf Steiner, Ernst Mosing, Ernst Garr und Alfred Stern ein.²⁵⁶ Hardmeyer argumentierte, dass er als Eigentümer von 30.000 BCA-Aktien durch die Fusion der BCA mit der CA einen Verlust von 2,4 Millionen Schilling erlitten hätte.²⁵⁷ Gegenstand der Klage waren schwere Verfehlungen der Beklagten, allen voran Sieghart. Die Vorwürfe, die Hardmeyer erhob, richteten sich gegen den »monarchischen« Führungsstil Siegharts, weiters gegen die »gigantischen« Bezüge der Vorstände. Nach Angaben Hardmeyers soll sich das Einkommen Siegharts in den letzten Jahren vor dem BCA-Zusammenbruch jährlich auf über eine Million Schilling belaufen haben.²⁵⁸ Weiters hätte sich Sieghart noch 1928 eine außerordentliche Remuneration von 700.000 Schilling bewilligen und auszahlen lassen. Hardmeyer führte weiter an, dass die Beklagten an den meisten Syndikatsgeschäften der BCA persönlich beteiligt waren. Als geschäftspolitische Fehler erachtete er vor allem die Angliederung der Unionbank, die »ohne Prüfung« und »ohne sich um die ausserordentliche Höhe der hiedurch zu übernehmenden Gehalts- und Pensionslasten zu

kümmern« vor sich gegangen wäre.²⁵⁹ Die für das Geschäftsjahr 1927 durchgeführte Dividendenerhöhung bezeichnete er als »nichts anderes als eine auf die Irreführung der Interessenten berechnete Geste«, zudem wären bei der Bilanzierung für 1927 und 1928 »Mittel der Irreführung« angewendet worden.²⁶⁰ Weiters lastete er der Bankleitung an, dass die Bank Aktien in großem Umfang aufgenommen und so zu ihrer eigenen Immobilisierung beigetragen hätte und es trotz Kenntnis der Situation unterließ, rechtzeitig Fusionsverhandlungen mit einer anderen Bank einzuleiten.²⁶¹ Hardmeyer schildert dann noch im Detail, dass er bereits 1927, dann im Juni 1929 seinen Besitz an BCA-Aktien verkaufen wollte und dass ihn die Bankleitung durch falsche Schilderungen der Lage der Bank dazu bewog, dies nicht zu tun.²⁶² Selbst kurz vor dem Zustandekommen des Fusionsübereinkommens mit der CA in einer Sitzung des Verwaltungsrates am 2. Oktober 1929 wäre eine gedruckte Halbjahresbilanz vorgelegt worden, die einen Reingewinn von 5,989 Millionen Schilling auswies, nur die Vorspiegelung falscher Tatsachen hätte ihn abgehalten, seine Aktien zu weit besseren Kursen zu verkaufen, zu einem Zeitpunkt, als die Beklagten selbst bereits eigene Aktienbestände verkauften.²⁶³ In Teil III der Klage wurde die Rechtslage dargestellt. Hardmeyer bzw. sein Anwalt beriefen sich dabei auf Bestimmungen des Handelsgesetzes und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs, die die Haftungsfrage bzw. die Frage schuldhaften Verhaltens betrafen. Die Forderung belief sich auf 800.000 Schilling, doch Hardmeyer war damit nicht erfolgreich. Einem im März 1930 in der CA aufgenommenen Gedenkprotokoll ist zu entnehmen, dass Hardmeyer sich davon überzeugen ließ, dass seine Angaben nicht zutreffen würden und dass er seine persönlichen Angriffe und insbesondere den Vorwurf der Bilanzfälschung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehe.²⁶⁴ Weiters erklärte sich Hardmeyer überzeugt, dass ihn die Vorstandsmitglieder bezüglich der Syndikatsaktien in keiner Weise irreführen wollten. Zuletzt wurde vereinbart, dass Hardmeyer gegen Bezahlung eines Barbetrages von 250.000 Schilling keine wie immer gearteten Ansprüche gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder der BCA und gegen die CA als Rechtsnachfolgerin der BCA hätte und die eingebrachte Klage unter Verzicht auf den Anspruch zurückziehe.²⁶⁵

Im Zusammenhang mit dem CA-Zusammenbruch im Mai 1931 wurde die Frage nach Verantwortung und Schuld neu aufgerollt. Zwar standen nun die Vorstandsmitglieder der CA im Mittelpunkt, doch auch die Causa BCA tauchte erneut auf, vor allem, da sich die Regierung, die nun ihre Zustimmung zu einer Bundeshaftung gegeben hatte (an dieser Frage war das Kabinett von Bundeskanzler Otto Ender gescheitert), unter Legitimationszwang sah. Die Tatsache, dass einer der Hauptverantwortlichen des CA-Zusammenbruchs, Direktor Friedrich Ehrenfest, zu diesem Zeitpunkt noch immer für die CA in Paris tätig war und einen Jahresbezug von 120.000 Schilling nunmehr aus Mitteln des Bundes ausbezahlt erhielt, ließ

Innenminister Franz Winkler von einem »Verbrechen« sprechen. Er forderte, dass »mit eiserner Hand Ordnung gemacht« werden müsste.²⁶⁶ Im Zusammenhang mit der CA-Krise kam man auch wieder auf die BCA zu sprechen, da diese durch die Fusion mit der CA, wie Spitzmüller hervorhob, einen »unmittelbaren Anteil an den Verlusten der Credit-Anstalt von 60 Millionen S[chilling]« gehabt und außerdem durch ihren Zusammenbruch einen »Run« ausgelöst hatte, die CA die BCA somit in einem Moment übernehmen musste, in dem sie selbst angegriffen war und unter Liquiditätsproblemen litt. »Es ist evident, daß die Creditanstalt die Boden-Credit-Anstalt nicht verdauen konnte.«²⁶⁷ In den Zeitungen kursierten Berichte, wonach die strafrechtliche Untersuchung über Ehrenfest hinaus ausgedehnt werden würde. Spitzmüller wandte sich an die Presse mit der Bitte, Nachrichten über Strafverfolgungen nur dann zu bringen, sofern sie amtlich wären.²⁶⁸ Doch nach Ansicht der Politiker ließe sich die Öffentlichkeit aufgrund der Größe des Skandals nicht durch sachliche Erwägungen beruhigen. Der neue Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß brachte die Tatsache auf den Punkt: »Für die Mentalität der Oeffentlichkeit spiele gewiß die Behandlung der Schuldfrage eine große Rolle.«²⁶⁹ Die Ausführungen Spitzmüllers zum Vorgehen gegen das »jüdische Element«, das bei der CA vorherrschen würde, belegen eine beabsichtigte »Christianisierung« der Führungsetage (also den Austausch jüdischer Direktoren durch christliche), die jedoch, wie Spitzmüller bemerkte, mit Rücksicht auf die Kreditoren nicht zu schnell erfolgen durfte. Diese »Christianisierung« schien manchen Politikern nicht ausreichend. Obwohl Spitzmüller davor warnte, die Schuldfrage zu einseitig und allzu sehr aus der Gegenwartsperspektive zu sehen,²⁷⁰ und darauf hinwies, dass die Banken lebenswichtige Industrien subventioniert hätten, kam die Frage nach Schuld und Verantwortung nicht zur Ruhe. Es war unübersehbar, dass Dollfuß in der Regierung die treibende Kraft hinter der Verfolgung der Bankvorstände war. Doch schon in der Nationalratsdebatte vom 13. Mai 1931 hatten auch sozialdemokratische Abgeordnete einen Entschließungsantrag auf die »strengste Anwendung des Bankhaftungsgesetzes« und zur Verpflichtung der Verwaltungsräte und Direktoren von BCA und CA »zur Rückerstattung der unter verschiedenen Titeln, wie Tantiemen, Syndikatsbeteiligungen usw., aus der Bank wie aus ihren Konzernunternehmungen und affilierten Instituten im In- und Auslande bezogenen Einkünfte« der letzten beiden Geschäftsjahre eingebracht.²⁷¹ Jedoch kam erst in der Regierungszeit des Kabinetts Dollfuß Bewegung in die Angelegenheit: Ein Antrag christlichsozialer Abgeordneter unter Führung Leopold Kunschaks im Nationalrat forderte die Rückzahlung der von Vorständen und Verwaltungsräten der BCA und der CA bezogenen Tantiemen und Syndikatsgewinne. Daraufhin kam es im Ministerrat im Sommer und Herbst 1932 zu mehreren Beratungen, in denen es um die juristischen und politischen Schwierigkeiten ging, ein Gesetz bzw. eine Verordnung zu publizieren, die den For-

derungen gerecht werden würde. So war etwa umstritten, ob der Bund überhaupt zur Forderung berechtigt wäre. Geschädigt wäre eigentlich die CA, auch als Rechtsnachfolgerin der BCA. Nun war zwar nach der CA-Sanierung der Staat Mehrheits-eigentümer der CA, doch die neue Bankleitung war verständlicherweise an einem juristischen Nachspiel, das finanziell nicht viel bringen würde, desinteressiert. Weiters stellte sich die Frage, ob nennenswerte Summen einbringlich sein würden und ob jene Personen, die man überhaupt zur Verantwortung ziehen konnte, letztlich auch gerichtlich verurteilt werden würden. Schließlich wurde nach langwierigen Beratungen eine entsprechende Verordnung im Oktober 1932 erlassen.²⁷² Wenig später reagierte Sieghart im *Neuen Wiener Tagblatt* auf die »Verdächtigungen und Verleumdungen«:

Den Vorstandsmitgliedern der Bodenkreditanstalt kann keine einzige, auf persönliche Bereicherung gerichtete Handlung, kein einziges persönliches Spekulationsgeschäft nachgesagt werden. [...] Man wirft mir vor, ich hätte aus Scheingewinnen Tantiemen bezogen. Ich kann an dieser Stelle nicht den Beweis über die Tatsache führen, daß die mit prophetischem Rückblick erkannten Scheingewinne zur Zeit der Ausschüttung wirkliche und echte Gewinne gewesen sind.²⁷³

Darüber hinaus gab Sieghart an, er hätte während der Krise der BCA vor der Fusion nicht nur seine gesamten Bezüge an Tantiemen, Gehalten, Quartiergeld, die er von der BCA und ihren Konzerngesellschaften 1928 und 1929 bezogen hatte, für die Zeichnung von 25.000 später entwerteten CA-Aktien aufgewandt, sondern darüber hinaus aus seinem Vermögen zusätzlich auch noch 677.048,52 Schilling »für die Zwecke der Bodenkreditanstalt [...] geopfert«. Für diese Summe hätte er ein Darlehen aufnehmen, hypothekarisch sicherstellen und sich außerdem noch Geld bei seinen Töchtern und Schwiegersöhnen ausleihen müssen.

Über die bis Ende 1936 befristete Geltendmachung sollte der Finanzminister entscheiden, zur gerichtlichen Vertretung namens der CA war die Finanzprokurator berechtigt. Nach Berichten der eingesetzten Kommission hatten die BCA für das Geschäftsjahr 1928, die CA für die Geschäftsjahre 1928 und 1929 »auf Grund von schuldbar unrichtigen Bilanzen Gewinne ausgeschüttet, obzwar nach richtiger Bilanz die Geschäftsjahre passiv waren«.²⁷⁴ Die Kommission empfahl, die verantwortlichen Vorstandsmitglieder »zum Rückersatz der zu Unrecht ausgeschütteten Dividenden einschließlich der Tantiemen heranzuziehen«. Die Forderungen richteten sich gegen die ehemaligen Vorstände der beiden Banken. Im Falle der CA wurde für 1928 und 1929 eine Summe von 14,9 und bei der BCA von 6,9 Millionen Schilling eingefordert. Zur Zahlung sollten im Fall der BCA Rudolf Sieghart (bzw.

dessen Erben), Alfred Herzfeld, Rudolf Steiner, Ernst Mosing, Emil Widmer, Ernst Garr und Adolf Stern verpflichtet werden. Da der Ausgang eines Zivilverfahrens zweifelhaft schien, erwog man einen Vergleich. Die Summen, die die ehemaligen Vorstandsmitglieder bzw. deren Erben nach langwierigen Verhandlungen anboten, waren im Verhältnis sehr gering: Die CA-Vorstände boten 720.000²⁷⁵, jene der BCA 105.000 Schilling an (Mosing 25.000, Steiner und Stern zusammen 40.000, die Erben nach Sieghart ebenfalls 40.000 Schilling).²⁷⁶ Erschwerend kam hinzu, dass Sieghart – er hatte sich Ende 1931 in Paris niedergelassen²⁷⁷ und war 1934 in Luzern verstorben – nicht mehr lebte, einige andere, etwa Widmer und Garr, sich dauernd im Ausland aufhielten. Alfred Herzfeld war hoch betagt und lebte in kümmerlichen Verhältnissen in Graz. Gegen sie kam ein Bankhaftungsverfahren daher nicht in Frage.²⁷⁸

Da die BCA-Vorstände bzw. ihre Erben zu keiner höheren Leistung bereit waren und ihre Rechtslage vor allem angesichts des Umstandes, dass kein Strafverfahren gegen sie anhängig war, für sehr günstig hielten, empfahl der Präsident der Finanzprokurator, Rudolf Löw, der Regierung eine Annahme des angebotenen Vergleichs. Zu den Erben Rudolf Siegharts bemerkte er, dass sie nur »nach Maßgabe des reinen Nachlasses zu haften hätten«, der jedoch nur mit 130.000 Schilling bewertet wäre. Sieghart hätte es verstanden, »durch Errichtung einer Familienstiftung, deren Genuß zumindest vorläufig den beiden Töchtern zugute kommt, den größeren Teil seines Vermögens einem Eingriff zugunsten von Bankhaftungsansprüchen zu entziehen«.²⁷⁹ Nach Löw wären die angebotenen Summen »im großen und ganzen das Aeusserste was vergleichsweise erzielt werden« könnte, und er schloss seine Empfehlung: »Ich glaube aber, daß ein weiteres Feilschen ohne Aussicht auf ein nennenswertes Ergebnis nicht am Platze ist.«²⁸⁰

Resümee

Der Zusammenbruch der BCA im Jahr 1929 ist als Resultat unterschiedlicher Entwicklungsfaktoren in einer besonderen historischen Konstellation zu verstehen, also im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg, dem Zerfall der Monarchie, der Inflation und der beginnenden Weltwirtschaftskrise. Der Ausgang des Ersten Weltkriegs belastete die Bank in mehrfacher Hinsicht: Die kriegsbedingte Inflation vernichtete erstens einen großen Teil des inländischen Kapitals, das die Bank nach Kriegsbeginn benötigte, um ihre Kunden und ihren Konzern wieder in Schwung zu bringen; sie war daher auf ausländisches Kapital angewiesen. Sie musste zweitens die Auslandseigentümer und Vorkriegskunden, vor allem jene in Frankreich, befriedigen, und zwar ungeachtet ihrer inflationsbedingten Kapitalschwäche.

Drittens waren zahlreiche Industriebeteiligungen nun in Nachfolgestaaten situiert, die durch Maßnahmen der Nostrifizierung die Interessen der BCA nachhaltig schwächten. Die der Weltwirtschaftskrise von 1929 vorausgehende Börsenhausse an der Wall Street verschärfte das Problem durch den Abzug von Kapital.

Dazu kam eine strukturelle Führungsschwäche der Bankleitung, die allzulange unerkant blieb bzw. ignoriert wurde. Diese Führungsschwäche war vor allem in der Person Rudolf Siegharts verkörpert, kann jedoch nicht ihm allein zugeschrieben werden. Mitverantwortlich für einige Fehleinschätzungen war auch der Industriefachmann Georg Günther, der den Problemen der großen Konzernbetriebe nicht gewachsen war; und mitverantwortlich waren weiters die anderen Direktoren und Eigentümervertreter, die keine ausreichende Kontrolle ausübten. Offenbar ließen sie sich von Siegharts souveränem Gebaren als Bankpräsident, vermeintlichem Manipulator der öffentlichen Meinung und engstem Vertrauten prominenter Politiker täuschen. Mitverantwortlich war damit jedoch auch – wie selbst der liberale Ökonom Ludwig Mises betonte – die »Geheimniskrämerei«, mithin die mangelnde öffentliche bzw. staatliche Kontrolle, die es ermöglichte, »daß die Wortkargheit der Berichte oft nur allzu gute Gründe gehabt hat, daß sie Verluste verhüllen sollte«. ²⁸¹ Mises' Schlussfolgerung lautete: »Die Kontrolle durch die Oeffentlichkeit ist ein unentbehrlicher Faktor für die Sicherheit eines Bankinstitutes.« ²⁸² Fatal waren Siegharts Versuche, sich der Politik, insbesondere den Christlichsozialen und der Heimwehr durch Gefälligkeiten anzudienen, um der Bank politischen Rückhalt zu sichern. Insbesondere seine Taktik, diverse gegen die Sozialdemokraten gerichtete Pressekampagnen mittels des von ihm kontrollierten Presse- und Verlagskonzerns Steyermühl zu lancieren, machten ihn nicht nur als Person, sondern als Repräsentanten der BCA und damit diese selbst, zum Ziel von Gegenangriffen, deren Wirkungen nicht mehr zu kontrollieren waren. Angesichts der innenpolitischen Instabilität waren die christlichsozialen Galionsfiguren Seipel und Kienböck nicht in der Lage, die BCA samt dem so lange nützlichen und treuen Diener Sieghart zu stützen, zumal die Regierung Seipel im Frühjahr 1929 – also in der kritischen Endphase – überraschend zurücktrat, das Kabinett Streeruwitz zu schwach war und ebenfalls nach wenigen Monaten demissionierte. Der neu berufene Bundeskanzler Johannes Schober fühlte sich Sieghart nicht verpflichtet. Er erzwang eine Klärung der Verhältnisse durch die Übernahme der CA, wodurch das Ende der BCA besiegelt wurde.

Siegharts aggressive Pressepolitik war den neuen Verhältnissen nach 1918 nicht mehr angemessen. Als die BCA in eine Vertrauenskrise geriet, zeigte sich die Ambivalenz der Pressemacht: Ausgerechnet die von Sieghart finanziell und publizistisch unterstützte Heimwehrebewegung sorgte für Putsch- und Bürgerkriegsgerüchte, die vor allem ausländische Anleger nervös werden ließen. Was die Blätter des Steyrer-

mühl-Konzerns auch immer entgegneten, blieb wirkungslos, die in der internationalen Presse kursierenden Gerüchte verstärkten dagegen ungehindert den galoppierenden Vertrauensschwund und führten dazu, dass Gelder abgezogen wurden.

Die auf den Markt geworfenen BCA-Aktien wurden wiederum – rechtlich zwar bedenklich, aber von niemandem kontrolliert – von der Bankleitung auf Rechnung des Hauses aufgekauft, um den eigenen Aktienkurs künstlich hochzuhalten. Ebenso bedenklich war »die ständige Aufnahme von Konzernpapieren«, also von Aktien jener Firmen, die der Bank schon teilweise gehörten.²⁸³ Besonders problematisch wurde die Strategie, Gelder, zu deren kurzfristiger Rückzahlung die Bank verpflichtet war, langfristig in ihren Industriekonzernbetrieben anzulegen. Gerechterweise muss angemerkt werden, dass sich auch andere Wiener Großbanken dieser und ähnlicher Praktiken bedienten. Verstärkt wurde der Trend des Kapitalabflusses durch die sich in den Monaten vor dem Börsenkrach im Oktober 1929 besonders aufblähende Spekulationsblase an der Börse in New York: Am 3. September 1929 erreichte der Dow Jones-Index einen Höchststand von 381 Punkten (1923 hatte er noch bei 100 gelegen). Die Rolle der Nationalbank war problematisch, nicht nur, weil ihr Präsident Reisch als ehemals enger Mitarbeiter Siegharts lange versucht hatte, die BCA zu stützen. Die OeNB hätte als einzige Institution frühzeitig die Lage der Bank erkennen können. Durch ihre Stützungsstaktik deckte sie allzulange die Schwäche der BCA und ließ sie dann in einem kritischen Moment doch fallen.

Die Rolle, die der gerade angetretene Bundeskanzler Schober bei der Übernahme spielte, ist noch kaum erforscht: War es Absicht, die BCA mit dem Juden Sieghart²⁸⁴ an der Spitze zu opfern und sich bei diesem Manöver des Juden Rothschild zu bedienen? Gewiss hätte – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten – die Bank mit einer energischen politischen Aktion gerettet werden können. Schober wählte die aus seiner Perspektive billigste, einfachste und vor allem schnellste Problemlösung, mit der er sich gleich bei Amtsantritt profilieren konnte: die Fusion mit bzw. die Übernahme durch die CA, um den Staat vor einer Haftung zu bewahren. Doch die Übernahme der BCA sollte den Zusammenbruch der CA zumindest beschleunigen. Das war wiederum kaum vorher zu sehen gewesen, auch in diesem Fall aufgrund mangelnder Kontrollmöglichkeiten. Zwecks Rettung der CA musste der Staat schließlich doch noch exorbitant hohe Summen investieren, sodass die Verweigerung der politischen Verantwortung in der BCA-Krise von 1929 nachträglich als kurzfristig bezeichnet werden kann.

Mit dem Zusammenbruch eng verwoben waren die häufig kolportierten, quellenmäßig kaum belegbaren Usancen der Selbstbereicherung der Bankdirektoren und Verwaltungsräte, die aus exorbitant hohen Gehältern, Tantiemen und aus Syndikatsgewinnen bestanden, die sich die Herren selbst genehmigten und gegenseitig zuschoben. Die (Groß-)Aktionäre wurden durch überhöhte Dividenden befriedigt,

die der Gewinnlage der Unternehmen ganz und gar nicht mehr entsprachen. Sieghart selbst war bis zum Ende die Verkörperung dieser systematischen Bereicherung: Von Haus aus mittellos, hatte er – zumindest wenn man den kolportierten Gerüchten glaubt – einen für damalige Verhältnisse überaus großen Reichtum angehäuft, den er nach dem Ende der BCA auch vor dem Zugriff staatlicher Instanzen zu schützen verstand. Als nach dem CA-Zusammenbruch die Bemühungen, den Forderungen nach einer Haftung nachzukommen, umgesetzt wurden, ging man – obwohl nun schon Jahre vergangen waren – auch gegen Sieghart und einige andere Direktoren der BCA vor.

Der Ausgang des Falles zeigt, dass bei großen Bank- oder Firmenzusammenbrüchen zwar in strafrechtlicher Hinsicht gegen Verantwortliche vorgegangen werden konnte. Für die finanzielle Dimension des Schadens konnten die ehemaligen Vorstände jedoch tatsächlich kaum zur Verantwortung gezogen werden, zum einen, da sie es selbstverständlich meist verstanden hatten, ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen, zum anderen, da selbst ihr gesamtes Vermögen, wenn man es hätte beschlagnahmen können, niemals ausgereicht hätte, den verursachten Schaden zu begleichen. Ab einer gewissen Größenordnung, das zeigt der Fall der BCA und in noch größerem Maße jener der CA, kann die Verantwortung von den vermeintlich Verantwortlichen nicht mehr eingelöst und weder von staatlichen Aufsichtsorganen noch von den gerichtlichen Instanzen erfolgreich eingefordert werden. Wie soll ein Vorstand, der Verluste in einer Größenordnung verursacht, die er niemals abzahlen könnte (und wozu ihn auch kein Gesetz verpflichtet) – abgesehen von strafrechtlichen Tatbeständen und deren Verfolgung – seine Verantwortung überhaupt wahrnehmen? Worin könnte diese Verantwortung bestehen? Damit stellt sich jedoch die Frage, ob die Rede von der Verantwortung nicht lediglich als Legitimation der allzu hohen Gehälter, Gratifikationen, Tantiemen etc. gedient hat und heute noch dient.

Anmerkungen

- 1 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich. Hg. vom Bundesamt für Statistik. XI. Jg., Wien 1930, 171.
- 2 Siehe dazu den Beitrag von Dieter Stiefel in diesem Heft und dort auch die entsprechende Literatur; allgemein zur CA-Geschichte: [Eduard März], Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein, Wien 1957.
- 3 Eine Ausnahme bildet Christoph Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt. Zur Geschichte einer Wiener Großbank, 1863–1929, unveröffentlichte Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien 1988; auch Fritz Weber, Vor dem großen Krach. Die Krise des österreichischen Bankwesens in den zwanziger Jahren, unveröffentlichte Habilitationsschrift, Universität Salzburg 1991, 403–486, räumt der Entwicklung der BCA in den 1920er Jahren als Vorgeschichte des CA-Zusammenbruchs breiten Raum ein. Vgl. weiters zur Entwicklung der BCA in den 1920er Jahren Philip L. Cottrell, ‚Mushrooms and dinosaurs: Sieghart and the Boden-Credit-Anstalt during the 1920’s, in: Alice Teichova, Terry Gourvish u. Agnes Pogány, Hg., Universal banking in the twentieth century. Finance, industry and the state in North and Central Europe, Aldershot 1994, 155–177. Umso wichtiger war es, auf die

Bestände des ehemaligen CA-Archivs im 2008 neu eröffneten Historischen Archiv der Bank Austria (= Hist. Archiv BA), insbesondere auf jene der BCA und der CA, zurückgreifen zu können. Der Leiterin dieses Archivs, Ulrike Zimmerl, möchten wir für ihre stete Hilfsbereitschaft und ihr Entgegenkommen danken.

- 4 Rudolf Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reichs*, Berlin 1932, 202.
- 5 Die wissenschaftliche Literatur zu Rudolf Sieghart ist leicht überschaubar, den Anfängen seiner Karriere widmet sich: Alfred Ableitinger, *Rudolf Sieghart (1866–1934) und seine Tätigkeit im Ministerratspräsidium*, phil. Diss. Graz 1964; mit Sieghart in der Ära des Ministerpräsidenten Beck beschäftigt sich: Margarethe Sieghart, *Rudolf Sieghart und das Ministerium Beck*, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 16/1972, 540–557; Gerhard Strejcek, *Rudolf Sieghart und das »Zahlenlotto« – Biographische Anmerkungen, Details und Schlussfolgerungen aus Siegharts Darstellung des Zahlenlottos in den ersten drei Pachtperioden*, in: ders., *Lotto und andere Glücksspiele rechtlich, ökonomisch, historisch und im Lichte der Weltliteratur betrachtet*, Wien 2003, 151 ff.
- 6 Karl Kraus, *Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog (= Karl Kraus, Schriften, hg. v. Christian Wagenknecht, Bd. 10)*, Frankfurt am Main 1986, 64, 185, 667.
- 7 Anton Kuh, *Rudolf Sieghart*, in: *Die Weltbühne*, 25. Jg. Nr. 43, 22. Oktober 1929, 618–622; Karl Tschuppik, *Exzellenz Sieghart*, in: *Prager Tagblatt*, 19. Oktober 1929, 3–4.
- 8 [Josef Redlich], *Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, I. Bd. (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 39), Graz u. Köln 1953; II. Bd. (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 40), Graz u. Köln 1954; Arthur Schnitzler, *Tagebuch 1879–1931*, Wien 1987–2000; Heinrich Friedjung, *Geschichte in Gesprächen 1904–1919*, 2 Bde. (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 88), Wien 1997.
- 9 Eine wichtige Rolle spielt Sieghart in den Memoiren des Industriefachmannes Georg Günther, des Finanzexperten Alexander Spitzmüller, des Zeitungsherausgebers der Reichspost Friedrich Funder, des Sektionschefs Robert Ehrhart und des kaiserlichen Statthalters Erich Kielmansegg: *Georg Günther, Lebenserinnerungen*, Wien 1936; *Alexander Spitzmüller, »...und hat auch Ursach, es zu lieben.«* Wien 1955; *Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*, Wien 2¹⁹⁵³; *Robert Ehrhart, Im Dienste des alten Österreich*, Wien 1958; *Erich Kielmansegg, Kaiserhaus, Staatsmänner und Politiker. Aufzeichnungen des k. k. Statthalters*, Wien 1966.
- 10 Sieghart kommt in den 1957 erstmals erschienenen »Dämonen« in doppelter Form vor: Zum einen trägt der jüdische Intrigant und Hauptdämon Levielle, dessen raffinierter Plan einer betrügerischen Vermögensaneignung vereitelt wird, unverkennbar Siegharts Züge und wird auch »der kleine Sieghart« genannt; zum anderen nimmt auch die historische Figur Rudolf Sieghart als »Gouverneur« der BCA im Roman Gestalt an. Doderer hatte den Roman »Die Dämonen der Ostmark« in den 1930er Jahren als antisemitischen Gesellschaftsroman und »Theatrum Judaicum« konzipiert, basierend auf der These, »dass die österreichische Geschichte der letzten Jahre ohne eine profunde Kenntnis des hiesigen Judentums überhaupt nicht verstanden werden kann«. Er hatte die Arbeit daran jedoch 1936 abgebrochen und erst in den 1950er Jahren wieder aufgenommen. *Heimito von Doderer, Die Dämonen*, München 1985, 717, 1172 f.; ders., *Tagebücher 1920–1939*, Bd. 2, München 1996, 819–820 (21. Juli 1936).
- 11 *Der Sturz des Gouverneurs*, in: *Frankfurter Zeitung*, 30. Dezember 1916. *Tagblatt-Archiv*, Wiener Stadt- und Landesbibliothek (= TA-WrStLBib), Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 12 Nur wenige hielten Sieghart für »im Guten wie im Bösen überschätzt«. Ehrhart, *Im Dienste*, 138.
- 13 Kovács behauptet: »In Österreich wurde am 8. Dezember 1918 (am großen marianischen Staatsfeiertag der Gegenreformation) die Großloge von Wien eröffnet, der von Kaiser Karl wegen Korruption entlassene »Oberfreimaurer« Rudolf Sieghart zum Großmeister der Großloge von Wien [mit 31. Mai 1919] bestellt und im Herbst 1919 als Präsident der Boden-Credit-Anstalt wiederinstalliert.« Kovács führt als Belege an: *Elisabeth Kovács, Freimaurer*, in: *Katholisches Soziallexikon*, hg. v. Alfred Klose u. a., Graz 1980, 774–777; *Eugen Lennhoff/Oskar Posner, Internationales Freimaurerlexikon*, München, Zürich u. Wien 1932, 1173–1174; *Sieghart, Die letzten Jahrzehnte*, 192–193. Keine der entsprechenden Stellen belegt die Mitgliedschaft Siegharts bei den Freimaurern oder gar seine Funktion als Großmeister. Lennhoff/Posner stellen dagegen dezidiert fest, dass der Rechtsanwalt Richard Schlesinger 1919 erster Großmeister der Großloge geworden sei. Sieghart wurde

auch nicht »wegen Korruption« entlassen, Ex-Kaiser Karl warf zwar in einer 1919/20 verfassten Schrift Sieghart »entsetzliche Corruption« vor, allerdings ohne jeden Beleg. Vgl. Elisabeth Kovács, *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?*, Bd. I. Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 100/1), Wien, Köln u. Weimar 2004, 576; Bd. II. Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (IV.) aus internationalen Archiven, hg. und bearb. von Elisabeth Kovács (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 100/2), Wien, Köln u. Weimar 2004, 608. Vgl. zur fragwürdigen Seriosität des Werkes Jost Dülffer: Rezension zu Kovács, Elisabeth: *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?* In: *H-Soz-u-Kult* (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/>), 31. Jänner 2005.

- 14 Aches Jahrbuch der Schopenhauer-Gesellschaft, Kiel 1919, 283.
- 15 Das Ende der Bodenkreditanstalt, in: *Prager Tagblatt*, 8. Oktober 1929, 4.
- 16 Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte*, 162.
- 17 *Compass*. Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn 1917, Wien 1917, 266.
- 18 Walter Reik, *Die Beziehungen der österreichischen Großbanken zur Industrie*, Wien 1932, 20.
- 19 Franz Planer, Hg., *Das Jahrbuch der Wiener Gesellschaft*. Biographische Beiträge zur Wiener Zeitgeschichte, Wien 1929, 577. Vgl. auch die Einträge im Österreichischen Biographischen Lexikon und im Biographischen Lexikon der Böhmisches Länder.
- 20 Parlamentarischer Klub im österreichischen Abgeordnetenhaus, der sich 1881 durch die Vereinigung der Verfassungspartei und des Fortschrittsklubs bildete. Die Vereinigte Linke war die damals mächtigste Partei des österreichischen Parlaments und wurde von Ernst von Plener und von Johann Freiherr von Chlumecky geführt. Nach der Auflösung des Klubs 1885 traten der Deutsch-Österreichische und der Deutsche Klub an seine Stelle, aus deren Verschmelzung 1888 ging die Vereinigte Deutsche Linke, eine freiheitlich gesinnte Partei, hervor. <http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Vereinigte+Linke> bzw. <http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Vereinigte+deutsche+Linke> (7. Juni 2008). Sieghart bekam nach eigenen Angaben für seine Tätigkeit ein Monatsgehalt von 60 Gulden, Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte*, 20.
- 21 Eine ausführliche Darstellung der Beamtenkarriere Siegharts und seiner politischen Tätigkeit, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf der Zeit bis 1910 liegt, findet sich in Ableitinger, Sieghart.
- 22 Karl Kraus kommentierte die beispiellose Karriere: »Dafür, dass Herr Sieghart binnen vier Jahren vom Ministerialconcipisten zum Hofrath emporgerückt ist, sind zwar keinerlei fachliche Verdienste maßgebend gewesen. Aber Herr Sieghart ist bekanntlich ein wichtiger Factor in unserer inneren Politik; er ist nämlich der Factor des Herrn v. Koerber.« [Karl Kraus] *Politiker*, in: *Die Fackel*, Nr. 102 (1902), 23.
- 23 Ableitinger, Sieghart, 141.
- 24 Gerhard Schulz, *Von Brüning zu Hitler: der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933* (= *Zwischen Demokratie und Politik. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 3), Berlin 1992, 385.
- 25 Auch Edith Walter betont Siegharts virtuoson Umgang mit den Medien: »Rudolf Sieghart, ›Graue Eminenz‹ hinter den Ministerpräsidenten ab der Jahrhundertwende, gelang es [...], sich die Medien in großem Stil zunutze zu machen. Während der Ministerpräsidentenschaft von Ernest von Koerber, später unter Max Vladimir von Beck, schmeichelte er sich durch die Verleihung von Orden und Auszeichnungen bei den Herausgebern finanziell unabhängiger Blätter ein und machte sie so zu einem willigen Werkzeug. Die kleineren, finanziell schwachen, konnte er sich mit Hilfe des Geheimfonds des Ministerratspräsidiums gewogen machen. Die dort lancierten Nachrichten mussten dann auch von den großen gebracht werden.« Edith Walter, *Ökonomische Bedingungen der Wiener Presse um 1900*, in: Sigurd Paul Scheichl u. Wolfgang Duchkowitsch, Hg., *Zeitungen im Wiener Fin de Siècle*, Wien 1997, 74–87, hier 86.
- 26 Funder, *Vom Gestern ins Heute*, 429. Ähnliche Gerüchte, meist im Zusammenhang mit dem Namen Sieghart, tauchten über Herrenhausberufungen gegen Spenden auf, Ableitinger, Sieghart, 264.
- 27 Spitzmüller, *Ursach*, 174 bzw. 83.
- 28 Redlich, *Das politische Tagebuch*, I. Bd. (1908–1914), 38 (Eintrag vom 13. Dezember 1909). Der Historiker Heinrich Friedjung sprach nach eigenen Angaben Sieghart im Jahr 1908 auf »den Verkauf von Orden und Titeln« an. Sieghart verteidigte sich, er hätte damit nichts zu tun. Es stimmte, dass unter Koerber »viele nicht in Ordnung« gewesen wäre, da Koerber für ein Geschenk des Kaisers an die Bildergalerie in Prag eine Million Gulden aufzubringen hatte. Er wandte sich jedoch gegen die

- »häßlichen Gerüchte«, die über ihn im Umlauf wären, bemerkte aber zugleich, dass mit dem »Dispositionsfonds« des Ministerpräsidenten in Höhe von 100.000 Gulden »kein Auslangen« zu finden wäre. Friedjung, Geschichte in Gesprächen 1904–1919, 2. Bd., 153 ff.
- 29 Kielmansegg, Kaiserhaus, 397.
- 30 Beispiele für die Beeinflussung der Presse: Ableitinger, Sieghart, 35 ff.
- 31 Funder, Vom Gestern ins Heute, 431.
- 32 Funder berichtet selbst, dass er einmal von Franz Ferdinand bezichtigt worden sei, die Reichspost wäre von Sieghart mit 600.000 Kronen bestochen worden. Funder lieferte in der Kanzlei des Thronfolgers darauf die gesamte Buchhaltung der Reichspost ab und gab seine Demission bekannt, worauf sich der Erzherzog entschuldigte. Ebd., 500. Angeblich soll die Verleumdung von Alexander Spitzmüller ausgegangen sein. John W. Boyer, Culture und Political Crisis in Vienna: Christian Socialism in Power, 1897–1918, Chicago 1995, 336.
- 33 Funder, Vom Gestern ins Heute, 432.
- 34 Ebd., 498.
- 35 Baron Rothschild wird mit dem prophetisch anmutenden Ausspruch zitiert: »Er [R. S.] wird die Bank und uns alle in den Abgrund stürzen«, Spitzmüller, Ursach, 83. Zu angeblichen Förderern und Opponenten von Siegharts Berufung im Detail Ableitinger, Sieghart, 281 ff.
- 36 Spitzmüller, Ursach, 88.
- 37 Gemeint ist die Übernahme des Schoeller-Zuckerkonzerns, der bis dahin in enger Verbindung mit der CA stand, ebd., 89.
- 38 Kursspekulationen mit der Steyrer Waffenfabrik, einem BCA-Konzernunternehmen, ebd., 99 ff.; Ableitinger, Sieghart, 285 f. Laut Spitzmüller, Ursach, 240 warf Sieghart »die Grundzüge einer gesunden Geschäftsgebarung unbedenklich über Bord [...], wenn er ein Ziel vor Augen hatte, das seinen Ehrgeiz und seine Eitelkeit lockte«.
- 39 Sieghart bemühte sich bald nach seinem Amtsantritt um die beiden größten Wiener Zeitungsverlage, Steyermühl und Elbemühl, was 1912 sogar zum Gegenstand einer parlamentarischen Interpellation wurde, die von einer »Kartellierung« in der öffentlichen Meinung sprach. Ableitinger, Sieghart, 287 f. Sieghart sicherte sich um 1914 den dominanten Einfluss im Steyermühl-Konzern. Nach Funder kontrollierte Sieghart persönlich – und nicht wie manchmal behauptet wurde, die BCA – 90 Prozent des Aktienkapitals und war damit der Herr über das Neue Wiener Tagblatt, eine der auflagenstärksten Tageszeitungen, die Große bzw. Kleine Volks-Zeitung und das Sport-Tagblatt. Damit hatte er sich eine Machtbasis geschaffen, die ihm Einfluss auf Wirtschaft und Politik gleichermaßen sicherte. Funder, Vom Gestern ins Heute, 432. Der Oesterreichische Volkswirt veröffentlichte in seiner Beilage 1923 eine Richtigstellung von »zuständiger Seite«, in der darauf hingewiesen wurde, dass Präsident Sieghart persönlich »mit mehreren geschäftlichen und privaten Freunden, dem Hause Schoeller und der Verkehrsbank« ein Syndikat zur Führung der Steyermühl AG gebildet hätte, das noch 15 Jahre lief, von Sieghart persönlich geführt würde und über mehr Aktien verfüge als zu einer Zweidrittel-Mehrheit notwendig wäre. Vgl. Steyermühl-Aktien, in: Der Oesterreichische Volkswirt (= ÖVW). Die Bilanzen, Nr. 41, 14. Juli 1923, 335.
- 40 Dazu im Detail Michael Wagner u. Peter Tomanek, Bankiers und Beamte. Hundert Jahre Österreichische Postsparkasse, Wien 1983, 146 ff.; Spitzmüller, Ursach, 85 ff.
- 41 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 183.
- 42 Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 41 ff. Spitzmüller spricht davon, dass die BCA bereits bei Beginn des Ersten Weltkrieges »die schwerst bewegliche unter den Großbanken« gewesen sei, Spitzmüller, Ursach, 89.
- 43 Hist. Archiv BA, Protokoll der Generalversammlung der BCA, 24. März 1914.
- 44 Redlich, Das politische Tagebuch, II. Bd. (1909–1915), 23 (Eintrag vom 9. März 1915) bzw. 89 (Eintrag vom 12. Dezember 1915).
- 45 Hugo Hantsch, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann, Graz, Wien u. Köln 1963, 762 f.
- 46 Eduard März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981, 228. Dazu und im Folgenden auch Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 54 ff. Zu den Betriebsergebnissen im Detail ebd., 58.
- 47 Karl schrieb später im Exil: »Ich entfernte [im Dezember 1916] ein böses Gewächs des Alten Österreich: Director der Bodencreditanstalt Doctor Sieghart. Als kleiner jüdischer Conzeptpraktikant im

Finanzministerium, von Graf Taaffe aus der Taufe gehoben, wurde er in kürzester Zeit Sektionschef im Ministerratspräsidium und die rechte Hand des Baron Beck. Die öffentliche Meinung erzählt von vielen ›merkwürdigen Begebenheiten‹ aus dieser Zeit. Nach Becks Abgang wurde er Director der Bodencredit und jede österreichische Regierung buhlte um seine Gunst, dies ging so weit, daß ihm zahlreiche Akten der Ministerien gezeigt wurden. Der Grund hiefür war, daß Sieghart durch das Geld seiner Bank fast alle Zeitungen gewonnen hatte und daß er zahlreiche einflußreiche Leute bis in die höchsten Kreise sich durch seine ›Gefälligkeiten‹ verpflichtet hatte: Diese entsetzliche Corruption konnte nur dadurch aufhören, daß Sieghardt [sic] die Geldquelle dieser Bank verstopft wurde. Seine politische Gesinnung entsprach der jeweiligen Conjunktur. Es ist merkwürdig, daß die Entfernung dieses Mannes selbst in Frankreich Aufsehen erregte.« Kovács, Hg., Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (IV.), 608.

- 48 Redlich, Das politische Tagebuch, II. Bd., 174 (Eintrag vom 27. Dezember 1916).
- 49 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 183; Steyrermühl A.-G. für Papierfabrikation, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 10, 6. Dezember 1919, 37–39, hier 38.
- 50 Anfrage der Abgeordneten Waldner, Teufel, Waber (...) an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern, betreffend Vertrustungsversuche der heimischen Presse, insbesondere die in diesem Sinne auf die Beherrschung der Presse und Schaffung eines größeren Zeitungskonzerns gerichteten Bestrebungen des ehemaligen Gouverneurs der Bodenkreditanstalt Dr. Rudolf Sieghart. Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 75. Sitzung der XXII. Session am 16. Juli 1918, 7252–7255.
- 51 Im offiziellen Bericht der Delegation scheint Sieghart nicht auf, vgl. Bericht über die Thätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, Wien 1919. In der Edition der Briefe Franz Kleins wird Sieghart im Register als Mitglied der österreichischen Friedensdelegation bezeichnet, im Text bei deren Aufzählung jedoch nicht erwähnt. Klein selbst vermerkt dazu: »Das Drängen, bei diesem trostlosen Handel dabeizusein, ist gewaltig. Sieghart ist nicht durchzubringen, obwohl wir alle wollen.« Vgl. Fritz Fellner u. Heidrun Maschl, Hg., »Saint Germain, im Sommer 1919«. Die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation. Mai-August 1919, Salzburg 1977, 25, 101, 131 und 360.
- 52 Zusammen mit Paul Hammerschlag (CA), Moritz Benedikt (Neue Freie Presse), Max Feilchenfeld (Niederösterreichische Escomptegesellschaft) und Wilhelm Berliner (Phönix-Versicherung). Vgl. März, Österreichische Bankpolitik, 353.
- 53 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 192.
- 54 So etwa Karl Tschuppik: Es wäre »der erste Präsident des reduzierten Oesterreich, Dr. Karl Renner« gewesen, »der Sieghart wieder das Tor der Bodenkreditanstalt öffnete«. Karl Tschuppik, Exzellenz Sieghart, in: Prager Tagblatt, 19. Oktober 1929, 3–4. Renner war zu diesem Zeitpunkt Staatskanzler, nicht Präsident und hatte gar nicht die Möglichkeit, Sieghart zu ernennen. Doch diese und ähnliche Behauptungen, etwa in den Memoiren Georg Günthers (Sieghart sei »über Anregung der Regierung Renner wieder als Präsident an die Spitze der Bank gestellt« worden, vgl. Günther, Lebenserinnerungen, 219) haben wohl den Hintergrund, dass der Wahl Siegharts im Verwaltungsrat der BCA eine Statutenänderung vorherging, die vom Kabinettsrat der Koalitionsregierung unter dem Vorsitz Karl Renners am 7. November 1919 genehmigt wurde. Renner empfahl, »die staatliche Mitwirkung bei Berufung von Bankfunktionären fallen zu lassen und der Bodenkreditanstalt wie der Länderbank jene Freiheit in der Besetzung der leitenden Posten zurückzugeben, welche die übrigen fünf Großbanken seit jeher besitzen«. Der Kabinettsrat fasste den Beschluss, für die Staatsgewalt das Ernennungsrecht bei den genannten Großbanken nicht in Anspruch zu nehmen und den Gesellschaften die geänderten Statuten zu genehmigen. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt (BKA), Kabinettsratsprotokoll, Nr. 120 vom 7. November 1920, Punkt 2, 4–7.
- 55 [Federn], Bodenkreditanstalt, in: ÖVW, Nr. 8, 22. November 1919, 152–153.
- 56 Ebd., 153.
- 57 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bankenkommission, Fasz. Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt, Verwaltungsratsprotokoll, 20. Dezember 1922, 7 (in Folge zitiert als BCA-Verwaltungsratsprotokoll).
- 58 W. F. [= Walther Federn], Die Wiener Großbanken, in: ÖVW, Nr. 26, 30. März 1929, 678: Das österreichische Geschäft wirft, »wenn überhaupt, nur geringfügigen Ertrag ab«.

- 59 Nur wenige warnende Stimmen wie die von Spitzmüller erhoben sich, die die Aufgabe der ausländischen Positionen der Banken als Voraussetzung für die Gesundung der österreichischen Wirtschaft erachteten, siehe Spitzmüller, *Ursach*, 332. Und selbst Sieghart bezeichnet rückblickend die Meinung, »daß Wien und Österreich als unentbehrliche Vermittler zwischen dem Westen und dem Chaos neuentstandener Staaten in Mittel- und Osteuropa eine große Zukunft haben würden« als »schöne Illusion«, Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte*, 195.
- 60 Finanzarchiv Zl. 39.014/1919, zitiert nach Hans Kernbauer u. Fritz Weber, *Die Wiener Großbanken in der Kriegs- und Nachkriegsinflation*, in: Gerald D. Feldman u. a., Hg., *Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich*, Berlin u. New York 1984, 161. Ebd., 153, sind die Bankbeteiligungen der BCA in Polen, Jugoslawien und Bulgarien aufgelistet; ferner Weber, *Vor dem großen Krach*, 334.
- 61 Alice Teichova u. Peter Ratcliffe, »British interests in Danube navigation after 1918«, in: *Business History XXVII/3* (1985), 283–300. Dazu ferner Alice Teichova, *Kleinststaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1988, 98 ff., 103 f.
- 62 W. F., *Nachwort zum Bankbeamtenstreik*, in: *ÖVW*, Nr. 24, 15. März 1924, 725–729, hier 727.
- 63 Vgl. dazu Philip L. Cottrell, *Aspects of Western equity investment in the banking Systems of East Central Europe*, in: Alice Teichova u. Philip L. Cottrell, Hg., *International business & Central Europe 1918–1939*, Leicester u. New York 1983, 309–347.
- 64 Weber, *Vor dem großen Krach*, Tab. 2, 108.
- 65 Felix Somary, *Bankpolitik*, Tübingen ³1934, 4.
- 66 *Hist. Archiv BA*, 59. Ordentliche General-Versammlung der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien, 4. Juni 1924. Geschäftsjahr 1923, Wien 1924, 21. Die Zustimmung der französischen Regierung zur Wiedereinführung der BCA-Aktien an der Pariser Börse war an die Vertretung Eugène Schneiders und Fernand Raux' im BCA-Verwaltungsrat gebunden. *Hist. Archiv BA*, *BCA-Verwaltungsratssitzung* 24. Mai 1924, 5 f.
- 67 *Der Ausgleich der Bodenkreditanstalt in Frankreich*, in: *ÖVW. Die Bilanzen*, Nr. 10, 9. Dezember 1922, 75.
- 68 Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren von insgesamt 180.000 Aktien etwa 60.000, also etwa ein Drittel des Aktienkapitals der BCA, in französischem Besitz gewesen. Durch die Übergabe von Aktien an Berechtigte in Frankreich erhöhte sich die Zahl der BCA-Aktien in französischem Besitz auf ca. 200.000, allerdings hatte sich der französische Aktienbesitz im Verhältnis zur Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien erheblich reduziert, von etwa 30 auf ca. 6,45 Prozent. Vgl. ebd., 74–75.
- 69 Quellen: *Hist. Archiv BA*, *Ordentliche General-Versammlungen der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien*, Geschäftsjahre 1911–1928, Wien 1912 ff.; *Statuten der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt*, Wien 1920; *Compass. Finanzielles Jahrbuch für Österreich 1930*, Wien 1930, 254 f.
- 70 Hans Puxbaum, *Das Mitteleuropäische Bankwesen*, Wien, Berlin 1929, 15. Zu den Kapitalbeteiligungen an der BCA siehe auch Cottrell, *Aspects of Western equity investment*, 321–325.
- 71 *Bodenkreditanstalt*, in: *ÖVW. Die Bilanzen*, Nr. 11., 16. Dezember 1922, 83. Im Gegensatz zu Schröder erwog das New Yorker Bankhaus J. P. Morgan bereits im Oktober 1923 nach heftigen Kursgewinnen der BCA-Aktien, diese zu verkaufen, ließ sich aber von Schröder davon abhalten, Cottrell, *Mushrooms and dinosaurs*, 160 f.
- 72 *Hist. Archiv BA*, *BCA-Verwaltungsratsprotokoll vom 20. Dezember 1922*, 3. Auch die Amsterdamsche Bank und die Bankfirma Lippmann, Rosenthal & Co. hatten einen Posten von Aktien übernommen.
- 73 Ebd., 4.
- 74 Ebd., 5.
- 75 *Bodenkreditanstalt*, in: *ÖVW. Die Bilanzen*, Nr. 11, 16. Dezember 1922, 83.
- 76 Die Franzosen waren im Verwaltungsrat durch den Diplomaten Fernand Raux und den Industriellen Eugène Schneider vom Schneider-Creusot-Konzern vertreten, dessen Beteiligung an der BCA in einem engen Zusammenhang mit der nach 1918 erfolgten Interessennahme an der nunmehr in der Tschechoslowakei gelegenen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft stand. Ebd. Näheres zu Schneider und den Investments der von ihm und der Banque de l'Union parisienne kontrollierten Finanzierungsgesellschaft Union Européenne industrielle et financière C. Beaud, *The Interests of the Union*

- Européenne in Central Europe, in: Alice Teichova u. P. L. Cottrell, Hg., *International Business & Central Europe 1918–1939*, Leicester u. New York 1983, 375–397.
- 77 Besitzwechsel in Steyrmühlaktien, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 39, 30. Juni 1923, 326. Auf diesen Angriff reagierte Sieghart mit einer Syndikatsbildung, die ihm eine Zweidrittelmehrheit in der Steyrmühl AG sicherte. Vgl. Steyrmühl-Aktien, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 41, 14. Juli 1923, 335.
- 78 Bodenkreditanstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 39, 30. Juni 1923, 319; vgl. auch etwas grundsätzlicher dazu: [Federn], Abwehr neuer Großaktionäre bei Banken, in: ÖVW, Nr. 40, 7. Juli 1923, 1120 f.
- 79 Wiener Stadt- und Landesarchiv (= WrStLA), Handelsgericht Wien, Firmenregister, B 21/31 (Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt), II. Teil, f. 184: Protokoll der a. o. Generalversammlung vom 17. Juli 1923, 8. Die Darstellung Siegharts in seinen Memoiren ist nicht korrekt. Er verlegt den Übernahmeversuch in die Zeit nach 1925 (statt ins Jahr 1923) und behauptet, Boser habe 200.000 Stück erworben. Zu bedenken ist außerdem, dass laut Statuten kein noch so großes Aktienpaket mehr als zehn Stimmen besaß (d. h. 50 Aktien = 1 Stimme, 500 Aktien = 10 Stimmen, 500.000 Aktien = 10 Stimmen). Diese Regelung sollte verhindern, dass Eigentümer großer Aktienpakete die kleineren Aktienbesitzer majorisieren, d. h. überstimmen konnten. Die Kapitalerhöhung, resümierte Sieghart, sei zu einer »schweren Last für das Unternehmen« geworden, man habe die Aktien »unter den ungünstigen Marktverhältnissen von damals« »nur mühselig und vorübergehend zu ungünstigen Bedingungen bei Geschäftsfreunden« unterbringen können. »Immer wieder haben die Folgen dieser unfreiwillig und widerstrebend vorgenommenen Kapitalsvermehrung ihre für die Bank verhängnisvolle Wirkung geäußert.« Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte*, 196.
- 80 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 23. September 1923, 4. Vgl. Wiener Zeitung, 25. September 1923, 6.
- 81 Der Rücktritt des Generaldirektors Weiner, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 52, 29. September 1923, 422.
- 82 Historisches Institut der Deutschen Bank, Archiv der Deutschen Bank, S3989, Bestand: Deutsche Bank, Berlin, Sekretariat, Ephrussi & Co., Wien; Gustav Schlieper, Aktenvermerk, 12. Oktober 1923.
- 83 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 1. Sitzung, 24. Mai 1924, 3.
- 84 Otto Bauer, in: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, III. GP, 16. Oktober 1929 (= Sten. Protokolle des Nationalrates, Datum, Seite), 2837.
- 85 Peter Melichar, Bankiers in der Krise. Der österreichische Privatbankensektor 1928–1938, in: *Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte* 2003, Bd. 7, Stuttgart 2005, 135–191, hier 145.
- 86 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 17. März 1923, 9.
- 87 Peter Melichar: Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 11), Wien u. München 2004, 30.
- 88 Cottrell, *Mushrooms and dinosaurs*, 159. Kapitalerhöhungen von der BCA nahe stehenden Industrieunternehmen gehörten auch in der Inflationszeit zum täglichen Geschäft der Bank, vgl. Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratssitzungen 21. März 1922, 16; 25. November 1922, 8 f.
- 89 Die jungen Aktien wurden weit unter ihrem Wert abgegeben. Für die BCA wurde der Syndikatsgewinn allein im ersten Halbjahr 1923 auf 193,7 Millionen Kronen geschätzt. Die Stunde 28. Juli 1923, 3. Zu den Emissionssyndikaten unter dem bezeichnenden Untertitel »Der große Raubzug« vgl. Karl Ausch, *Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption*, Wien, Frankfurt u. Zürich 1968, 127 ff.
- 90 Der erste große Bankzusammenbruch war jener der Allgemeinen Depositenbank im Mai 1924, die 1918 unter den Einfluss Camillo Castiglioni geraten war. Vgl. dazu ebd., 155 ff.
- 91 Hist. Archiv BA, Protokoll der Generalversammlung der BCA, 21. Mai 1921, 14.
- 92 Klamert, *Die Boden-Credit-Anstalt*, 99–101, hier 101. Max Sokal, *Die Tätigkeit der Banken im Jahr 1925*, 8. Nach Meinung des Volkswirts hätte die Bank ein höheres Eigenkapital ausweisen können: *Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt*, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 32, 8. Mai 1926, 243. Hist. Archiv BA, Protokoll der Generalversammlung der BCA, 19. Mai 1926, 17: Bericht des Vorstands über die Erstellung der Golderöffnungsbilanz.

- 93 Benedikt Kautsky, Die Bankbilanzen des Jahres 1925, in: Arbeit und Wirtschaft, 1. Sept. 1926, Sp. 688.
- 94 Spitzmüller, Ursach, 358.
- 95 Wiener Börsenkurier, 4. Oktober 1926.
- 96 Cottrell, Mushrooms and dinosaurs, 162.
- 97 Vgl. Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten, in: ÖVW, Nr. 18, 2. Februar 1924, 520.
- 98 Ernst Lakenbacher, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften, Wien 1967, 106 f.
- 99 Z. B. Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokolle, 21. März 1922, 27, 29; 4. Oktober 1922, 20.
- 100 Vgl. dazu: Der Konflikt der Bankbeamten, in: ÖVW, Nr. 20, 16. Februar 1924, 588 f., hier 589.
- 101 W. F., Bankbeamtenstreik, in: ÖVW, Nr. 21, 23. Februar 1924, 629–631, hier 631.
- 102 Vgl. dazu: Der Konflikt der Bankbeamten, in: ÖVW, Nr. 20, 16. Februar 1924, 588 f. W. F., Der Bankbeamtenstreik, in: ÖVW, Nr. 21, 23. Februar 1924, 629–631, hier 630.
- 103 Anfang 1924 zählte die BCA 835 Angestellte, darunter 407 Beamte und 112 Beamtinnen, ein Jahr später immer noch 661 Angestellte (315 Beamte und 80 Beamtinnen). Bericht über das Geschäftsjahr 1924 (Hektographie, an das Protokoll vom 20. Mai 1925 angefügt), 4; Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 4. November 1925, 25.
- 104 Lakenbacher, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften, 114.
- 105 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 4. November 1925, 19.
- 106 Hist. Archiv BA, Protokoll der ao. Generalversammlung der BCA vom 26. März 1927, 5.
- 107 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 29. Jänner 1926, 11 f.
- 108 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 4. November 1925, 25.
- 109 Dazu und im Folgenden ebd., 19 f.
- 110 Ebd., 44.
- 111 Ebd., 32.
- 112 Dorotheumgesetz?, in: ÖVW, Nr. 9, 30. November 1929, 230.
- 113 Zu den österreichischen Provinzbanken vgl. Charlotte Natmeßnig u. Fritz Weber, Die österreichischen Provinzbanken in den 1920er Jahren. Zwischen politischer Instrumentalisierung und öffentlicher Konkursversicherung, in: Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte 1999, Bd. 3, Stuttgart 2000, 101–142.
- 114 Zwischen 1921 und 1924 engagierte sich die BCA bei der Wasserkraftwerke AG (WAG), der Tiroler Wasserkraft- und Elektrizitäts AG (TIWAG), der Zillertaler Wasserkraftwerke AG, der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts AG (STEWAG) sowie der Oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts AG. Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 91.
- 115 Hist. Archiv BA, Protokoll der Generalversammlung der BCA, 18. Mai 1923.
- 116 Postsparkasse-Bosel, in: ÖVW, Nr. 17, 21. Jänner 1928, 445–447. Zum Postsparkassenskandal siehe auch Aussch. Als die Banken fielen, 247 ff.
- 117 Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 108. Die Zahl der BCA-Aktien, die von der PSK gehalten wurden, wird meist mit 180.000 beziffert. Otto Bauer, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 16. Oktober 1929, 2830.
- 118 W. F., Boden-Credit-Anstalt – Escompte-Gesellschaft, in: ÖVW, Nr. 17, 22. Jänner 1927, 445–447, hier 445.
- 119 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 4. Mai 1926, 9 f.
- 120 Boden-Credit-Anstalt – Verkehrsbank, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 17, 22. Jänner 1927, 188.
- 121 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 4. Mai 1926, 13.
- 122 Generalversammlung der Allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt, in: Neue Freie Presse, 15. Mai 1927. TA-WrStLBib, Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 123 Compass. Finanzielles Jahrbuch für Österreich 1930, 254.
- 124 Das Ende der Bodenkreditanstalt, in: Prager Tagblatt, 8. Oktober 1929, 4.
- 125 Der Personalstand stieg von 540 auf 900. ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 32, 7. Mai 1927, 364.
- 126 Cottrell, Mushrooms and dinosaurs, 157.
- 127 Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 109 f.
- 128 Cottrell, Mushrooms and dinosaurs, 167.
- 129 Direkter Anlass waren große finanzielle Schwierigkeit der polnischen Bank Malopolski, an der die BCA beteiligt war. Ebd., 164.
- 130 So wurde im Sommer 1928 dem Crédit Lyonnais ein Paket von 175.000 Aktien angeboten, das Sieghart zeitgleich in London zu platzieren versuchte. Anfang 1929 versuchte Sieghart neuerlich

- in Paris Interessierte für die Beteiligungen von Schröder und Mutuelle Solvay zu finden, die diese abstoßen wollten. Ebd., 168 f. Zu den Bemühungen Siegharts, zu Kapital für die BCA zu gelangen siehe Cottrell, *Aspects of Western equity investment*, 325.
- 131 Cottrell, *Mushrooms and dinosaurs*, 169 ff. Die Besprechungen mit dem Wiener Bankverein erwiesen sich als besonders heikel, traf Sieghart dabei doch wieder auf seinen Erzfeind Alexander Weiner. Cottrell interpretiert diese Fusionsbemühung sogar als Versuch einer BCA-internen Palastrevolution gegen Sieghart, ebd., 170 f. Dazu auch Cottrell, *Aspects of Western equity investment*, 325 f.
- 132 [Federn], *Bodenkreditanstalt*, in: ÖVW, Nr. 8, 22. November 1919, 152–153, hier 153.
- 133 Rudolf Sieghart, *Besuch bei Masaryk*, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 8. Mai 1923.
- 134 *Anfrage der Abgeordneten Waldner, Teufel, Waber (...)* *Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses*, 75. Sitzung der XXII. Session am 16. Juli 1918, 7252–7255.
- 135 Redlich, *Das politische Tagebuch*, II. Bd., 75 (Eintrag vom 14. November 1915).
- 136 Planer, Hg., *Jahrbuch der Wiener Gesellschaft*, 508 f.
- 137 Reich erhielt diese Pension sogar noch von der CA als Rechtsnachfolgerin der BCA bis 1931 mit der Begründung, der Betrag decke die Differenz zwischen seinem geringeren Einkommen als Nationalbankpräsident und seinem höheren als BCA-Direktor. 29. Sitzung des NR der Republik Österreich, IV. GP, 13. Mai 1931, 854 (Rede Heinrich Allina). Vgl. dazu auch *Ausch, Als die Banken fielen*, 323, Anm. 21.
- 138 Otto Leichter, *Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam*, Wien 1964, 88.
- 139 Ein junger Mann, der im Herbst 1921 ein Stellenangebot von Heinrich Bronner hatte, der nicht lange zuvor die altehrwürdige Lombard-Bank in seinen Besitz hatte bringen können, holte sich den Rat Siegharts, den er persönlich kannte: »[...] er hatte keinerlei Anlaß in seiner Antwort an mich nicht aufrichtig zu sein [...]. Er riet mir, unbedingt anzunehmen; eine neue Zeit sei angebrochen. Er und seinesgleichen hätten ausgespielt, Männern wie Heinrich Bronner gehöre die Zukunft.« Friedrich Engel-Jánosí, ... aber ein stolzer Bettler. *Erinnerungen aus einer verlorenen Generation*, Graz 1974, 87.
- 140 *Mitglieder-Verzeichnis der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft*. Nach dem Stande vom 30. April 1919, Wien 1919, 26.
- 141 *Allgemeine Oesterreichische Bodenkreditanstalt*, in: *Neue Freie Presse*, 5. Juni 1924. TA-WrStLBib, Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 142 So bezog sich das geläufige Schimpfwort von den »Sieghart-Husaren« auf angeblich von Sieghart finanzierte Heimwehrleute. Karl Kraus, Hüben und Drüben, in: *Die Fackel*, Nr. 876–884, Mitte Oktober 1932, 8.
- 143 Die Behauptung stammt von Reinar Matthes, der sich wiederum auf Richard Lewinsohn, *Geld in der Politik*, Berlin 1931, 140 beruft, der jedoch keinerlei Belege angibt. Matthes, *Das Ende der Ersten Republik Österreich. Studien zur Krise ihres politischen Systems*, Berlin 1979, 389, Anm. 528. Weder hat die Heimwehrbewegung eine Buchhaltung hinterlassen, noch sind andere Indizien überliefert.
- 144 1926 wurde Kienböck »von einer ausländischen Finanzgruppe als juristisches Überwachungsorgan für die Durchführung der Dollarleihe der Bodenkreditanstalt« bestellt (Der Fall Eisler, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 4. Oktober 1926. TA-WrStLBib, Personenmappe Viktor Kienböck). Im Mai 1929 vertrat Kienböck, gerade eben als Finanzminister abgetreten, die Staatseisenbahngesellschaft (STEG), eine der wichtigsten und größten Konzerngesellschaften der BCA, deren Präsident Sieghart war, als Rechtsanwalt in einem Gerichtsverfahren. Es handelte sich um ein Verfahren gegen die Prioritätsobligationenbesitzer der STEG, das durch höchst merkwürdige Umstände gekennzeichnet war (Dr. Kienböck führt Prozeß. Ein Urteil, das vier Monate geheim gehalten wird, in: *Der Tag*, 20. November 1929; *Neue Freie Presse*, 27. Juni 1929; *Reichspost*, 19. November 1929. TA-WrStLBib, Personenmappe Viktor Kienböck).
- 145 Otto Bauer, in: *Sten. Protokolle des Nationalrates*, 16. Oktober 1929, 2839; vgl. zu Alfred Becker: *Österreichischer Amts-Kalender für das Jahr 1930*, 9. Jg., Wien 1930, 56.
- 146 Am 1. März 1927 wurde im Finanzausschuss der Verkauf der Unionbank-Aktien an die BCA diskutiert. Finanzminister Kienböck und Nationalbankpräsident Reich plädierten für den Verkauf, die im staatlichen Eigentum befindliche PSK erhielt im Gegenzug BCA-Aktien, die damals mit 120–130 Schilling bewertet wurden, nach der Fusion 1929 jedoch nur noch ein Zehntel davon wert waren. Otto Bauer, in: *Sten. Protokolle des Nationalrates*, 16. Oktober 1929, 2840.

- 147 W. F. Boden-Credit-Anstalt – Escompte-Gesellschaft, in: ÖVW, Nr. 17, 22. Jänner 1927, 445–447; Boden-Credit-Anstalt und Postsparkasse, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 34.
- 148 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung V, Bd. 2. Kabinett Dr. Ignaz Seipel (4. August 1927 bis 4. Mai 1929), Wien 1986, 660 (7. März 1929).
- 149 Nachruf auf die Boden, in: Die neue Wirtschaft. Wiener Organ für Finanzpolitik und Volkswirtschaft, 10. Oktober 1929, 1.
- 150 Die Reichspost interpretierte die »persönliche[n] Angriffe gegen die Führung« der BCA als Rache der Sozialdemokraten: »Es ist dem Präsidenten Sieghart dort offenbar nicht vergessen worden, dass die ihm nahestehenden Presseorgane an der Schaffung der die nichtsozialistischen Parteien umfassenden Einheitsliste mitgearbeitet haben. [...] Schon seit geraumer Zeit war die Boden-Credit-Anstalt von sozialistischer Seite publizistischen Befindungen ausgesetzt, die merkwürdigerweise auch in nichtsozialistischen Auslandsblättern Widerhall fanden. Es trug diese Miniarbeit nicht dazu bei, die Stellung des Institutes zu verbessern.« Der Aufsaugungsprozeß im Wiener Bankwesen, in: Reichspost, 8. Oktober 1929, 9. Auch Federn sprach unmittelbar nach Bekanntwerden der Ereignisse neben der »Ungunst der Verhältnisse« von den Auswirkungen der »aus politischen und Sensationsgründen betriebenen Hetze gegen die Bank« und von »schwerste[n] Fehlern der Leitung«; Sieghart habe als Hauptgeldgeber aller gegen die Sozialdemokratie gerichteten Organisationen durch seine eindeutige Positionierung der Bank »die Gegnerschaft der sozialdemokratischen Presse« eingetragen. Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 43.
- 151 Hist. Archiv BA, Vorstandssitzungsprotokoll BCA, 24. November 1927. Es wird kein Vorname genannt und ist daher unklar, ob es sich um Dr. Alexander Reichmann handelt, Ministerialrat in der handelspolitischen Sektion, der auch journalistisch tätig war, siehe dazu Die geistige Elite Österreichs. Ein Handbuch der Führenden in Kultur und Wirtschaft, Wien 1936, 744.
- 152 Otto Bauer, Lernet von Sieghart!, in: Arbeiter-Zeitung, 3. April 1926; zit. n. Otto Bauer, Werkausgabe, Bd. 7, Wien 1979, 377–381, hier 380.
- 153 Vgl. dazu und im Folgenden Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947. Tübingen 1960, 153.
- 154 Hist. Archiv BA, Vorstandssitzungsprotokoll der BCA, 19. März 1928.
- 155 Peter Eigner, Interlocking directorships between commercial banks and industry in interwar Vienna, in: Alice Teichova, Terry Gourvish u. Agnes Pogány, Hg., Universal banking in the twentieth century. Finance, industry and the state in North and Central Europe, Aldershot 1994, Table 19.5, 273; ders., Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industrieaktiengesellschaften, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Wien 1997. Darin Daten zum BCA-Konzern 1928: 433 ff; zum BCA-Konzern 1917: 204 f.
- 156 Eduard Heidl, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 18. Oktober 1929, 2863.
- 157 Warchalowski-Steg, in: ÖVW, Nr. 42, 16. Juli 1927, 1124. Zur Übernahme allgemein: Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll, 3. März 1925, 13.
- 158 Warchalowski-Steg, in: ÖVW, Nr. 42, 16. Juli 1927, 1124.
- 159 Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 20. Februar 1928.
- 160 Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 16. April 1928.
- 161 Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 18. November 1927.
- 162 Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 24, 16. März 1929, 258–260, hier 260.
- 163 Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 4. Jänner 1929. In der Sitzung vom 29. Jänner setzte sich auch der Verwaltungsratspräsident der Steyr-Werke und BCA-Verwaltungsrat Günther für die Aussetzung der Dividende ein, obwohl er sich in den Sitzungen zuvor noch viel optimistischer in seinen Einschätzungen gezeigt hatte als der verantwortliche BCA-Vorstand Steiner. Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 29. Jänner 1929.
- 164 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 195.
- 165 Sowohl Siegmund Stransky, Generaldirektor und Administrateur delegué der Fanto AG, als auch Isidor Mautner, Generaldirektor des Mautner-Konzerns, traten zurück. Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 18. November 1927.
- 166 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 198.
- 167 In Paris wurde durch einen Bankier die BCA kritisiert. Hist. Archiv BA, BCA-Vorstandssitzungsprotokoll, 18. November 1927; BCA-Vorstandssitzungs-Protokoll, 20. Februar 1929.

- 168 W. F., Die Wiener Großbanken, in: ÖVW, Nr. 26, 30. März 1929, 677.
- 169 Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 24, 16. März 1929, 258–260, hier 259. Zwei Wochen später wurde dieser Vorwurf wiederholt und zudem berichtet, dass ein amerikanisches Institut, das der BCA Mittel für Hypothekendarlehen gewährte, die Bank zu einer Zwangsrücklage gezwungen hätte, W. F., Die Wiener Großbanken, in: ÖVW, Nr. 26, 30. März 1929, 677.
- 170 Steyr-Werke A.G., in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 43, 27. Juli 1929, 489 f.
- 171 W. F., Die Wiener Großbanken, in: ÖVW, Nr. 26, 30. März 1929, 679.
- 172 Verworrene Lage in Oesterreich. Der Heimwehr-Alarm, in: Neue Zürcher Zeitung, 22. September 1929, Zweite Sonntagsausgabe, Blatt 7.
- 173 Falsche Gerüchte, in: ÖVW, Nr. 38, 21. Juni 1924, 1157.
- 174 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 197 f.
- 175 Der Abend, 13. Juli 1929, 2.
- 176 Der Abend, 25. Juli 1929, 3. Vgl. zu den staatlichen Subventionen zugunsten der DDSG, für die vor allem Ernst Mosing von der BCA verhandelte: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung V, Bd. 2. Kabinett Dr. Ignaz Seipel (4. August 1927 bis 4. Mai 1929), Wien 1986, 618 f., 669 f.; Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VI, Bd. 1. Kabinett Ernst Streeruwitz (4. Mai 1929 bis 26. September 1929) – Kabinett Dr. Johannes Schober (26. September 1929 bis 29. November 1929), Wien 1988, 29 ff., 113 ff., 485 ff.
- 177 Nochmals das Interview des Mr. Gedye, in: Reichspost, 12. Oktober 1929, 3–4, hier 4.
- 178 Daily Telegraph, 3. September 1929; Gedye war zwar Korrespondent der Times, arbeitete jedoch auch für andere Zeitungen, u. a. für die New York Times und den Daily Telegraph. Vgl. Thomas Wittek, Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 59), München 2004, 110 ff.
- 179 Ein bedenkliches Interview Seipels, in: Frankfurter Zeitung, 7. September 1929, Morgenblatt, 1.
- 180 Zur Währungsfrage Oesterreichs, in: Frankfurter Zeitung, 8. September 1929, Morgenblatt, 2.
- 181 Z. B.: Gespannte Lage in Oesterreich, in: Frankfurter Zeitung, 16. September 1929, Abendblatt, 1; Verworrene Lage in Oesterreich. Die Christlichsozialen für Verlegung des Parlaments aus Wien, in: Frankfurter Zeitung, 18. September 1929, 2. Morgenblatt, 1; O du mein Oesterreich, in: Frankfurter Zeitung, 20. September 1929, Abendblatt, 1.
- 182 Ver zweifelt, aber nicht ernst, in: Prager Tagblatt, 22. September 1929, 2.
- 183 Oesterreichische Nationalbank und Bodenkreditanstalt. Eine Darlegung des Präsidenten der Nationalbank Dr. Reisch, in: Reichspost, 11. Oktober 1929, 8.
- 184 Die Devisenbewegung bei der Nationalbank. Von hervorragender finanzieller Seite, in: Neues Wiener Abendblatt, 24. September 1929, 1.
- 185 Die Devisenbewirtschaftung bei der Österreichischen Nationalbank. Aus einem Gespräch mit Generaldirektor Dr. Brauneis, in: Neues Wiener Tagblatt, 25. September 1929, 12.
- 186 Schnitzler, Tagebuch 1927–1930, 268: »Übertragung von Kassenscheinen von der B. Cr. Anstalt in die Credit-Anstalt. (Vorstand Max Lassner)« (Eintrag vom 30. Juli 1929).
- 187 Schnitzler, Tagebuch 1927–1930, 279 (Eintrag vom 24. September 1929).
- 188 Rudolf Matscheradetz, Wiener Finanzbrief. Angstneurose bei den Einlegern – Unbegründete Besorgnisse wegen des Schillings – Die Lehren der Parteikämpfe, in: Prager Tagblatt, 28. Sept. 1929, 10.
- 189 Steidle publizierte am 24. September 1929 in der Neuen Zürcher Zeitung einen Artikel, in dem er den Kampf der Heimwehr gegen die »bolschewistischen Bestrebungen der österreichischen Sozialdemokratie« u. a. als wirtschaftlich notwendig bezeichnete, gleichzeitig aber »alles Gerede in der Weltpresse von einem bevorstehenden Bürgerkrieg in Oesterreich« als auf »müßigen Kombinationen« beruhend darstellte, da »die Heimatwehren nicht gewillt sind, die Entwicklung der Dinge, wenn sie auf gesetzmäßigem Wege zum Ziele führen, zu stören.« Eingreifen würde man nur, wenn die Sozialdemokratie sich dem »Volkswillen« entgegenstellen oder »bolschewistische Experimente« unternehmen würde wie am 15. Juli 1927. Vgl. Richard Steidle, Die innenpolitische Lage in Oesterreich, in: Neue Zürcher Zeitung, 24. September 1929, Morgenausgabe, Blatt 1.
- 190 Der Aufsaugungsprozeß im Wiener Bankwesen, in: Reichspost, 8. Oktober 1929, 9; Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 43; Die vergrößerte Credit-Anstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 19.
- 191 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 199.

- 192 Gesandter Marek an Bundeskanzler Seipel, Bericht Nr. 40/Pol, 14. März 1929, in: Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich, Bd. 6 (16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930), Wien 2004, 195 f.
- 193 Cottrell, Aspects of Western equity investment, 327.
- 194 Der Vorwurf von Preiss gegen Sieghart lautete, Sieghart hätte »im Geheimen gegen unsere Bank« gekämpft, seine »Methoden« und »Intrigen« wären ihm bekannt gewesen. Dieses Zitat entstammt einem von Kanzleichef Šamal stammenden Aktenvermerk, den er am 30. Oktober 1929 nach einem Gespräch mit Preiss angefertigt hatte; zitiert nach Kurt Wessely, »Burg« und Banken, in: Karl Bosl, Hg., Die »Burg«. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš, Bd. 2, München u. Wien 1974, 147.
- 195 Aussch., Als die Banken fielen, 321 f.
- 196 Nach Cottrell, der sich auf Informationen der Bank of England stützt, besaßen die PSK und die BCA selbst je 30 Prozent der Aktien, der Rest entfiel auf österreichische und ausländische Aktionäre. Der Besitz der Franzosen belief sich auf 80–100.000 Aktien. Cottrell, Aspects of Western equity investment, 327.
- 197 WrStLA, Handelsgericht Wien, Firmenregister, B 21/31 (Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt), II. Teil: Protokoll der Generalversammlung vom 14. November 1929, mit beiliegender Liste der Aktionäre und Stimmrechte.
- 198 Boden-Credit-Anstalt und Postsparkasse, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 34.
- 199 OeNB-Archiv, 79. Generalratssitzung, 18. Oktober 1929 bzw. 1256/1929, zitiert nach Hans Kernbauer, Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Oesterreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938 (= Das Österreichische Noteninstitut 1816–1966 III. Teil 1. Bd.), Wien 1991, 278.
- 200 Kernbauer, Währungspolitik, 276.
- 201 Kernbauer, Währungspolitik, 255.
- 202 Otto Bauer, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 16. Oktober 1929, 2836.
- 203 Hist. Archiv BA, BCA-Verwaltungsratsprotokoll 10. Oktober 1929, 2 ff.
- 204 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VI, Bd. 1. Kabinett Ernst Streuerwitz (4. Mai 1929 bis 26. September 1929) – Kabinett Dr. Johannes Schober (26. September 1929 bis 29. November 1929), Wien 1988, 247 (Ministerrat vom 8. Oktober 1929).
- 205 Vgl. dazu und im Folgenden Kernbauer, Währungspolitik, 277 ff.
- 206 Boden-Credit-Anstalt und Nationalbank, in: ÖVW, Nr. 3, 19. Oktober 1929, 62–63, hier 63.
- 207 Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929; ders., Lehren aus dem Fall Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 3, 19. Oktober 1929.
- 208 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 199 f.
- 209 Kernbauer, Währungspolitik, 282.
- 210 Geschäftsbericht der OeNB für das Jahr 1929, OeNB-Archiv, 363/1931, zitiert nach Kernbauer, Währungspolitik, 278 f.
- 211 Verquickung von Politik und Wirtschaft, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 33 f.
- 212 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1925. Verzeichnis der Verwaltungsräte und Direktoren, Wien 1925, 445.
- 213 Bundesbahnen, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 34.
- 214 Nachruf auf die Boden, in: Die neue Wirtschaft. Wiener Organ für Finanzpolitik und Volkswirtschaft, 10. Oktober 1929, 1.
- 215 Federn, Lehren aus dem Fall Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 3, 19. Oktober 1929, 71.
- 216 Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 42.
- 217 Dies war zwar nicht gesetzlich verboten, aber ein »großes Verschulden« der BCA bestand darin, dass der Aktienkurs »auf einem viel höherem Stand war, als den Verhältnissen der Bank entsprach« und »sich nach ausgewiesenem Kapital und Reserven ergab«. Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 133. Zitate: Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 42; ders., Lehren aus dem Fall Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 3, 19. Oktober 1929, 72.
- 218 Die Bodencreditanstalt – Ursachen und Folgen, in: Wiener Börsenkurier, 14. Oktober 1929, 2; Aussch., Als die Banken fielen, 127 f.
- 219 Federn, Lehren aus dem Fall Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 3, 19. Oktober 1929, 72.
- 220 Bundesgesetz vom 23. Dezember 1931 über die Aufhebung des Rekonstruktionsausschusses und die Einsetzung einer besonderen Kommission bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe (7. Credit-Anstalts-Gesetz). BGBl. 415/1931.

- 221 Kernbauer, Währungspolitik, 280.
- 222 Klamert, Die Boden-Credit-Anstalt, 124.
- 223 Federn, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 41.
- 224 Verwaltungsrat und Bundesaufsicht, in: ÖVW, Nr. 9, 30. November 1929, 230.
- 225 Siehe dazu im Detail Dieter Stiefel, Managementprobleme und die österreichische Bankenkrise des Jahres 1931, in: Verein der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Unternehmerbiographie und der Firmengeschichte, Hg., Management und Organisation (= Veröffentlichungen des Vereines der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Unternehmerbiographie und der Firmengeschichte Heft 10), Wien 1983, 23–44.
- 226 Staat, Nationalbank und Kreditanstalt, in: Finanz-Post Nr. 988, 13. Mai 1931, 1.
- 227 WrStLA, Akt über den Prozess gegen Friedrich Ehrenfest und Andere (= Ehrenfest-Prozess) Vr 419/50 Akt 26 d Vr 6373/31 (OZ 539): Sedlak-Gutachten vom 30. Juni 1935.
- 228 Ebd., OZ 14: Beschuldigtenaussage Löwy vom 19. November 1931.
- 229 Ebd., OZ 13: Beschuldigtenaussage Neurath vom 17. November 1931.
- 230 Spitzmüller, Ursach, 358.
- 231 Der spätere Finanzminister der Regierung Buresch, Josef Redlich, dazu: »Der Zuwachs der Boden-Credit-Anstalt habe die Credit-Anstalt zu einem Monstrum gemacht. Die Bank hatte keinen Ertrag mehr und habe nur eine 60–70%ige Erhöhung der Personallasten erfahren.« ÖStA, AdR, BKA, Ministerratsprotokolle (= MRP) 720, 1. September 1931, 16. Generaldirektor Spitzmüller fügte bei, »dass die englischen Buchsachverständigen den Verlust, den die Credit-Anstalt durch die Boden-Credit-Anstalt erlitten habe, auf etwa 80 Millionen Schilling schätzen« würden. ÖStA, AdR, BKA, MRP 720, 1. September 1931, 16.
- 232 Dazu Ex-Finanzminister Josef Kollmann am 29. November 1932 im christlichsozialen Klubvorstand: »Rothschild, der Esel, der dem Kanzler [Schober] zuliebe die Boden in die CA übernommen hat. Er hat dadurch sein Vermögen in schwere Havarie gebracht. Er war der, welcher beim Ersten CA-Gesetz sein ganzes Aktienkapital verloren hat. [...] Wenn ich jemandem die Brieftasche ausgeraubt habe, darf ich ihm nicht auch noch die Brieftasche nehmen.« Walter Goldinger, Hg., Protokolle des Klubvorstandes der Christlich-sozialen Partei 1932–1934 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 2), Wien 1980, 40.
- 233 Otto Bauer, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 16. Oktober 1929, 2837.
- 234 Credit-Anstalt – Boden-Credit. Die Fusion beschlossen, in: Reichspost, 11. Oktober 1929, 9.
- 235 Die vergrößerte Credit-Anstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 2, 12. Oktober 1929, 20.
- 236 Otto Juch, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 16. Oktober 1929, 2835.
- 237 Dazu und im Folgenden Otto Bauer, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 16. Oktober 1929, 2837.
- 238 Ebd., 2838.
- 239 Ebd., 2839.
- 240 Ebd., 2845.
- 241 Eduard Heinel, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 18. Oktober 1929, 2863.
- 242 Heinrich Allina, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 18. Oktober 1929, 2864–2865.
- 243 Ebd., 2865.
- 244 Ebd., 2866.
- 245 Eduard Heinel, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 18. Oktober 1929, 2867.
- 246 Heinrich Allina, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 18. Oktober 1929, 2864.
- 247 Ebd.
- 248 Ebd.
- 249 Das Kleine Blatt, 12. Oktober 1929. TA-WrStLBib, Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 250 Vgl. dazu allgemein W. F., Die Verantwortung der Bankleiter, in: ÖVW, Nr. 40, 5. Juli 1924, 1223–1226.
- 251 Die letzte Generalversammlung der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 8, 23. Nov. 1929, 204.
- 252 Ebd.
- 253 Das Bankhaftungsgesetz, in: ÖVW, Nr. 46, 16. August 1924, 1403–1406.
- 254 Die letzte Generalversammlung der Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW, Nr. 8, 23. Nov. 1929, 204.
- 255 Ebd.
- 256 Hist. Archiv BA, SP Kt. 3, Nr. 42 Abschrift der Klage 9 Cg 56/30 am Landesgericht in Zivilrechts-sachen Wien, 18. Februar 1930.

- 257 Ebd., 2.
- 258 Ebd., 6 f.
- 259 Ebd., 10 bzw. 18.
- 260 Ebd., 12.
- 261 Ebd., 18.
- 262 Ebd., 19 ff., insb. 21 f.
- 263 Ebd., 23 f.
- 264 Hist. Archiv BA, SP Kt. 3, Nr. 42 Gedenkprotokoll aufgenommen am 18. März 1930 in der Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe.
- 265 Ob man die Zahlung in Höhe von rund 30 Prozent der ursprünglichen Forderung Hardmeyers nicht auch als teilweises Schuldeingeständnis interpretieren kann, sei hier dahingestellt.
- 266 ÖStA, AdR, BKA, MRP 706, 26 Juni 1931, 31.
- 267 ÖStA, AdR, BKA, MRP 707, 27. Juni 1931. »Übertragung der stenographischen Aufzeichnungen über die Verhandlungen des Ministerrates vom 27. Juni 1931 in Angelegenheit der Maßnahmen zur Sanierung der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe«, 17.
- 268 Ebd., 16.
- 269 Ebd., 23.
- 270 »Die Schuldfrage werde sich«, so Spitzmüller, »in Zukunft einmal ganz anders darstellen. Der Urgrund für die Schwierigkeiten der Credit-Anstalt liege in der ungeheuren Kreditüberspannung und in der allgemeinen Abkehr von den gesunden Grundsätzen der Bankpolitik. Es müsse hervorgehoben werden, daß lebensunfähige österreichische Industrien einfach durch die Credit-Anstalt subventioniert worden seien. Es könne wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die Weltwirtschaftskrise Elemente enthalte, denen gegenüber jedes spezielle Verschulden zusammenschumpfe. [...]« Ebd., 24.
- 271 Berichterstatter Emanuel Weidenhoffer, in: Sten. Protokolle des Nationalrates, 13. Mai 1931, 837–841 (Anträge Otto Bauer, Heinrich Allina und Genossen).
- 272 Verordnung vom 1. Oktober 1932, BGBl. 303/1932 über die Geltendmachung der im 7. Credit-Anstaltsgesetze (BGBl. 415/1931) angeführten Haftungen im Gesetzeswege.
- 273 Eine Erklärung Dr. Rudolf Siegharts, in: Neues Wiener Tagblatt, 16. Oktober 1932. TA-WrStLBib, Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 274 ÖStA, AdR, BMF, Dept. 17 Frieden, fasz. 119. Haftung der Vorstandsmitglieder der Creditanstalt und Boden-Creditanstalt 1936–38. Ministerratsvortrag [BMF, Zl. 72.069–1936], betreffend die Haftungsansprüche gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Creditanstalt bzw. Bodencreditanstalt [21. Oktober 1936], 1 f.
- 275 Ebd., 8. Neurath bot 300.000, Löwy und Deutsch jeweils 100.000 Schilling. Alle drei zusammen mussten weitere 220.000 Schilling an Kosten des gegen sie geführten Strafverfahrens zahlen.
- 276 Ebd., 6–8.
- 277 Sieghart verläßt Wien! In: Der Abend, 3. Dezember 1931. TA-WrStLBib, Personenmappe Rudolf Sieghart.
- 278 ÖStA, AdR, BMF, Dept. 17 Frieden, fasz. 119. Ministerratsvortrag, betreffend die Haftungsansprüche, 9.
- 279 Ebd., 10.
- 280 Ebd., 10 f.
- 281 Ludwig Mises, Die bankpolitischen Lehren der Krisis, in: Allgemeiner Tarifanzeiger, Nr. 31, 1. August 1931, 1001 (http://docs.mises.de/Mises/Mises_Lehren_Krisis.pdf – gesehen: 3. Dezember 2007).
- 282 Ebd.
- 283 Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 24, 16. März 1929, 258–260, hier 259.
- 284 Sieghart, schon zu Beginn seiner Karriere konvertiert, ließ sich mit Politikern und politischen Bewegungen ein, die eindeutig antisemitisch agierten, wie etwa Ignaz Seipel; dennoch blieb er aus rassistischer Perspektive immer »Jude« und Ziel antisemitischer Angriffe. Vgl. dazu Peter Melichar: Definieren, Identifizieren, Zählen. Antisemitische Praktiken in Österreich vor 1938, in: ÖZG 1/2006, 114–146.